

Preussische Allgemeine



Nr. 49 · 8. Dezember 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Wenn der Krieg nicht aufhört

Noch immer kämpfen deutsche Veteranen mit den Folgen ihrer Auslandseinsätze in der Bundeswehr. Zeit für einen anderen Umgang mit unseren Soldaten Seite 2



Migration Deutsche Sozialhilfe als Staatseinnahmen im globalen Süden Seite 3



Barmherzigkeit Das Diakonissen-Mutterhaus in Königsberg Seite 23

FOTOPÄREUTERS: PA, BILDARCHIV OSTPREUSSEN

VON RENÉ NEHRING

FINANZEN

Die Haushaltskrise erreicht die deutsche Außenpolitik

Nach dem Karlsruher Urteil ist die Finanzierung zentraler Projekte ungewiss. Ein guter Anlass, diese zu überdenken und gegebenenfalls umzusteuern

Als Annalena Baerbock vor gut zwei Jahren Chefin des Auswärtigen Amtes wurde, verkündete sie nichts Geringeres als eine vollständige Neujustierung deutscher Außenpolitik. Statt an den klassischen Interessen eines Nationalstaates ausgerichtet sollte diese von nun an „wertgeleitet“ sein und allgemeinpolitischen Zielen wie dem Feminismus oder dem „Kampf gegen den Klimawandel“ dienen.

Doch schnell wurden Baerbock und die neue deutsche Außenpolitik auf den Boden der Tatsachen geholt. Mit dem Ausbruch des Ukrainekriegs am 24. Februar 2022 sah sich die Bundesregierung mit deutlich dringlicheren Herausforderungen konfrontiert. In seiner „Zeitenwende“-Rede verkündete Kanzler Olaf Scholz, dass Deutschland mit den NATO-Partnern die Ukraine unterstützen und auch die eigenen Streitkräfte sanieren werde. Und infolge des mit Russland geführten Wirtschaftskrieges sowie des selbst beschlossenen Ausstiegs aus der Kernkraft galt es zudem, auch die Energieversorgung in kürzester Zeit auf neue Füße stellen.

Doch wie bei den innenpolitischen Projekten der Ampelregierung taten SPD, Grüne und FDP auch in der Außenpolitik zunächst so, als ob Geld bei alledem keine Rolle spielte. So stieg Deutschland schnell zum zweitgrößten Waffenlieferanten der Ukraine auf. Und erst unlängst, am 12. November, verkündete der Kanzler, die bisherigen Militärhilfen auf jährlich acht Milliarden Euro verdoppeln zu wollen.

Auch an der Klimafont gab sich die Ampel großzügig. So berichtete das Entwicklungsministerium von Svenja Schulze (SPD) im August stolz, dass Deutschland im vergangenen Jahr „6,3 Milliarden Euro an Klima-Hilfsgeldern für den Globalen Süden gezahlt“ habe, um dort Maßnahmen zur „Anpassung an die Folgen der Klimakrise“ zu ermöglichen. Das alles, wohlgermerkt, bevor das Bundesverfas-

sungsgericht am 15. November dieses Jahres das Regierungsmanöver stoppte, nicht verbrauchte Corona-Hilfsgelder für andere Projekte zu verwenden.

Damit freilich ist nun nicht nur die deutsche Innen- und Finanzpolitik vor große Herausforderungen gestellt, sondern auch die Außenpolitik. Vor allem in Washington ist man besorgt. So berichtet das Nachrichtenportal von „t-online“ unter Berufung auf Kreise aus der Bundesregierung und dem Bundestag, dass sich seit dem Karlsruher Urteil US-Politiker nervös nach dem deutschen „budget ruling“ erkundigen würden. Auch führende Medien des Landes wie die „New York Times“ und die „Washington Post“ äußerten in Analysen Sorgen über die künftige Zuverlässigkeit deutscher Außenpolitik, vor allem beim Hauptkrisenthema Ukraine. Die „Post“ etwa nannte Deutschlands gegenwärtige „Talfahrt ein Alarmsignal“. Und weiter: „Ohne eine solide deutsche Führung, idealerweise in Zusammenarbeit mit den Franzosen, ist Europa ein wackeliges Konstrukt. Wenn dann noch Washingtons Ablenkung und Dysfunktion hinzukommen, verdüstern sich die Aussichten für die Ukraine.“

Was die US-Kollegen mit Letzterem meinen, ist die in deutschen Medien zuletzt wenig beachtete Haushaltskrise in Washington. Diese wurde zwar Anfang Oktober durch die Einigung auf einen Übergangsetat für 2024 entschärft, doch

sieht dieser Nothaushalt ab Jahresbeginn keine neuen Gelder für weitere US-Militärhilfen an die Ukraine vor. Bleibt es dabei, wird Deutschland in Kürze vom zweitwichtigsten zum wichtigsten finanziellen Unterstützer der Ukraine aufsteigen.

Für die Ukraine ist dies allerdings kein Aufstieg. Denn selbst wenn die Bundesregierung die noch vor dem Karlsruher Urteil versprochene Erhöhung ihrer Unterstützung tatsächlich umsetzen sollte, wäre dies nur ein Bruchteil der bisherigen Höhe der US-Militärhilfen, die laut Medienberichten seit Jahresanfang 2022 rund 41,1 Milliarden Euro umfassten.

Eine Chance zum Umdenken

Und so mahnt – neben der Lage an der Front – nun auch der Blick in die Kriegskassen zu einer realistischeren Außenpolitik im Allgemeinen und Ukrainepolitik im Besonderen. Wenn schon die bisherigen, deutlich umfangreicheren Militärhilfen die Ukraine nicht in die Lage versetzt haben, Russland aus dem Land zu drängen, dürfte dies künftig erst recht nicht möglich sein. Insofern sollte die deutsche Außenpolitik als künftiger Hauptfinanzier des ukrainischen Abwehrkampfes ihren Kurs überdenken. Was bedeutet, nicht nur allein auf einen militärischen Sieg gegen Russland zu setzen, der Woche für Woche weniger realistisch erscheint, sondern auch auf eine politische Verhandlungslösung. Dass eine solche durchaus möglich

ist, haben Analysen in dieser Zeitung, die dargelegt haben, dass auch Russland bislang seine Kriegsziele nicht erreichen konnte, wiederholt gezeigt.

Ähnlich sieht es beim Thema Klima aus. Trotz des Karlsruher Urteils erklärte der Bundeskanzler soeben auf der UN-Klimakonferenz von Dubai, acht Milliarden Euro für den internationalen „Kampf gegen den Klimawandel“ bereitzustellen. Auch hier setzt sich eine Verweigerungshaltung gegenüber neuen Realitäten fort, zu denen jüngste Entwicklungen auf dem Gebiet der Atomkraft gehören. Während Wirtschaftsminister Habeck in einem Bundestagsausschuss leise zugab, dass Deutschland wahrscheinlich noch lange Zeit auf dreckigen Kohlestrom angewiesen sein wird, verkündeten 20 Staaten in Dubai, die Zahl ihrer Atomkraftwerke in den nächsten Jahren verdreifachen zu wollen. Die Strompreise in Finnland (wo die Kilowattstunde Strom im Mai nach Inbetriebnahme eines neuen Akw auf 0,3 Cent sank) und Deutschland (wo die Kilowattstunde trotz großer Subventionen für die Erneuerbaren Energien rund 28 Cent kostet) zeigen, welches Modell das erfolgreichere sein dürfte.

So spricht manches dafür, dass die Bundesregierung auf grundlegenden Feldern der internationalen Politik schon bald einen Kursschwenk vornehmen muss. Zu hoffen bleibt, dass sich bis dahin die Schäden im Rahmen halten.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Minister Lauterbachs neuester Plan trifft auf heftige Kritik Seite 4

Kultur
Das Gefühl von Freiheit: Ein tief sinniger TV-Film von Dominik Graf Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Königsberg: Kants 300. Geburtstag wirft Schatten voraus Seite 13

Lebensstil
Veranstaltungen laden zum gemeinsamen Weihnachtssingen ein Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

Veteranentag Lange Zeit stand ein Großteil der Deutschen den Streitkräften des Landes reserviert gegenüber. Die Haltung ändert sich auf positive Weise. Das lenkt den Blick darauf, wie wir mit unseren Soldaten umgehen

„Ich verlange die Treue der Politik“

Endlich kommt die Debatte um eine würdige Veteranenkultur in Gang – Doch noch liegt vieles im Argen

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Folge deiner Berufung!“ und „Mach, was wirklich zählt!“ So wirbt die Bundeswehr auf ihrer Internetpräsenz um neue Rekruten. Dass diese Erwerbstätigkeit anders ist als ein durchschnittlicher Beruf wie etwa Bäcker, Pflegekraft, oder Tischler belegen 119 bei Auslandseinsätzen ums Leben gekommene Soldaten, davon 37 Gefallene und 22 durch Suizid.

Weitgehend im Dunkel bleibt allerdings eine andere Zahl. Nach Experteneinschätzung kehren etwa 20 Prozent der Soldaten aus dem Auslandseinsatz mit einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) heim. Im Gespräch mit der PAZ bestätigt Armin Bohnert vom Bund deutscher Einsatzveteranen diese Einschätzung. „Unter den aktiven Soldaten der Bundeswehr gibt es aktuell 325 Traumageschädigte, von den inzwischen 440.000 ehemaligen Einsatzveteranen dürften allerdings zirka 80.000 als Einsatzgeschädigte gelten“, so Bohnert, der nach Einzelkämpferausbildung und Sprenger-Lehrgang selbst Einsatzzerfahrung bei internationalen Kampfeinsätzen gemacht hat, die der Geheimhaltung unterliegen. „Ich weiß, was es bedeutet, einen Menschen zu töten“, sagt er dazu nur. Später hat sich der gelernte Krankenpfleger und Rettungsassistent für psychosoziale Notfallversorgung und Krisenintervention qualifiziert und betreut heute selbst Einsatzgeschädigte. Dass er dabei viel zu tun hat, sagen schon die Zahlen.

Mit Kriegstrauma alleingelassen

Beispiele gibt es viele: Ein Offizier durfte auf höheren Befehl nicht gegen kollektiven Kindesmissbrauch einschreiten. Ein anderer hat einen Anschlag auf das Lager in Afghanistan miterlebt. In den meisten Fällen ploppt die PTBS allerdings erst nach Jahrzehnten auf. Betroffene werden verhaltensauffällig, lethargisch oder hoch aggressiv, zunächst ohne zu wissen, woher das rührt. Immer wieder endet das Trauma im Suizid. Für die Bundeswehr war das über lange Jahre kein Thema, zumal schlichtweg die Einsatzzerfahrung der Streitkräfte fehlte. Doch selbst heute bleibt das Thema kritisch. Denn der Bund kann zwar über das Einsatzwiederverwendungsgesetz Soldaten bis zu fünf Jah-

re nach der Entlassung reaktivieren und dadurch in die berufliche und gesundheitliche Rehabilitation bringen. Da aber die PTBS meist erst deutlich später zu Tage tritt, geht diese Schutzfunktion verloren. Nach der Entlassung muss der Veteran beweisen, dass das Trauma von dem Einsatz herrührt, was nach zehn, 20 Jahren nahezu ein Ding der Unmöglichkeit darstellt. „Wir fordern schon seit Jahren eine Beweislastumkehr“, erklärt Bohnert. Der Bund kenne jeden Einsatz des ehemaligen Soldaten auf den Tag und den Ort genau.

Die immer wieder zu hörende Polemik, das Risiko der Beschädigung sei Schicksal, man habe ja den Soldatenberuf selbst gewählt, führt nicht nur bei Einsatzveteranen zu Verärgerung. Man dürfe nicht vergessen, so Bohnert, der Soldat werde vom Souverän, vertreten durch den Deutschen Bundestag, in den Einsatz befohlen. Dann habe jeder Soldat seine Waffe immer scharf am Mann und tue unter entsprechenden klimatischen Bedingungen alles dafür, den demokratisch legitimierten Auftrag so umzusetzen, wie er befohlen wurde. Doch es gibt noch einen Aspekt:

Die Missachtung der Veteranen durch den Staat hat politische Folgen, wie Bohnert aus Erfahrung weiß. Der Frust treibe manche Kameraden in den Extremismus, wo man sich zwar von dem Staat entferne, dem man gedient habe, aber dafür die ersehnte Anerkennung finde. Soziologen berichten seit Jahren über solche Effekte.

Anspruch auf Würdigung

„Wir haben treu gedient und jetzt verlange ich die Treue der Politik, sich zu ihren Soldaten so zu bekennen, wie es sein soll“, fordert Bohnert für seinen Verband. Dazu gehöre nicht nur die Beweislastumkehr bei Einsatzbeschädigung, sondern auch eine würdige Veteranenkultur. Da müsse sich die Politik allerdings um 180 Grad drehen, befindet er. Das verlange, die Veteranen an einem bestimmten Tag und einem konkreten Ort gezielt in die Mitte des öffentlichen Bewusstseins zu holen. Wer für sein Land sein Leben oder seine Gesundheit lasse, habe Anspruch auf Würdigung und höchste politische Präsenz. „Der Bundeskanzler und der Bundespräsident müssen den Veteranen die-

jenige Ehre erweisen, die sie auch verdienen“, will der Bund der deutschen Einsatzveteranen keine Sonntagsreden mehr hören, sondern ein nachhaltiges Bekenntnis wie es in anderen Staaten Normalität ist.

Aktuell wird zur Freude des Veteranenverbands im Bundestag über einen Veteranentag diskutiert. Ein Effekt, der wohl vor allem auf das Engagement des britischen Prinzen Harry und dessen Herzensinitiative „Invictus Games“ zurückgeht. Der Sohn des britischen Königs und Herzog von Sussex ist selbst Einsatzveteran. Er hat in Afghanistan gedient und 2014 das Sportfestival für Veteranen gegründet. In diesem Jahr fand das internationale Ereignis in Düsseldorf statt. Während Harry mit seinem Respekt für Veteranen nicht nur seiner eigenen Nation inspiriert, hadern einige in der deutschen Spitzenpolitik weiterhin mit ihren Streitkräften und kippen Wasser in den Wein. Da wundert es wenig, dass sogar CSU-Ministerpräsident Markus Söder SPD-Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius dafür kritisiert, dass der die Bundeswehr „kriegstüchtig“ bekommen wolle.



Nach oftmals traumatisierenden Kampfeinsätzen im Auftrag des Deutschen Bundestages fühlen sich viele Veteranen der Bundeswehr von Staat und Gesellschaft alleingelassen: Deutscher Soldat beim Einsatz in Afghanistan

Foto: pa

WELTWEITE PRÄSENZ

Soldaten im Einsatz

Derzeit ist die Bundeswehr im Auftrag des Deutschen Bundestages auf drei Kontinenten mit rund 3100 Soldaten in 17 Einsätzen und Missionen engagiert. Sie sichert in der polnischen Woiwodschaft Lublin vom Boden aus mit Patriots den polnischen Luftraum, verstärkt mit rund 1.200 Mann die NATO-Ostflanke in Litauen, sichert mit den Eurofighter des Luftwaffengeschwaders 71 „Richthofen“ in der Luft die baltischen Grenzen, ist aber auch in der Slowakei und in Rumänien präsent.

Die Marine unterstützt NATO-Verbände auf dem Atlantik und setzt das Waffenembargo gegen Libyen durch. Ein besonderer Einsatz ist zudem die UN-Friedensmission UNIFIL vor der Küste des Libanon, an der sich die Bundeswehr aktuell mit einer Korvette der Braunschweig-Klasse beteiligt. Bei der UN-Mission kam es wiederholt zu Zwischenfällen mit israelischen Streitkräften, die sich im Kampf mit der palästinensischen Hisbollah befinden. Auch im Irak zeigt die Bundeswehr mit bis zu 500 Soldaten Präsenz und schult die irakische Armee im Aufbau ihrer sicherheitspolitischen Fähigkeiten.

Als kritische Einsätze gelten unter anderem Evakuierungen wie im August 2021 aus Afghanistan. Am Flughafen Kabul waren Bundeswehrsoldaten in Gefechte mit Angreifern involviert. Diesen April beteiligten sich 1000 Soldaten an Evakuierungsmaßnahmen aus dem Sudan.

Der längste aktuelle Einsatz der Bundeswehr ist der im Kosovo. Seit 1999 trägt die Bundeswehr mit bis zu 400 Soldaten zur Friedenssicherung auf dem Balkan bei. In den 24 Jahren des KFOR-Einsatzes hatten sieben deutsche Generäle das Kommando inne, zuletzt 2012/2013 Generalmajor Volker Halbauer. Weniger bekannt ist, dass Halbauer nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr im Auftrag der Bundesregierung das Verteidigungsministerium der Ukraine berät.

Der nächste große Einsatz der Bundeswehr wird ab 2026 in Litauen sein. Zusätzlich zu den deutschen Einheiten der NATO-Kampfgruppe in Rukla wird eine Brigade mit 4000 deutschen Soldaten dauerhaft in dem baltischen Staat stationiert. BK

TRENDWENDE

Eine Mehrheit der Deutschen befürwortet das Pflichtjahr

Die Bundeswehr soll auf 203.000 Soldaten anwachsen – Ohne Wehrpflicht ist das nicht zu schaffen

Die Bundesregierung hat viele Baustellen – zu viele, wie es aussieht. Und die aktuelle Haushaltssperre des Finanzministers nach der Klatsche aus Karlsruhe wegen unzulässiger Etatverschiebungen hat die Situation verschärft. Da Russland sich mehr für invasive Geopolitik Richtung Westen interessiert als für Klimapolitik, hatte Berlin abgekündigt, die über Jahrzehnte missachtete Bundeswehr mit 100 Milliarden Euro zumindest ansatzweise auf Vordermann zu bringen: mehr Material, mehr Munition, mehr Personal.

Während die Rüstungsindustrie sich sukzessive hochfahren lässt – auch wenn es lange dauert, ist die Personalfrage für eine kriegstüchtige und verteidigungsbe-

reite Armee ein Nadelöhr. Seit Abschaffung der Wehrpflicht setzt der Bund alle Hebel in Bewegung, um Rekruten anzuwerben. Doch bei schlechter Bezahlung, noch schlechterem Image und politischer Pauschalverdächtigung von links fanden die vergangenen weiblichen Verteidigungsminister nicht die rechten Hebel. Während seine Vorgängerinnen bei Ansprachen mit den Formulierungen „Frauen und Männer der Bundeswehr“ sowie „Soldatinnen und Soldaten“ Distanz zu ihren Untergebenen bewiesen, hat der Gediente Boris Pistorius sich schnell dankbaren Respekt erarbeitet, allein schon, indem er seine Untergebenen mit „Kameradinnen und Kameraden“ anspricht.

Doch Respekt allein genügt nicht. Wer Deutschland kriegsfähig bekommen möchte, muss die Armee auch personell ausbauen. Derzeit beziehen in Deutschland 183.000 Soldaten ihren Sold. Bis 2031 sollen es 203.000 werden. Ohne Wehrpflicht gehe das nicht, benennt der Chef des Reservistenverbands, Patrick Sensburg, eine konsequente Lösung. Dass sich die Bundesregierung bei dem Thema Wehr- oder Allgemeine Dienstpflicht schwertut, ist kaum nachvollziehbar. Denn der Personalnotstand ist auch in der Pflege und anderen sozialen Bereichen gewaltig. Im Rahmen einer repräsentativen Umfrage des ZDF im Mai haben 73 Prozent der Befragten sich für ein Pflichtjahr

Sogar bei jungen Menschen unter 30 Jahren ist die Zustimmung für ein Pflichtjahr mit 64 Prozent beachtlich hoch

bei der Bundeswehr oder im sozialen Bereich ausgesprochen. Sogar bei jungen Menschen unter 30 war die Zustimmung mit 64 Prozent beachtlich hoch.

Der Rückkehr zum Dienst für Deutschland kann selbst der nicht immer die ideale Haltung findende Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier etwas Gutes abgewinnen. Dass Bundeskanzler Olaf Scholz die Dienstpflicht zu Beginn des Jahres noch „nicht auf der Tagesordnung“ sah, zeigt angesichts des russischen Krieges in die Ukraine und der Drohungen gegen den Westen weder Weitblick noch Sinn für das Gemeinwohl. Denn genau das wird offenbar von einer Mehrheit der Deutschen eingefordert. BK

Die Große Umverteilung

Vor fünf Jahren wurde der Globale Migrationspakt verabschiedet. Heute ist klar, dass er die Sozialsysteme der Aufnahme­länder an die Belastungsgrenzen führt – und zu einer bedeutenden Einnahmequelle der Herkunftsländer geworden ist

VON WOLFGANG MÜLLER-MICHAELIS

Ein gespenstischer Traum: Es klingelt spät abends an der Haustür von Kathrin Göring-Eckardt, sie öffnet und eine Gruppe von Asylanten, bestehend aus erwachsenen Männern und Jugendlichen aus Marokko, fordert Einlass. Sie seien nach beschwerlichen Strapazen einer langen Reise auf der Straße ausgesetzt worden und bräuchten dringend ein Nachtlager. Jeder mag sich ausmalen, wie die grüne Spitzenpolitikerin und Befürworterin einer unbegrenzten Willkommenskultur auf diese überraschende Situation reagieren würde. Eines kann man aber wohl ausschließen: dass sie die späten Besucher einladen würde, Unterschlupf in ihrer privaten Wohnung zu finden. Indem sie die Einlass Begehrenden stattdessen vermutlich an die kommunalen Auffanglager verweist, schiebt sie die von ihr und ihren politischen Freunden so sehr Willkommenegeheißenen dann doch lieber an ihre Nachbarn, den Busfahrer und die Krankenschwester ab, die mit ihren Steuergroschen und Sozialleistungen für die Unterkünfte der Asylbewerber samt deren Versorgung ungefragt aufzukommen haben.

Achillesferse des Sozialstaats

Die finanziellen Migrationslasten, die sich in Presseberichten auf den Einzelfall bezogen in überschaubaren Grenzen halten mögen, summieren sich über den Multiplikator der inzwischen Millionen zählenden Zuwanderer zu höheren zweistelligen Milliardenbeträgen. Obgleich es sich dabei um auf Bund, Länder und Kommunen verteilte Staatsausgaben handelt, die in allen anderen Fällen als feste Etatposten im Staatshaushalt ausgewiesen werden, sind sie offenbar der Geheimhaltung unterworfen und werden stattdessen den Sozialleistungen an die einheimischen Bürger zugerechnet, die diese Etatmittel über ihre Steuer- und Abgabenzahlungen zur Verwendung im Rahmen ihrer Solidargemeinschaft aufgebracht haben. An diesem Punkt erweist sich, dass verdeckte Finanzierung von Migration, wenn sie sich zu unbegrenzter Dimension ausweicht, zur Achillesferse des Sozialstaats werden kann.

Schon wenn sich zuwandernde Nichteinwohner an den durch Einzahlung der Mitglieder der Solidargemeinschaft „Sozialstaat“ angefüllten Gemeinschaftstopf „andocken“, muss es nach Adam Ries auf der Zeitchase zu wachsender Unterdeckung der verfügbaren Mittel kommen. Wenn dann aber den einzahlenden Ein- bis Zwei-Kinder-Standardfamilien der Solidargemeinschaft auf der nicht einzahlenden Empfängerseite massenweise migrantische Großfamilien gegenüberstehen, ist die Implosion des Sozialstaats irgendwann absehbar.

Dass es keine gute Idee war, die Kosten der Migration aus dem Regelwerk geordneter Haushaltsführung herauszunehmen, wird spätestens dann offenbar, wenn es sich bei den Ausgaben für Versorgung, Wohnen, Heizung, Gesundheitspflege und Integrationsmaßnahmen nach jüngsten Angaben inzwischen um jährlich rund 50 Milliarden Euro handelt. Sie geraten damit in die Nähe jenes ebenso aus dem normalen Haushalt ausgegliederten Sondervermögens von 60 Milliarden Euro, dessen Umwidmung von Corona- in Klimavorsorge durch die Bundesregierung vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) jüngst als verfassungswidrig festgestellt wurde.

Auch wenn nicht zu erwarten ist, dass das höchste deutsche Gericht ein Veto gegen die unterlassene haushälterische Erfassung der Migrationskosten einlegen wird, wirft die Offenlegung ihrer inzwischen erreichten Größenordnung beim Wählervolk zunehmend Fragen nach der Tragfähigkeit dieser jährlichen Finanzlasten durch den deutschen



Business mit Barmherzigkeit: Durch den Globalen Migrationspakt wurden deutsche Sozialleistungen zu bedeutenden Staatseinnahmen in den Ländern des globalen Südens
Foto: pa

Steuerzahler auf. Wobei mit den genannten rund 50 Milliarden Euro nur die direkt anfallenden Migrationskosten, nicht aber die in die Zukunft des gesellschaftlichen Miteinanders weisenden indirekten staatlichen Zusatzlasten in den Bereichen Schule und Bildung, Innere Sicherheit sowie Justiz erfasst sind, die sich schon beim heutigen Stand der Migrationsdichte in Ballungsräumen als unzumutbar hoch erweisen.

Irreführender Migrationspakt

Parteiübergreifend – mit Ausnahme weiter Teile der Grünen – ist die Einsicht gereift, dass die erreichte Dimension der finanziellen Migrationslasten sowie das Ausmaß der Überforderung in wichtigen staatlichen Infrastrukturbereichen ein Umsteuern in der Migrationspolitik unabdingbar machen, will man es nicht zu einer gesellschaftlichen Zerreißprobe kommen lassen. Dabei wird der Ruf nach einer politischen Lösung zur Bewahrung des sozialen Friedens im Lande auch von zunehmender Erkenntnis getragen, von den Befürwortern des UN-Migrationspaktes von 2018 „hinter die Fichte geführt“ worden zu sein. Denn handelt es sich bei dem „Pakt“ bei genauem Hinsehen doch nur vordergründig um Aufnahme­regeln für verfolgte Flüchtlinge, in seinem Kern aber tatsächlich um die Ausrichtung unserer Sozialsysteme auf eine dauerhafte Finanzierung der anschwellenden Migrationsströme aus dem globalen Süden.

Angefangen von der Forderung nach Gewährleistung des Zugangs der Migranten zu den sozialen Grundleistungen der Gastländer geht es bei den Zielsetzungen im entscheidenden letzten Teil des Paktes über „nicht diskriminierende Sicherstellung von Gesundheitsleistungen“ und „gleichberechtigte hochwertige Ausbildung“ bis hin zur Schaffung einfacher und sicherer Verfahren finan-

zieller Abwicklung durch Aufbau von Kontenstrukturen und Etablierung von Transferregelungen für die im zentralen Blickfeld liegenden Geldüberweisungen in die Herkunftsländer. Es mag in Vergessenheit geraten sein, dass die anfangs von den Industrieländern gezeigte Unterstützung des UN-Migrationspaktes in breite Ablehnung umschlug, nachdem die wahre Intention erkannt und der Pakt als eine die Industrieländer täuschende „Schummelpackung“ entlarvt wurde.

Klassische Einwanderungsländer wie die USA und Australien verweigerten ihre Zustimmung, weil den Forderungen und Rechten der Migranten keine gleichwertige Gewährleistung der Interessen der Gastländer gegenüberstanden, auch die meisten Mitgliedsländer der EU lehnten nach anfänglicher Kooperationsbereitschaft ihre Mitwirkung am Ende ab. EU-Länder wie Österreich, Ungarn, Polen, Tschechien, Bulgarien und Estland wie auch Israel machten ihre Ablehnung öffentlich, sodass die Verfechterin und Mitinitiatorin des Paktes, Bundeskanzlerin Merkel, nur in kleiner Besetzung die offizielle Unterzeichnung seitens der Industrieländer in Marrakesch, Marokko, vollziehen konnte.

Geld für die Herkunftsländer

Da man im Bundestag wegen der breiten öffentlichen Ablehnungsfront darauf verzichtet hatte, über eine offizielle Beitrittserklärung abzustimmen, und sich stattdessen mit einem unverbindlichen Entschließungsantrag zu den Zielen des Paktes aus der Affäre gezogen hatte, fiel die Emsigkeit des damaligen Berichterstatters und stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie heutigen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Stephan Harbarth auf, die Vorzüge des Migrationspaktes und den Beitritt im deutschen Interesse liegend in öffentlichen Stellungnahmen zu preisen.

Bei genauem Hinsehen handelt es sich bei dem Pakt nur vordergründig um Aufnahme­regeln für verfolgte Flüchtlinge – in seinem Kern jedoch um die Ausrichtung unserer Sozialsysteme auf eine dauerhafte Finanzierung der anschwellenden Migrationsströme aus dem globalen Süden

Genau fünf Jahre nach Unterzeichnung des Migrationspaktes durch die damalige Bundeskanzlerin in Marokko kommt vom dortigen Innenminister die Mitteilung, dass die Überweisungen marokkanischer Migranten aus dem Ausland inzwischen jährlich zehn Milliarden Euro erreicht hätten und damit nach dem Tourismus die zweitgrößte Einnahmequelle des Landes ausmachten. Eine Übersicht der Weltbank gibt Auskunft darüber, in wie starkem Maße Geldüberweisungen von Migranten in ihre Heimatländer zu deren Bruttoinlandsprodukt beitragen, wie zum Beispiel im Libanon zu 27,5 Prozent, in Somalia zu 21,4 Prozent, im Jemen zu 16,5 Prozent.

Angesichts der Größenordnung dieser Transferströme, die den Wirtschaftskreisläufen der Geberländer in wachstumsrelevantem Maße verloren gehen, sollte das europäische, vor allem deutsche Narrativ überdacht werden, die Migration allein oder vor allem als durch Krieg und politische Verfolgung verursachte Wanderbewegung zu sehen. Diesen Vorgang als globalen Umverteilungsprozess zu betrachten, dem ökonomische Zielsetzungen der Entsendestaaten des globalen Südens zugrunde liegen, dürfte der Sache näherkommen und den vielerorts sich regenden Bestrebungen, unser Asyl- und Zuwanderungsrecht auf den Prüfstand zu stellen und den heutigen Verhältnissen anzupassen, neue richtungweisende Impulse geben.

„Bankrotterklärung des Rechtsstaates“

Denn wie es Verfassungsjuristen, Staatsrechtler und mit dem Thema vertraute Politiker seit Langem betonen und der Journalist Harald Martenstein auf den Punkt gebracht hat, liegt unser Unvermögen, mit dem Migrationsproblem fertigzuwerden allein an dem völlig aus der Zeit gefallenem Asylrecht, das unter ganz anderen Umständen „und für ganz andere Leute geschaffen wurde als für viele derjenigen, denen es heute als Eintrittskarte“ in eine für sie bessere Welt dient. So hat auch der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier seit Jahren in diesem Sinne Position bezogen und sich nicht gescheut, den systematischen Missbrauch des Asylrechts für ganz andere Zwecke eine „Bankrotterklärung des Rechtsstaates“ zu nennen.

Wie soll ein Staat auf Dauer seine rechtliche Ordnungsmacht gegenüber seinen Bürgern behaupten, wenn er selbst in seinem Rechts Handeln gegen seine eigenen Gesetze verstößt? Er tut dies in seiner „Open border“-Politik, die jedermann aus aller Welt rechtswidrig freien Zugang zum deutschen Staatsgebiet gewährt, auch wenn er im Wege unzulässiger Rechtsausübung zum Beispiel einen Asylbewerber, der in krimineller Absicht seine Identitätspapiere vernichtet, unbesehen mit neuen Ausweispapieren ausstattet; oder wenn er dem Paragraphen 18 Absatz 2 des Asylgesetzes der Bundesrepublik Deutschland dadurch zuwiderhandelt, dass er einem aus einem sicheren Drittstaat einreisenden Asylbewerber schlankweg Asyl gewährt.

Im Sinne der von Hans-Jürgen Papier verfolgten Reformbestrebungen geht es nicht darum, das Asylrecht als Schutzrecht für Verfolgte anzutasten, sondern das Zuwanderungsbegehren jener Menschen, die weder Flüchtlinge noch politisch Verfolgte sind, nach dem Vorbild jener Einreisebestimmungen zu behandeln, wie sie in den klassischen Einwanderungsländern in Kraft sind.

● Prof. Dr. Wolfgang Müller-Michaelis ist Wirtschaftswissenschaftler, Publizist und Stiftungsrat in diversen Stiftungen. Er war unter anderem Generalbevollmächtigter der Deutsche BP AG, Energiebeauftragter der Sächsischen Staatsregierung und Honorarprofessor der Leuphana Universität Lüneburg. www.muemis-bloghouse.de

● MELDUNGEN

Grüner Angriff auf Autofahrer

Berlin – Als hätten die Bürger nicht schon genug unter permanenten Preissteigerungen zu leiden, haben die Grünen abermals die Autofahrer ins Visier genommen. Sie wollen massiv Steuern erhöhen und das Dienstwagenrecht reformieren, um mehr Staatseinnahmen zu generieren. Längst beschlossen ist der Anstieg der CO₂-Steuer beim Tanken. Damit sollen mehr Menschen dazu gebracht werden, auf Elektro-Autos umzusteigen. Zusätzlich will die „Klima-Partei“ die Steuer für Diesel-Kraftstoff erhöhen. Gleiches gilt wohl auch bei den Dienstwagen. Die sollen künftig weniger gut steuerlich absetzbar werden, ausgenommen Elektro-Mobile. Die CDU/CSU-Fraktion sprach von „einer linken Nebelkerze“ und kündigte erbitterten Widerstand an. Zudem soll die Lkw-Maut nach Willen der Grünen abermals angehoben werden. Das betrifft Pkw-Fahrer zwar nicht direkt, allerdings wird erwartet, dass die Unternehmen die Kosten an die Verbraucher weitergeben. P.E.

Lengsfeld verlässt CDU

Berlin – Die frühere Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld hat ihren Austritt aus der CDU bekannt gegeben. Lengsfeld, die seit vielen Jahren auch als Kolumnistin für die PAZ tätig ist, saß von 1990 bis 2005 im Bundestag, zunächst für Bündnis 90/Die Grünen, später für die CDU. Zuvor war sie Mitglied der einzigen frei gewählten DDR-Volkammer gewesen. Zu DDR-Zeiten betätigte sich Lengsfeld als Bürgerrechtlerin in Opposition zum SED-Regime, weshalb sie nach ihrer Inhaftierung 1988 in den Westen abgeschoben wurde. In der Zeit von Angela Merks Kanzlerschaft wuchs Lengsfelds Distanz zur CDU. Da die von ihr erhoffte Kurskorrektur der CDU nach Merks Abgang jedoch nicht sichtbar sei, so die heute 71-Jährige, hat sie die Partei nun verlassen. H.H.

Mieterverein rät zur Prüfung

Berlin – Nach Erkenntnissen des Berliner Mietervereins stellt das Thema Heizkostenabrechnung auch in diesem Jahr für viele Mieter ein Problem dar. Nach Angaben des Vereins wurden im Jahr 2022 insgesamt 14.551 Beratungen zu Heizkostenabrechnungen durchgeführt. In diesem Jahr registrierte der Mieterverein bereits 13.049 Beratungsgespräche zu Heizkosten. Nach den Erfahrungen des Mietervereins kommen mit vielen Abrechnungen aus dem vergangenen Jahr hohe Nachforderungen auf Mieter zu, obwohl sich der Verbrauch in den meisten Fällen im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich geändert hat oder gar gesunken ist. Aus Sicht des Berliner Mietervereins ballen sich für die Verbraucher zudem aus unterschiedlichen Gründen hohe Kostenbelastungen zusammen. Laut Geschäftsführerin Wibke Werner kommen zu den hohen Nachforderungen aus Heizkostenabrechnungen auch hohe Lebensmittelkosten und zudem häufige Preisanpassung verschiedener Anbieter von Post über Strom bis Telefon. H.M.



Als Leiter des neuen Bundesinstituts designiert: Johannes Nießen (l.) mit Karl Lauterbach

Foto: imago/Future images

BUNDESINSTITUT BIPAM

Heftige Kritik an Lauterbach

Verbände sehen neue Behörde zu eng ans Gesundheitsministerium gebunden

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien wurde unter anderem die Schaffung eines neuen Bundesinstituts für öffentliche Gesundheit im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit angekündigt. Allerdings stellte Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) seine Pläne für dieses Bundesinstitut für Prävention und Aufklärung in der Medizin (BIPAM) erst jetzt der Presse vor.

Hauptaufgabe des BIPAM soll die Verlängerung der Lebenserwartung der Deutschen sowie die Senkung der Kosten im Gesundheits- und Sozialbereich durch die Verhütung oder Bekämpfung von nicht übertragbaren Krankheiten wie Krebs, Demenz und Herz-Kreislauf-Erkrankungen sein. Dazu will Lauterbach dem BIPAM, dessen Gründung für den 1. Januar 2025 vorgesehen ist, die

Möglichkeit geben, in großem Umfang auf Gesundheitsdaten der Bevölkerung zurückzugreifen und die Vernetzung der öffentlichen Gesundheitsdienste voranzutreiben.

BIPAM würde über RKI rangieren

Mit der Etablierung des BIPAM wird die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) in dem neuen Institut aufgehen, während das Robert-Koch-Institut (RKI) weiterbestehen kann, aber künftig nur noch für die Abwehr von Infektionskrankheiten zuständig zeichnet. Damit rangiert das BIPAM faktisch über dem RKI, weil sein Aufgabenbereich deutlich umfassender ist.

Vor diesem Hintergrund besitzt auch die Person des Beauftragten für die Erreichung des neuen Bundesinstitutes eine erhebliche Relevanz. Hierbei handelt es sich um den bisherigen Leiter des Kölner Gesundheitsamtes Johannes Nießen.

Der Facharzt für Allgemein- und Sozialmedizin fungiert zugleich auch als Chef der BZgA und Vorsitzender des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD). In der Vergangenheit gehörte er außerdem dem Corona-Expertenrat der Bundesregierung an und trat dabei als ausgesprochener Hardliner in Erscheinung.

Chef soll ein Corona-Hardliner werden

So opponierte Nießen bis zuletzt gegen die Aufhebung der Corona-Maßnahmen. Außerdem forderte er eine straffe Bündelung der Verantwortung für die Corona-Politik in den Händen einiger weniger Politiker und monierte später die Entscheidung, „den Infektionsschutz in die Hand der Parlamente zu geben und nicht mehr bei den Landesregierungen zu lassen“. Die Personalie Nießen spielte da-

her eine wesentliche Rolle, als dem Corona-Expertenrat vorgeworfen wurde, vorrangig nach politischen statt nach wissenschaftlichen Kriterien zu arbeiten.

Andererseits entzündet sich die nunmehr laut werdende Kritik an dem geplanten BIPAM weniger an dessen Erreichungsbeauftragten als an anderen Dingen. Beispielsweise befürchten die Deutsche Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention (DGSM) und die Deutsche Gesellschaft für Public Health (DGPH) angesichts des Institutsnamens eine zu starke Fokussierung auf das Medizinische.

Dabei lägen viele Ursachen für Krankheit und Tod gar nicht im medizinischen Bereich, sondern in „gesundheitsschädlichen Umwelt- und Lebensbedingungen, die auch das Gesundheitsverhalten wesentlich bestimmen“. Wirksame Prävention erfordert deshalb den ressortübergreifenden Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse. Der Koalitionsvertrag habe hier „einen großen Sprung nach vorne versprochen“, doch „mit dem jetzigen Konzept besteht ... die Gefahr eines Rückschritts“, stellte der DGPH-Vorsitzende Ansgar Gerhardus fest.

Gegner kritisieren zu starke Fokussierung auf Medizinisches

In die gleiche Richtung zielen auch Äußerungen von Vertretern des Netzwerkes Evidenzbasierte Medizin (EbM), zu dessen Gründungsmitgliedern 1998 Lauterbach selbst gehörte. Die aktuellen Pläne des Bundesgesundheitsministeriums gingen „konzeptionell in die falsche Richtung“, weil sich das BIPAM vorrangig auf individuelle medizinische Präventionsmaßnahmen konzentrieren solle, anstatt dort anzusetzen, wo man am effektivsten zur Verbesserung der Lebensbedingungen benachteiligter Bevölkerungsgruppen beitragen könne.

In diesem Zusammenhang verwies das EbM unter anderem auf die vom Gesundheitsministerium favorisierten Cholesterin- und Diabetes-Screenings: Mit solchen „wissenschaftlich mehr als fragwürdigen“ Aktionen, deren Wirksamkeit bislang niemand durch kontrollierte Studien habe nachweisen können, verstärke man lediglich „die Medikalisierung der Gesellschaft“, ohne dadurch zugleich die Volksgesundheit zu verbessern.

Zudem stört sich das EbM an der direkten Anbindung des Instituts an das Gesundheitsministerium, weil diese die Gefahr berge, „dass politisch opportune, aber wissenschaftlich fragliche Maßnahmen gegenüber politisch unbequemen, aber inhaltlich richtigen Vorschlägen bevorzugt werden“.

FAMILIENNACHZUG

Längst nicht mehr nur Ortskräfte

Zahl der Syrer und Afghanen in Deutschland nimmt stetig zu – darunter Aktivisten und Homosexuelle

Über ein vor zehn Jahren gestartetes Landesprogramm zur Aufnahme von Syrern sind deutlich mehr Menschen nach Brandenburg eingereist, als bislang bekannt war. Noch im Oktober hatte Brandenburgs Integrationsbeauftragte Doris Lemmermeier unter Berufung auf das Innenministerium in Potsdam von 964 Familienangehörigen gesprochen, die über das Aufnahmeprogramm eingereist seien. Auf Anfragen der Landtagsabgeordneten Andrea Johlige (Linkspartei) gab die Landesregierung im November allerdings bekannt, dass seit 2013 bereits 1883 Syrern eine Einreise zu Familienangehörigen in Brandenburg gestattet wurden.

Bei dem Aufnahmeprogramm müssen sich die in Brandenburg lebenden Syrer verpflichten, für den Lebensunterhalt ihrer Verwandten für fünf Jahre auf-

zukommen. Die über das Landesprogramm nach Brandenburg kommenden Ausländer erhalten direkt nach ihrer Einreise eine Arbeitserlaubnis. Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) hat bereits angekündigt, das Aufnahmeprogramm für Syrer zum Jahresende beenden zu wollen.

Bundesregierung hat Programm wieder aufgenommen

Wiederaufgenommen hat dagegen die Bundesregierung ihr Aufnahmeprogramm für Bürger Afghanistans. Das Programm von Auswärtigem Amt und Bundesinnenministerium war im März nach Hinweisen auf Missbrauchsversuche vorübergehend gestoppt worden.

Seit der Wiederaufnahme des Programms Ende Juni peilt das Auswärtige Amt unter Annalena Baerbock (Grüne)

an, monatlich 1000 Afghanen in Deutschland aufzunehmen. Insgesamt soll die Bundesregierung über 44.000 Afghanen eine Aufnahme in Deutschland zugesagt haben. Dabei geht es längst nicht mehr nur um sogenannte Ortskräfte, also um Afghanen, die mit der Bundeswehr zusammengearbeitet haben. Chancen nach Deutschland geholt zu werden haben auch Aktivisten, die für internationale Organisationen gearbeitet haben, Künstler oder Homosexuelle.

Vorrang bei der Aufnahme sollen zunächst jene Afghanen bekommen, die in Pakistan oder im Iran auf ihre Ausreise nach Deutschland warten. Vor allem in Pakistan hat sich die Lage für viele Afghanen zuletzt deutlich zugespitzt. Pakistans Regierung hatte nämlich über eine Million Afghanen aufgefordert, bis Anfang November das Land wieder zu verlassen. Be-

troffen sind Afghanen, die sich ohne Aufenthaltstitel in Pakistan aufhalten. Für 1,4 Millionen anerkannte afghanische Flüchtlinge bekräftigte die Regierung in Islamabad allerdings ein Aufenthaltsrecht in Pakistan. Nach Regierungsangaben folgten bislang mehr als 250.000 Afghanen der Aufforderung zur Rückkehr in ihr Heimatland. Demzufolge könnten sich derzeit noch immer mehrere hunderttausend Afghanen in Pakistan aufhalten, obwohl sie ausreisepflichtig sind.

Die Organisation Pro Asyl hat die Bundesregierung angesichts der Entwicklung in Pakistan aufgefordert, „besonders bedrohte Afghaninnen und Afghanen wie versprochen aufzunehmen und dringend Maßnahmen zur Beschleunigung der Verfahren einzuleiten“. In Deutschland leben nach offiziellen Angaben mittlerweile rund 385.000 Afghanen. Hermann Müller

PARLAMENT

Linke Entgleisung im Landtag

Linkspartei-Fraktionschef nennt AfD-Landtagsvize „Nazischwein“ – der will Anzeige erstatten

VON HERMANN MÜLLER

Neben den Grünen sind vor allem Politiker und Mitglieder der AfD von Bedrohungen und tätlichen Angriffen betroffen. Laut einer Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage registrierten die Behörden im ersten Halbjahr 2023 bundesweit 349 Straftaten gegen Politiker und Parteimitglieder. Von 24 Körperverletzungsdelikten, die im ersten Halbjahr gemeldet wurden, bezogen sich 19 auf AfD-Mitglieder. Nicht nur diese Entwicklung kann bei geschichtsbewussten Beobachtern Erinnerungen an Verhältnisse wie in der Weimarer Republik wecken.

Auch in den Parlamenten nimmt die politische Auseinandersetzung mittlerweile sehr extreme Formen an. Im Landtag von Brandenburg produzierte Sebastian Walter, der Chef der Linke-Fraktion, Ende November während einer Debatte über Antisemitismus einen Eklat. Während einer Rede des AfD-Fraktionschefs Hans-Christoph Berndt rief Sebastian Walter an Landtagsvizepräsident Andreas Galau (AfD) gewandt: „Du triffst dich doch mit Antisemiten, du Nazischwein!“

Galau spricht von Verleumdung

Landtagspräsidentin Ulrike Liedtke (SPD) hatte nach eigenen Angaben die Äußerungen des Linken nicht gehört. Walter bestätigte dann allerdings selbst, dass er Galau und auch dessen Fraktionschef Berndt für „Nazis“ halte. Daraufhin verhängte die Landtagspräsidentin einen Ordnungsruf. Bereits am Vortag war der Linke-Politiker mit einer beleidigenden Wortwahl aufgefallen. Gemünzt auf die beiden promovierten AfD-Abgeordneten Berndt und Philip Zeschmann hatte Walter von „Doktoren des Teufels“ gesprochen.

Nach dem Eklat am Folgetag verlangte Landtagsvize Galau eine Sondersitzung des Parlamentspräsidiums und kündigte an, möglicherweise Strafanzeige gegen



Im Fadenkreuz der Kritik: Linke-Fraktionschef Sebastian Walter im Potsdamer Landtag Ende November

Foto: pa

den Linke-Politiker zu stellen. Einige Tage später ging Galau auf einer Pressekonferenz auf juristische Besonderheiten des Falls ein.

Er betonte, die Anzeige gegen Walter werde von Juristen ausgearbeitet, damit sie „hieb- und stichfest“ werde. Galau ging dabei auch auf die sogenannte Indemnität ein. Dieser Grundsatz der Strafausschließung soll verhindern, dass Abgeordnete wegen ihres Abstimmungsverhaltens oder wegen ihrer Äußerungen im Parlament verfolgt werden können. Ausdrücklich nicht unter Schutz stellt Brandenburgs Landtag allerdings „verleumderische Beleidigungen“. Galau zeigte sich sicher, dass es sich bei dem Begriff „Nazischwein“ um eine Verleumdung und Beleidigung handle.

Walter legte wenige Tage nach dem Eklat mit seinen Angriffen gegen die AfD

noch einmal nach. In einem Interview bezeichnete er die Partei als „parlamentarischen Arm des Rechtsterrorismus“ und forderte ein Verbot der AfD. Er begründete seine Forderung unter anderem mit dem Hinweis auf Lehren aus der Weimarer Republik und der NS-Zeit. Allerdings kann die Verbotsforderung auch unter einem parteipolitischen Aspekt gesehen werden.

Linkspartei sinkt in Umfrage

Sie zielt nämlich auf eine Partei, die laut aktuellen Umfragen bei einer Landtagswahl eindeutiger Wahlsieger wäre. Walters eigene Partei müsste dagegen fürchten, nicht einmal den Wiedereinzug in den Landtag zu schaffen. Dies legt zumindest eine aktuelle Umfrage des INSA-Instituts im Auftrag der „Bild“-Zeitung nahe. Die Besonderheit der Umfrage ist,

dass hier erstmalig auch nach den Wahlchancen der angekündigten Wagenknecht-Partei gefragt wurde. Ein „Bündnis Sahra Wagenknecht“ würde laut INSA in Brandenburg auf elf Prozent kommen. Großer Verlierer wäre die Linkspartei, die vier Prozentpunkte verlieren und mit sechs Prozent gerade noch in den Landtag einzöge.

Gegenüber früheren Umfragen mit Ergebnissen von mehr als 30 Prozent verlöre die AfD zwar auch Stimmen. Mit 27 Prozent ginge sie aber noch immer als haushoher Sieger aus Landtagswahlen hervor. Mit deutlichem Abstand folgen die regierende SPD mit nur noch 20 Prozent und die CDU mit 18 Prozent. Die Grünen kämen auf acht Prozent. Freie Wähler und die FDP würden an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern und wären nicht mehr im Potsdamer Landtag vertreten.

KOLUMNE

Im Advent

VON VERA LENGSFELD

Am 1. Advent waren die Berliner Weihnachtsmärkte gut gefüllt. Trotzdem war die Stimmung anders als üblich. Glühweinpreise um die zehn Euro pro Becher sorgten nicht nur für eingetrübte Stimmung, sondern für heftige Diskussionen unter den Besuchern. Häufig wurden die Händler zur Rede gestellt. Die verteidigten sich mit den immens gestiegenen Standgebühren. Der Konflikt fand Eingang in die Hauptstadt-presse. Schließlich sah sich sogar der Regierende Bürgermeister Kai Wegner gezwungen, Stellung zu nehmen. Was er sagte, wurde vom „Tagesspiegel“ aber hinter der Bezahlschranke versteckt.

Egal, Berlin hat viel drängendere Probleme. Der Bankrott der Signa Holding des österreichischen Immobilienunternehmers René Benko stellt die Planung der Bauvorhaben auf den Kopf. Der Senat pausiert die Bau- beziehungsweise Rahmenplanung für die Galeria-Kaufhäuser am Hermannplatz und am Kurfürstendamm. Für den Hermannplatz wird die derzeit laufende sogenannte frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit abgeschlossen.

Der nächste Planungsschritt, die Beteiligung der Behörden, werde aber nicht begonnen, solange kein verlässlicher Partner bereitstünde. Auch die Zukunft der Galeria-Karstadt-Kaufhäuser, die zur Signa-Gruppe gehören, steht auf dem Spiel. Die Hoffnung ist jetzt, dass die Pleite der Holding die anderen Unternehmen der Gruppe nicht automatisch mit sich ziehen muss, da es sich um eigenständige Firmen handelt.

Insgesamt ist die Lage aber sehr düster, wie Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey eingestand. Die Insolvenz der Signa Holding sei „keine gute Nachricht“ für den Kaufhausstandort Berlin. „Die Situation ist sehr, sehr ernst.“ Sie sei aber „noch nicht ganz überschaubar“. Giffey fordert, dass jeder Investor ein klares Bekenntnis zu den Warenhäusern abgeben müsste. Ob das hilft?

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich verschenke für ein Jahr befristet die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen. Voraussetzung für den Erhalt der Prämie ist, dass die PAZ in den vergangenen sechs Monaten nicht bezogen wurde.

Name: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____
 IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Zahlung per: Lastschrift Rechnung

Empfänger des Abos ist:

Name: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____

Der **Geschenkgutschein** soll geschickt werden an:
 den Schenkenden den Empfänger des Abos

Bitte den Bestellschein einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Verschenken Sie Lesefreude

Die PAZ als Jahresabo für Ihre Lieben

40 Euro
Prämie
für Sie

Gleich unter
 040-41 40 08 42
 oder per Fax
 040-41 40 08 51
 oder online
 www.paz.de/abo
 bestellen!



Zeitung für Deutschland
 www.paz.de

● MELDUNGEN

Palästinenser für Überfall

Gaza – Anfang November hat die Arab World Research and Development Group (AWRAD) eine Meinungsumfrage unter den Palästinensern im südlichen Gaza-Streifen und im Westjordanland durchgeführt. Darin äußerten 75 Prozent der Teilnehmer, dass sie „die militärische Operation der von Hamas geführten palästinensischen Widerstandsbewegung vom 7. Oktober“ begrüßten. 98 Prozent gaben zugleich an, sie empfänden jetzt deutlich größeren Stolz, Palästinenser zu sein. Dabei lag die Unterstützung und Begeisterung im Westjordanland höher als in Gaza. Ebenso zeigten sich drei Viertel aller Befragten überzeugt von der Möglichkeit des Sieges über Israel. Bei einer früheren Umfrage von Arab Barometer, die am 6. Oktober endete, hatten 44 Prozent der Gaza-Bewohner gesagt, ihnen fehle jegliches Vertrauen in die Hamas. Darüber hinaus wollten 73 Prozent ausdrücklich eine friedliche Lösung des Konfliktes mit Israel. W.K.

Pharmariesen verklagen Polen

Warschau – Wie die Warschauer Zeitung „Dziennik Gazeta Prawna“ meldet, haben der US-Pharmakonzern Pfizer und dessen deutscher Partner BioNTech vor einem Brüsseler Gericht Zivilklage gegen Polen eingereicht, um das Land zu zwingen, 60 Millionen nicht benötigter beziehungsweise zurückgewiesener Corona-Impfstoffdosen zu bezahlen. Dabei geht es um eine Summe von vermutlich 1,2 Milliarden Euro. Genauer ist nicht bekannt, da die Vertragsbedingungen zwischen der EU, welche die Vakzine namens ihrer Mitgliedsländer bestellte, und den Herstellern bis heute geheim sind. Polen begründet seine Verweigerung mit den finanziellen Belastungen durch den Ukrainekrieg und der geringen Nachfrage nach dem Impfstoff unter der Bevölkerung. Beobachtern zufolge wollen Pfizer und BioNTech ein Exempel an Polen statuieren, um potentielle Nachahmer abzuschrecken. Die erste Verhandlung findet am 6. Dezember statt. W.K.

Geistliche statt Forscher

Berlin – Die deutsche Biologin und Immunologin Maria Leptin, die seit Oktober 2021 als Präsidentin des Europäischen Forschungsrates fungiert, sprach sich auf einer Podiumsdiskussion während einer Konferenz des Weltwirtschaftsforums (WEF) dafür aus, keine Wissenschaftler mehr vorzuschicken, um die Bevölkerung schnell und flächendeckend vom Nutzen neuer Impfungen zu überzeugen. Stattdessen sollten die Regierungen lieber auf das „religiöse Establishment“ und das Militär setzen. So sei die Impfbereitschaft in dem buddhistischen Himalaya-Königreich Bhutan deutlich höher als anderswo gewesen, nachdem die Geistlichkeit des Landes zur „Immunisierung“ gegen Corona aufgerufen hatte. Als weiteres Beispiel nannte Leptin Portugal, wo die Corona-Impfkampagne von einem Armeegeneral geführt wurde, der die Menschen zum Impfen „zusammentrommelte“. „Also keine Wissenschaft, das sollten wir uns merken.“ W.K.

KANADA

Gegenwind für Trudeau

Moratorium für Windkraftprojekte – Die kanadische Provinz Alberta stellt Ottawas Energiepolitik in Frage

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Jahrelang war die westkanadische Provinz Alberta ein El Dorado für die Wind- und Solarindustrie. Während die Öl- und Gasindustrie in der Provinz mit dem weltweit bedeutendsten Ölsandvorkommen nach wie vor boomt, wandelte sich Alberta zugleich nahtlos zu einem Brennpunkt für Erneuerbare Energien.

Fossile Brennstoffe sind im umweltbewussten Kanada politisch schon seit Längerem in Ungnade gefallen. Der Preis für die forcierte Energiewende der Zentralregierung in Ottawa, stark gestiegene Gaspreise und Wohnnebenkosten, wird von einer knappen Mehrheit der Bevölkerung noch murrend hingenommen. Aktuell hält jedoch die konservativ regierte, windreiche Provinz Alberta dem liberalen kanadischen Regierungschef Justin Trudeau wegen dessen ehrgeizig vorangetriebener Transformation der Energiesysteme ein klares Stoppschild entgegen.

Albertas neue Provinzautorität, Premierministerin Danielle Smith, stemmt sich seit ihrer Wahl im Oktober 2022 gegen die rigiden Energiegesetze der Regierung in Ottawa. Diese hat Anfang letzten Jahres das Ziel eines Netto-Null-Elektrizitätssystems bis 2035 ausgegeben. Der Kohleausstieg und der Ausbau Erneuerbarer Energien einschließlich Wasserkraft gelten dabei als entscheidende Maßnahmen. Bis 2030 soll der Anteil der Energieträger Öl und Gas am Energieverbrauch in dem Föderalstaat auf 40 Prozent zurückgeführt werden.

Das „Net-Zero“-Ziel könne auch erreicht werden, wenn verbleibende CO₂-Emissionen entweder durch die Natur aufgenommen oder durch Technologie abgespalten werden. Smith bezeichnet das Ziel als unrealistisch und schädlich für die Wirtschaftskraft des Landes.

Ein unrealistisches „Net-Zero“-Ziel

Am 27. November machte Premierministerin Smith erstmals von dem neuen Ge-

setz namens „Canadian province’s Sovereignty Act within in United Canada Act“ Gebrauch, das von Albertas Landtag (Legislative Assembly of Alberta) im vergangenen Dezember in Kraft gesetzt worden war. Das Gesetz ermöglicht es ihrer Regierungspartei United Conservative Party (UCP), Gesetze der Föderalregierung zu unterlaufen.

Alberta verlangt mehr Zeit für die Schaffung eines Netto-Null-Elektrizitätssystems in der Provinz. Die eigene Zielmarke wurde auf 2050 hochgesetzt. Damit wurde die gesetzliche Grundlage für ein im August von der UCP beschlossenes sechsmonatiges Moratorium für alle neuen Windkraftprojekte geschaffen.

Die Maßnahme dient der Überprüfung der vorgesehenen Standorte und deren Auswirkung auf das Stromnetz der Provinz. Außerdem sollen Regularien festgelegt werden, um sicherzustellen, dass die Wind- und Solarindustrieanlagen am Ende ihrer Nutzungszeit zurückgebaut werden. Smith zufolge befürchten Landbesit-

zer, dass Zehntausende ausgediente Windräder wie in Kalifornien oder auf Hawaii ganze Landschaften dauerhaft verschandeln könnten. Viele Gegenden sind bereits durch aufgelassene Tagebauminen, offene Bergwerkschächte und verlassene Öl-Infrastruktur belastet.

Förderung von Nuklear-Reaktoren

Von dem Moratorium unmittelbar betroffen sind 13 Windkraftprojekte im Genehmigungsprozess. Laut einer Analyse des Pembina Institute (PI) werden darüber hinaus 118 Projekte mit einem Investitionsvolumen von 33 Milliarden Dollar in der Planungsphase ausgebremst. Ein Teil davon könnte nach der Überprüfung aufgegeben werden. Der Gegenwind aus Alberta erregt die Gemüter nicht nur in den betroffenen Branchen.

Regierungsnahe Thinktanks wie PI veröffentlichten warnende Pamphlete. Umwelt- und Klimaschutz ist in Kanada das meistverhandelte Thema. Der Abbau der Ölsande, die Gewinnung von Bitumen und dessen Raffinierung zu Produkten wie Benzin und Diesel ist teuer, aufwendig und mit enormen Umweltschäden verbunden. Das „Schwarze Gold“ Bitumen ist jedoch für die Provinz und das Land nach wie vor eine wertvolle Ressource und von erheblicher Bedeutung für die Wirtschaft. Außerdem verfügt Alberta über große abbaubare Reserven von konventionellem Erdöl.

Als eine Alternative zu immer mehr ökologisch schädlichen Wind- und Solarparks will Premierministerin Smith die Entwicklung von neuen, kleineren Reaktoren fördern (Small Modular Nuclear Reactors, SMR). Zusammen mit Britisch Columbia will Alberta sogenannten grauen Wasserstoff aus Erdgas exportieren. Dafür erhält Smith Rückendeckung aus großen Teilen der Unternehmerschaft.

Am 4. Oktober reiste eine Gruppe von 48 Geschäftsleuten und Branchenführern in Kanadas Hauptstadt Ottawa, um mit dem Regierungschef Trudeau über die Auswirkungen seiner Kraftstoff-, Energie- und Stromverordnungen auf die Kanadier zu diskutieren. Albertas zweitgrößter Energieerzeuger Capital Power will aufgrund der von Trudeau erlassenen Elektrizitätsvorschriften für „sauberen“ Strom keine neuen Gaskraftwerke mehr in Kanada bauen.



Widersetzt sich den energiepolitischen Vorgaben von Kanadas Regierung: Albertas Premierministerin Danielle Smith

USA

Schlechtes Omen für Biden

Der amtierende US-Präsident ist wenig beliebt – Konkurrenz bei den Wahlen 2024 nicht nur durch Trump

Als Joe Biden im Jahr 2020 die US-Präsidentenwahlen gegen Amtsinhaber Donald Trump gewann, gingen mehr als 66 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne. Für bundesdeutsche Verhältnisse mag das ein schwacher Wert sein, aber in den Vereinigten Staaten war es die höchste Wahlbeteiligung seit 100 Jahren.

Im kommenden Jahr stehen die nächsten Wahlen an. Und Stand jetzt deutet sich eine historisch niedrige Teilnahme an. Jüngste Umfragen haben ergeben, dass mehr als die Hälfte der Amerikaner unzufrieden sind mit den politischen Verhältnissen. Aber kurz vor Beginn der parteiinternen Vorwahlen haben sie keine Alternativen. Biden hat bereits erklärt, sich für die Demokratische Partei um eine zweite Amtszeit bewerben zu wollen. Trump geht ebenfalls wieder ins Rennen, und er hat beste Chancen, von der Basis

seiner Republikanischen Partei zum Kandidaten gekürt zu werden.

Ein 81-Jähriger gegen einen 77-Jährigen – für viele US-Bürger ist das die Wahl zwischen Pest und Cholera. Parteiinterne Kampfkandidaten gegen einen amtierenden Präsidenten gelten in den USA als verpönt, deswegen wagt sich kein – jüngerer – Demokrat offen aus der Deckung. Doch US-Medien berichten, dass viele demokratische Wähler hoffen, Biden könnte kurzfristig verzichten und den Weg freimachen für den kalifornischen Gouverneur Gavin Newsom. Der 56-Jährige gilt als telegen und massenkompatibel. Den nötigen Ehrgeiz bringt er ohnehin mit. Derzeit sieht es so aus, als würde er sich auf eine Kandidatur im Jahr 2028 vorbereiten.

Ein ähnliches Schauspiel ist bei den Republikanern zu beobachten. Milliardär Trump ist an der Basis beliebt, sein

schärfster Rivale, Floridas Gouverneur Ron DeSantis, gilt vielen in gesellschaftspolitischen Fragen als zu konservativ und damit trotz seiner 45 Jahre als chancenlos.

Ein Kennedy will wieder mitmischen

Aufmerksam wurde in den vergangenen Wochen registriert, dass größere Unternehmen die Kampagne von Nikki Haley unterstützen. Deren Umfragewerte liegen zwar im einstelligen Bereich, doch die 51-Jährige hat Zeit und gilt daher eher als Hoffnungsträgerin für 2028.

Die Ex-Gouverneurin von South Carolina und frühere UN-Botschafterin der USA gilt als pragmatisch und politisch geschickt, allerdings vertritt sie durchaus die sehr konservativen Überzeugungen der Tea Party, einer republikanischen Interessengemeinschaft. Insofern kann sie mit Trump verglichen werden, allerdings

ist sie weniger skandalträchtig als der Ex-Präsident. Dass Trump zu ihren Gunsten verzichten wird, gilt als ausgeschlossen, und so scheint das Interesse an der anstehenden Wahl eher gering. Zwei Drittel der US-Amerikaner wollen am 5. November 2024 weder Biden noch Trump auf dem Wahlzettel. So sagen es aktuelle Umfragen. Daher überlegen auch unabhängige Kandidaten, ob sie nicht doch noch auf den Wahlzug aufspringen sollen.

Aufhorchen ließ eine Umfrage, dass Robert Kennedy Junior, Sohn des früheren Justizministers Bobby und Neffe des vor 60 Jahren ermordeten Präsidenten John F. Kennedy, auf 22 Prozent käme. Der 69 Jahre alte Umwelt-Anwalt und Corona-Impfgegner will sich als parteiloser Kandidat zur Wahl stellen. Gerade das scheint ihn für viele Amerikaner interessant zu machen. Peter Entinger

VON PETER ENTINGER

Das Haushaltschaos in den Reihen der Berliner Ampelkoalition macht auch vor der Automobilbranche nicht halt. Insider befürchten, dass eigentlich zugesagte Subventionen für den weiteren Ausbau der Elektromobilität wegfallen könnten. Bei einem „Autogipfel“ im Berliner Kanzleramt in der vergangenen Woche waren sich alle Beteiligten einig, dass keine Abstriche gemacht werden sollen. Über das „Wie“ hüllte man sich allerdings weitestgehend in Schweigen.

Seit 2016 werden E-Autos in Deutschland staatlich gefördert. Hierzulande sind derzeit rund 1,5 Millionen rein batterieelektrisch angetriebene Pkw (BEV) zugelassen. Um bis zum Jahr 2030 die von der Bundesregierung avisierten 15 Millionen Elektroautos im Bestand zu erreichen, müssten jährlich also durchschnittlich knapp zwei Millionen neue BEV zugelassen werden. Das ambitionierte Ziel von 15 Millionen Elektroautos bis 2030 scheint sie schon jetzt nicht zu erreichen.

An dem Spitzengespräch nahmen Bundeskanzler Olaf Scholz und mehrere Bundesminister teil sowie Vertreter von Herstellern und Zulieferern, Gewerkschaften und Betriebsräten sowie aus der Energiebranche. Bundesverkehrsminister Volker Wissing bekannte sich zu dem gemeinsamen Ziel von Wirtschaft und Politik in Hinsicht auf den Ausbau der Elektromobilität. „Dazu brauchen wir eine engagierte Automobilindustrie, die mit uns an einem Strang zieht und neben der Auslieferung von E-Fahrzeugen auch einen Beitrag zum vorausschauenden Ausbau der Ladeinfrastruktur leistet“, sagte er dem „Handelsblatt“.

Die Zahlen verheißen nichts Gutes

Doch die Zahlen verheißen nichts Gutes. Waren Anfang 2021 lediglich rund 310.000 reine E-Autos auf deutschen Straßen unterwegs, ist diese Zahl inzwischen auf etwa 1,3 Millionen angestiegen. Die Zahl der Ladestationen stieg im gleichen Zeitraum von knapp 43.500 auf mehr als 100.000. Das mag auf den ersten Blick erfreulich erscheinen, im Vergleich mit den hochgesteckten Zielen ist die Ausbeute aber eher gering.

Entsprechend fielen auch die Reaktionen von Experten aus. „Mehr als gute Absichten hat man nicht ausgetauscht“, meint Arthur Brunner, Kapitalmarktexperte der ICF Bank, und ergänzte: „Aber zu konkreten Aussagen, zu konkreten Plänen ist es nicht gekommen. Die hohen Ziele sind nicht zu erreichen, weil es derzeit am nötigen Tempo fehlt. Die Mittel, die dafür bereitgestellt werden müssten,



Deutsche Hersteller unter Druck: Wegen schleppenden Absatzes der E-Fahrzeuge hat VW Stellenabbau angekündigt

AUTOGIPFEL

„Die hohen Ziele sind nicht zu erreichen“

Bei einem Spitzengespräch im Kanzleramt mit Kanzler Scholz und Verkehrsminister Wissing sprachen Hersteller und Zulieferer Tacheles

auch von staatlicher Seite, sind im Moment nicht vorhanden.“ Dass darüber, ob und in welchem Umfang die Elektromobilität künftig gefördert werden soll, beim Spitzentreffen überhaupt nicht gesprochen wurde, ist sogar Sitzungsteilnehmern aufgefallen. Man habe das Thema offenbar bewusst ausgeklammert, hieß es.

Stattdessen habe man von Seiten der Regierung festgestellt, dass E-Autos billiger werden müssten. Stefan Bratzel, Automobilexperte an der Fachschule für Wirtschaft in Bergisch Gladbach, stellte fest, dass die Herstellkosten für E-Mobile weitaus höher seien als für Verbrenner-Autos. Nur wenige Produzenten machten derzeit Gewinn. Dies seien aber ausnahmslos ausländische Unternehmen wie Tesla aus den USA oder chinesische Anbieter. Und es wäre naiv zu denken, dass sich die Pro-

bleme nur mit der aktuellen Haushaltslage erklären lassen.

Umfragen aus dem vergangenen Sommer zeigen, dass die Auto-Industrie bereits damals die Aussichten pessimistisch beurteilte. Hildegard Müller, Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie, warnte daraufhin, dass der Auto-Standort Deutschland an Bedeutung verlieren könnte. Sie konstatierte unter anderem Überregulierung, zu langsame politische Entscheidungen und fehlende Rechtsrahmen bei Zukunftsthemen wie Künstliche Intelligenz. Ihr Fazit: Viele Hersteller – selbst aus dem Mittelstand – würden lieber im Ausland investieren als in Deutschland.

Dazu passt eine Meldung aus der vergangenen Woche, wonach Volkswagen einen weiteren Stellenabbau vorantreiben

wird. Mit Blick auf die Lage auf dem Weltmarkt müsse man sich nun auch kritischen Themen annehmen, sagte Markenvorstand Thomas Schäfer bei einem Treffen mit Gewerkschaftsfunktionären.

VW nicht mehr wettbewerbsfähig

Aufgrund vieler der bisherigen Strukturen, Prozessen und hohen Kosten sei die Marke VW nicht mehr wettbewerbsfähig. „Die Situation ist sehr kritisch. Viele Märkte sind massiv unter Druck, unsere Auftragseingänge, besonders bei den Elektroautos, liegen unter unseren ambitionierten Erwartungen“, erklärte Schäfer. Konzernchef Oliver Blume hatte bereits zuvor angekündigt, dass es bei dem geplanten Sparprogramm auch darum gehen werde, Personal zu reduzieren. Daran führe kein Weg vorbei.

TRADITIONSHANDWERK

Kleinbrennereien bangen um ihre Existenz

Hoher Kostendruck und EU-Auflagen – Unternehmer fordern Kontingenterhöhung

Seit einiger Zeit sehen sich Obst- und Kleinbrenner existenzbedrohenden Bedingungen ausgesetzt. Verantwortlich dafür sind zum einen enorme Kostensteigerungen. So sind neben Energiekosten auch die Ausgaben für Flaschen, Etiketten und Verschlüsse drastisch gestiegen. Sorge bereitet den Unternehmern aber auch der Wegfall des Branntweinmonopols.

Bis 2017 hatten Schnapsbrenner die Möglichkeit, Destillate zu festgesetzten Preisen an den Bund abzuliefern. Die Monopolbehörde verkaufte den Branntwein dann als Industrialkohol weiter. Diese Praxis wurde Anfang 2018 durch EU-Recht untersagt. Nun müssen die Kleinbrenner alles selbst vermarkten.

Um rentabler arbeiten zu können, fordern Obst- und Kleinbrenner vom Bundesfinanzministerium, die Brennerlaub-

nis von derzeit 300 auf 500 Liter jährlich zu erhöhen. Damit könnten sie teure Technik effektiver einsetzen, um wirtschaftlicher handeln zu können.

Schon länger schlagen Verbände wie „Badens Brenner“ Alarm, weil sie die bäuerliche Schnaps-Produktion, ein Traditionshandwerk, das einst ganze Landstriche im Südwesten prägte, in Gefahr sehen, da die Zahl der Obst- und Schnapsbrenner immer weiter zurückgeht. Die Verbände fordern daher, dass ihre „handwerkliche Brennkunst“ als immaterielles Kulturerbe in die Liste der UNESCO aufgenommen wird.

Derzeit sind knapp 25.000 Brennereien für Obstler bei den Behörden gemeldet, aber nur etwas mehr als die Hälfte von ihnen brennt noch. Neben den Kostensteigerungen hat das komplizierte

Steuersystem dazu geführt, dass immer mehr Kleinbrennereien aufgeben, auch weil der Nachwuchs fehlt. Dabei gelten Kleinbrennerei-Betriebe in manchen Gegenden, etwa entlang des Bodensees oder im Oberschwäbischen, als landschaftsprägend. Schwinden diese, sind auch die Streuobstwiesen, ein Ort der Artenvielfalt für unterschiedliche Tier- und Pflanzenarten, in Gefahr.

Der Verband „Badens Brenner“ wies darauf hin, dass Kleinbrenner den Erhalt von Streuobstwiesen nachhaltig fördern, da sie Obst wie Äpfel, Kirschen, Birnen, und Zwetschgen, das sie zu Maische verarbeiten, aus heimischen Gegenden beziehen, während große Destillieren oft global einkaufen.

Vonseiten der Politik gibt es grundsätzlich Zustimmung zur Förderung der

Kleinbrennereien. So sagte Finanzminister Christian Lindner (FDP), dass der Erhalt von Kleinbrennereien eine hohe Priorität habe. Wirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) ist für den 500-Liter-Vorstoß, weil Streuobstwiesen so besser erhalten werden könnten. Schützenhilfe erhalten die Kleinunternehmer auch von der AfD. Die AfD-Fraktion hat kürzlich einen Gesetzentwurf zum Erhalt von Streuobstwiesen vorgelegt. Das Obst der Kleinbrennereien stamme zu 90 Prozent von heimischen Obstfeldern, und ihre Arbeit stelle in Süddeutschland eine alte Traditionskunst dar, so die Begründung.

Über eine Gesetzesänderung bezüglich der anvisierten 500-Liter-Grenze sowie den Erhalt von Streuobstwiesen muss nun das Bundesfinanzministerium entscheiden. *Manuela Rosenthal-Kappi*

MELDUNGEN

Aus für US-Minireaktor

Portland – Das US-amerikanische Unternehmen NuScale gab bekannt, dass es von seinem Vorhaben Abstand nimmt, im Jahre 2029 in Idaho das erste Mini-Kernkraftwerk der Welt in Betrieb zu nehmen. Das Vorzeigeprojekt scheiterte, obwohl die Regulierungsbehörde NRC das neuartige Reaktorordesign genehmigt hatte und NuScale 1,4 Milliarden Dollar an staatlichen Subventionen erhielt. Der Grund für das Aus ist eine Steigerung der Kosten von 5,3 auf 9,3 Milliarden Dollar, die aus der Explosion der Rohstoffpreise resultierte. Neben NuScale arbeiten Dutzende weitere Unternehmen in den USA, Großbritannien, Frankreich, China und Kanada an Mini-Reaktoren. Immerhin erwarten Marktforscher für die 2040er Jahre Umsätze auf diesem Gebiet von um die 300 Milliarden Dollar. Auch NuScale will nicht aufgeben und plant ein weiteres kleines Kernkraftwerk in Rumänien, wobei sich aber erneut die Kostenfrage stellt. *W.K.*

Kaum Teslas in der Mark

Brandenburg – Das von Tesla in Grünheide bei Berlin produzierte Modell Y hat sich im ersten Quartal 2023 noch vor dem Toyota Corolla zum meist verkauften Auto der Welt entwickelt. Dies belegen Daten des Beratungsunternehmens JATO. Demnach wurden im ersten Quartal dieses Jahres weltweit vom Tesla Model Y 267.200 Einheiten verkauft. Der Toyota Corolla landete mit 256.400 verkauften Einheiten auf Platz zwei. In Deutschland führt der VW Golf die Zulassungsstatistik an. Tesla erreichte mit seinem Model Y im Zeitraum von Januar bis Oktober mit rund 40.000 Neuzulassungen hierzulande nur den sechsten Platz. Vom Golf wurden knapp 65.000 Fahrzeuge neu zugelassen. Das Land Brandenburg, Produktionsstandort von Tesla, kommt nach einer Auswertung des Statistikdienstes Statista bundesweit nur auf den elften Platz beim Bestand an Tesla-Fahrzeugen. Demnach sind in Brandenburg je 100.000 Einwohnern nur 104 Tesla zugelassen. Für Bayern ermittelte Statista einen Wert von 190 Fahrzeugen je 100.000 Einwohnern. *H.M.*

Pfizer schließt Standorte

New York – Der US-amerikanische Pharmakonzern Pfizer muss im Rahmen von Kostensenkungsmaßnahmen zwei seiner Betriebsstätten in North Carolina schließen. Die Aufgabe der Standorte in Durham und Morrisville resultiert aus dem stark eingebrochenen Absatz des gemeinsam mit dem deutschen Unternehmen BioNTech produzierten Corona-Impfstoffes Comirnaty und des Corona-Medikamentes Paxlovid. Wegen der geringen Nachfrage korrigierte Pfizer die Umsatzprognose für 2023 von 67 bis 70 Milliarden Dollar auf 58 bis 61 Milliarden nach unten. Dazu kam eine Abschreibung von 5,5 Milliarden auf unverkäufliche Lagerbestände. Der Kurs der Pfizer-Aktie ist um rund zehn Prozent gefallen. Mit diesem Problem steht der Pharma-Riese allerdings nicht allein da: Die Aktie des Konkurrenten Moderna, der den Corona-Impfstoff Spikevax produziert, sackte sogar um 29 Prozent ab. *W.K.*

KOMMENTARE

Für die Dienstpflicht

BERNHARD KNAPSTEIN

Aktuell gewinnt im Bundestag die Erkenntnis, dass eine Veteranenkultur etabliert werden muss, eine neue, sehr späte Dynamik. Es ist kaum begreifbar, dass rund ein Vierteljahrhundert seit Beginn des KFOR- und zwei Jahre nach Abschluss des Afghanistan-Einsatzes erst jetzt die Debatte ins Rollen kommt. Und das auch nur, weil der Herzog von Sussex bei den diesjährigen Invictus Games in Düsseldorf den würdevollen und respektvollen Umgang mit Einsatzveteranen mit seinem Glanz versehen hat. Schwamm drüber!

Der Schwung sollte genutzt werden, um auch die Debatte zur Wehrpflicht beziehungsweise allgemeinen Dienstpflicht nicht nur in Gang zu bringen, sondern auch abzuschließen. Die dafür erforderlichen Fakten liegen längst auf dem Tisch: Die Bundeswehr benötigt deutlich mehr Personal. Um die Streitkräfte in der Bevölkerung gedanklich wieder zu verankern, dem Extremismus vorzubeugen, muss der „Bürger in Uniform“ wieder zur Norm werden. Da in

der Pflege rund 200.000 Arbeitskräfte fehlen, ganze Kliniken von der Landkarte verschwinden, weil das Personal fehlt und der Kostendruck im Gesundheitssystem weiter steigen wird, können hier Zivildienstleistende oder Dienstverpflichtete für Ausgleich sorgen.

Der Katastrophenschutz, der Heimatschutz und die Feuerwehr sind zwar nicht ganz so schlecht aufgestellt, doch steigt auch hier der Altersdurchschnitt.

Der Wiederaufbau der erforderlichen Verwaltung mag Zeit brauchen, die Neuerrichtung von Kasernen Geld kosten – doch am Ende wird die Wehr- oder die allgemeine Dienstpflicht auch identitätsstiftend wirken und auf das Konto der Zustimmung zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzahlen. Knapp drei Viertel der Deutschen will die Dienstpflicht, will junge Menschen – auch junge Frauen – im Dienst für ihr Land sehen. Was sollte daran verkehrt sein?

Dass wir das Dienen für Deutschland dringend benötigen, steht außer Frage. Da geht es nicht mehr um das Ob, sondern nur noch das Wie und Wann.

Aus der Zeit gefallen

HANS HECKEL

Kritiker der geplanten Erhöhung des Bürgergelds zum 1. Januar um weitere zwölf Prozent führen gewichtige Zahlen an: die gesunkene Inflation, der Vergleich zum Arbeitseinkommen unterer Lohngruppen, der Arbeit für viele nicht mehr lohnend mache, oder den immensen Anteil der Sozialkosten an den öffentlichen Haushalten.

Hinter dem Streit lauert noch eine weitere, viel tiefere Erkenntnis, die über das Einzelthema Bürgergeld weit hinausweist: Was uns langsam vor Augen tritt, ist das Ende der Legende vom gleichsam von Natur aus „reichen Deutschland“. Die Legende konnte sich über die Jahrzehnte in vielen Köpfen festsetzen, weil verdrängt wurde, dass Deutschland nur durch harte Arbeit zu seinem Wohlstand kam und ihn auch nur mit Arbeit erhalten kann.

Das Wissen um diese simple Wahrheit konnte fast verloren gehen, weil die

Wiederaufbaugeneration nach dem Zweiten Weltkrieg, die um diese Wahrheit noch genau wusste, Hervorragendes geleistet und hinterlassen hat. Dies ermöglichte es nachfolgenden Generationen, großzügig zu sein.

Die Tatsache, dass das Bürgergeld zu beinahe der Hälfte an Ausländer geht und zu fast zwei Dritteln an Menschen mit Migrationshintergrund, verbindet die Debatte um die aus dem Ruder laufenden Sozialleistungen mit jener über die ebenfalls untragbar gewordene Einwanderungs- und Asylpolitik. Beides drifft seinem natürlichen Ende entgegen, weil es nicht mehr finanzierbar ist und zu absurden Verwerfungen führt.

Die geplante Bürgergeld-Erhöpfung erscheint vor dem Hintergrund wie das, was Historiker als die „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ bezeichnen – sie ist schlicht aus der Zeit gefallen. Von der Politik, zumal der Energiepolitik, sogar noch befeuert, steuert Deutschland auf eine schmerzhaft Offenerbarung zu.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Covergirl der deutschen Außenpolitik: Ihren persönlichen „Style“ lässt uns Annalena Baerbock hunderttausende Euro kosten

ZWISCHENRUF

Hauptsache, die Frisur sitzt

ROBERT MÜHLBAUER

Normale Menschen gehen zum Friseur ihres Vertrauens, wenn es nötig ist. Kundinnen zahlen dort etwas über 66 Euro im Durchschnitt, Männer etwas mehr als 27 Euro pro Friseurbesuch, ergab die jüngste Statistik des Zentralverbands des Friseurhandwerks. Manche Damen gehen auch gelegentlich zu einer Visagistin und lassen sich schminken. Doch unsere Regierungspolitiker sind anders. Sie zahlen nicht mehr selbst für ihre Haare und ihre Schminke. Für sie wird gezahlt.

Mehrere AfD-Anfragen brachten jüngst ans Licht, welche Unsummen an Steuergeld einige Politiker dafür verprasen. Zum Beispiel Bärbel Bas, die Bundestagspräsidentin. Formal hat sie das zweitwichtigste Amt im Staate inne. Offenbar fühlt sie sich nun dazu berufen, ihr Aussehen entsprechend aufzuheben. Für „Visagisten, Kosmetiker und/oder Maskenbildner“ gab Bas im vergangenen Jahr satte 13.270 Euro aus, so die Auskunft der Bundesregierung. Das sind mehr als 1000 Euro pro Monat.

In diesem Jahr wurden für Frau Bas „schon 11.970 Euro verpudert, verfährt und verstylt“, wie die „Bild“-Zeitung süffisant schrieb. Und das aus dem Steuerzahlerpotopf, obwohl Bas als Bundestagspräsidentin pro Monat knapp 20.000 Euro an Diäten und eine steuerfreie Kostenpauschale von 4000 Euro erhält.

Der AfD-Abgeordnete Stefan Brandner, der die üppige Schminke- und Friseursause auf Steuerzahlerkosten mit seiner Anfrage aufdeckte, zeigte sich verärgert. „Wer jeden Monat Einkünfte von weit über 20.000 Euro hat, der soll Friseurkosten von seinem Einkommen bestreiten wie jeder andere auch, und nicht auf Kosten der Menschen, die dieses Land am Laufen halten“, so Brandner.

Bevor die SPD-Politikerin Bas 2009 in den Bundestag kam, war sie übrigens Bürogehilfin bei der Duisburger Verkehrsgesellschaft, dann Sachbearbeiterin und schließlich Personalleiterin bei einer Krankenkasse. Ihr eher einfaches Herkommen hat die Genossin, die häufig rote Blazer trägt, heute komplett verdrängt, wenn man ihre Stylingkosten auf Steuerzahlerrechnung betrachtet.

1,5 Millionen Euro für die Eitelkeit

Indes könnte man sagen, dass Bas nur einem Trend folgt, den die Regierungsspit-

zen vormachen. Hier werden Friseure, Stylisten und Visagisten beschäftigt, wie es früher kaum denkbar war.

Das Außenministerium von Annalena Baerbock engagiert eine Maskenbildnerin, die sich eigens nur um das Gesicht der studierten Völkerrechtlerin kümmert – auch auf ihren vielen Reisen zur Abwendung der Weltkrisen. 137.000 Euro zahlte die Steuerzahler allein im letzten Jahr für Baerbocks Make-up und Äußeres. Etwa 7500 im Monat nimmt die Star-Visagistin Claude Frommen – dazu kommen Reise- und Materialkosten. „Ich lasse sie erstrahlen“, sagte Frommen über ihre Kunden.

Weniger strahlend sind die Mienen beim Bund der Steuerzahler. Der hat in einem „Sparbuch für den Bundeshaushalt“ einige Einsparmöglichkeiten für die Bundesregierung aufgezeigt und notiert darin Zahlen, die den Steuer-Michel bleich werden lassen. Die Kosten für Fotografen, Friseure und Visagisten für die Bundesregierungsmitglieder beliefen sich 2022 nämlich auf rund 1,5 Millionen Euro.

Der Löwenanteil geht davon aufs Konto der Fotografen, welche die Regierungsmitglieder auch auf vielen Reisen begleiten. Baerbocks Ausflug an den Strand am Pazifik, mit nackten Füßen im Sandstrand, wird dann ebenso auf Steuerzahlerkosten festgehalten wie Kanzler Olaf Scholz beim Joggen. „Politiker wird nur, wer ohnehin etwas eitel ist“, meint die Fotografin Herlinde Koelbl in einem Gespräch mit der „Neuen Zürcher Zeitung“ über die explodierenden Kosten für Styling und Fotos in der deutschen Politik.

Aber nicht nur amtierende Regierungsmitglieder lassen sich auf Steuerzahlers Kosten frisieren und schminken. Sogar die angeblich uneitle Ex-Kanzlerin Angela Merkel tut es. Sie nutzt auch nach ihrem Ausscheiden aus der Politik die Dienste einer freiberuflichen Assistentin, die in Berlin als „Hair & Beauty Artist“ im Einsatz ist. Auch dafür kommt der Steuerzahler auf. In anderthalb Jahren, seit Merkel nicht mehr Kanzlerin ist, beliefen sich die Friseur- und Beauty-Ausgaben für sie auf 57.000 Euro, wie das Kanzleramt dem „Tagesspiegel“ im August angab.

Pro Monat kostet es also fast 3000 Euro, Merks Gesicht und Frisur zu richten. Einige hämische Leserkommentare weglassend, kann man doch fragen, womit dies gerechtfertigt ist? Ist Merkel jetzt nicht Privatperson? Sie nimmt seit Ende 2021 fast keine öffentlichen Termine

mehr wahr. „Die Kostenübernahme (für die Friseur- und Beauty-Assistentin, d. Red.) knüpft an die Wahrnehmung fortwirkender Amtspflichten an – unabhängig davon, ob sie öffentlich oder nicht-öffentlich sind“, schreibt das Kanzleramt dazu.

Ein top gestylter Ober-Bayer

Aber ist es nicht eine Verschwendung und sogar Veruntreuung des Geldes, das die arbeitenden Bürger an Steuern bezahlen, wenn Politiker für Schminke und Frisur pro Monat Tausende Euro verbraten? Müssen die Politiker strahlen, während die Infrastruktur des Landes, die Schulen, Straßen und Ämter verkommen und verdrecken? Und ist es nicht ein unfairer politischer Vorteil, den sich Regierungspolitiker – auch gegenüber der Opposition – verschaffen, wenn sie aus öffentlichen Mitteln Fotografen bezahlen, die sie auf Schritt und Tritt begleiten und werbende Bilder schießen?

Bei Weitem nicht nur die Ampel-Bundesregierung gibt dafür hohe Summen aus. Auch Markus Söder, der Ministerpräsident Bayerns und CSU-Chef, hat stets Fotografen bei sich, welche die Schritte des obersten Bayern für die Nachwelt und die Webseiten der Staatsregierung dokumentierten. Kostenpunkt: Fast 180.000 Euro allein im Jahr 2022.

Die Kosten für freie Fotografen sind in Söders Amtszeit regelrecht explodiert. Nachdem 2017, im letzten Amtsjahr von Horst Seehofer, die Staatskanzlei nur 10.891,47 Euro für Fotografen-Honorare ausgab, musste der Nachfolger sich offenbar so sehr als Ober-Bayer in Szene setzen, dass dafür 178.618,13 Euro an Fotografenhonoraren fällig wurden. Das Ganze erinnert fast an die französischen Sonnenkönige, die sich in ihrer ganzen Pracht von Künstlern darstellen und von Kostümschneidern ausstaffieren ließen.

Jedenfalls hat es nur noch wenig mit dem eher biederen und bescheidenen Auftreten der bundesdeutschen Politelite zu Zeiten der Bonner Republik zu tun. Helmut Kohls Strickjacke hängt ja nun im Haus der Geschichte, besonders modeaffin und gut „gestylt“ war der schwergewichtige Kanzler der alten Bonner Republik sicherlich nicht. Es sagt doch einiges aus über das eitle Selbstverständnis der heutigen Regierungsmitglieder, dass sie sich von externen Spezialisten „stylen“ lassen. Sie haben die Haare schön. Welche Summen die Steuer-Michel dafür blechen müssen, spottet jeder Beschreibung.

So also fühlt sich Freiheit an

Eine Forensikerin ist auf den Vogel gekommen – Der TV-Film „Mein Falke“ des deutschen Meister-Regisseurs Dominik Graf

VON ANNE MARTIN

Es gibt niedlichere Haustiere als einen Falken, der aus bernsteinfarbenen Augen seine Beute fixiert und sich mit gellendem Schrei auf sie stürzt. Aber die alleinlebende Inga Ehrenberg hat sich nun einmal auf Bitten eines befreundeten Falkners den jungen Greifvogel als Hausgenossen ausgesucht.

Als forensische Biologin ist sie, getrennt lebend, nur dem Beruf verpflichtet. Aktuell untersucht sie den Fund einer Babyleiche sowie den Tod eines ertrunkenen alten Mannes, zudem landet auf ihrem Tisch auch noch die Bitte nach Exhumierung eines niederländischen Zwangsarbeiters. Die Lokalzeitung überschreibt ihr Tun mit „Schweiß, Knochen, Blut und Maden“. Als Ausgleich wartet zu Hause nun also ein Vogel, den sie „Giovanni“ tauft, und der ihren Alltag mit einem Flügelschlag beleben soll. Ob das gelingt?

Regisseur Dominik Graf hat vor Jahren mit seinem Mehrteiler „Im Angesicht des Verbrechens“ Fernsehgeschichte geschrieben, unlängst mit dem Kinofilm „Fabian“ die Genres gängiger Filmporträts ausgehebelt sowie Regie geführt bei „Hanne“ mit Iris Berben, dem feinsinnigen TV-Portrait einer Frau, die angesichts einer tödlichen Diagnose noch einmal bedenkenlos zu leben wagt. Nun also „Mein Falke“ (13. Dezember, 20.15 Uhr, Das Erste) mit Theaterstar Anne Ratte-Polle in der Hauptrolle.

Ein Potsdamer Falke

Was Graf aufblättert, ist das Leben einer vereinsamten Frau, die in dem vergeblichen Versuch, einen Raubvogel zu zähmen, ihren Lebensthemen auf die Spur kommt. Dabei gelingt ihm ein dichter Film, der sich immer wieder Raum für scheinbar zufällige Szenen nimmt. Wenn Inga das Fenster in ihrer verschatteten Wohnung mit den zugezogenen Gardinen



Der geflügelte Ersatzpartner hilft über die Einsamkeit hinweg: Inga Ehrenberg (Anne Ratte-Polle) mit ihrem Falken

öffnet, erlebt sie den Angriff einer Amsel auf einen Milan – fast so, als stürze plötzlich der Himmel in ihr Zimmer.

Zimperlich ist die Handschrift des Regisseurs nie: Wenn seine Protagonistin die Todesursache eines Säuglings untersucht, werden in Großaufnahme Innereien in Reagenzgläsern gezeigt. An der Leiche des angeblich im See ertrunkenen alten Mannes meint die Forensikerin mit feiner Nase den Eukalyptus-Geruch einer Badetablette festzustellen.

Den Toten kommt sie nah, zu den Lebenden hält sie Distanz, und das Verhältnis zum Vater (Jörg Gudzuhn) ist gestört. „Du liebst den Tod, der klebt dir auf der Haut. Deshalb hast du keine Kinder, deshalb hat dich dein Mann verlassen“, ätzt

der alte Herr, der nach dem Weggang seiner Frau genauso allein ist wie die Tochter.

Aber dann steht unversehens Charlie (Olga von Luckwald) in der Tür, die Tochter der verstorbenen Nachbarin. Sie ist emotional, ein bisschen distanzlos, verdient ihr Geld als „Stullenfee“ mit belegten Broten, und behauptet nun auch noch, die uneheliche Tochter des Vaters zu sein – also die Halbschwester von Inga. Vehement wehrt die Wissenschaftlerin diese mögliche Wendung des Schicksals ab. Brüsk weist sie der jungen Frau die Tür. Stattdessen kümmert sie sich hingebungsvoll um Giovanni. Ein Tier, das man nur mit ausgestrecktem Arm halten kann. Ein Hausgenosse, der garantiert nicht zutraulich wird.

Darstellerin Ratte-Polle hat sich in einer Falknerschule in Potsdam in den Umgang mit Raubvögeln einweisen lassen. Wie selbstverständlich stülpt sie dem Falken die lederne Maske auf, hantiert mit dem gepolsterten Handschuh, lässt den Vogel auf ihrem ausgestreckten Arm landen. „Die Tiere haben ganz feine Antennen. Wenn ich döse, döst der Falke auch, wenn ich nach links gucke, guckt er nach rechts. Er synchronisiert meine Stimmung und meine Bewegung“, erzählt sie.

Erkenntnis aus der Vogelperspektive

Das Verhältnis zwischen der Forensikerin und ihrem gefiederten Hausgenossen wird zusehends inniger. Wenn Inga im Auto unterwegs zu ist, schaut sie immer

wieder auf den aufgeklappten tragbaren Computer, wo eine Kamera jedes Krächzen und Flattern des eingesperrten Vogels aufnimmt. Aber irgendwann kommt der Moment, wo die Zählung ihre Feuerprobe erlebt. Es ist der Moment, wo Inga die Fesseln löst in der festen Überzeugung, der freigelassene Falke würde ihrem Ruf folgen und wieder auf ihrer ausgestreckten Hand landen. Charlie begleitet sie bei diesem Experiment, Stullen im Gepäck, weil Nahrhaftes auch bei Wolkenflügen nie schaden kann. Aber der Freiflug misslingt. Giovanni entschwindet mit schrillum Schrei über den Baumwipfeln und kehrt nicht zurück.

Für Inga bricht eine Welt zusammen. Der Vogel war ihr Partner, ihr Projekt. „Ein Falke, der keinen Hunger hat, wählt die Freiheit“, konstatiert der befreundete Falkner gleichmütig und ergänzt: „Und die Freiheit bist nicht du.“

Inga gibt nicht auf. Wie gehetzt wird sie Giovanni hinterherfahren, wird auf Brücken klettern und seinen Namen rufen, wird zuletzt eine Drohne losschicken, um ein Geräusch des Senders aufzufangen, mit dem sie den Vogel markiert hatte.

„Die Figur geht für mich einen Kreuzweg entlang, am Ende steht eine Entscheidung“, sagt Graf. In seiner zweiten Zusammenarbeit mit Autorin Beate Langmaack liefert er ein Portrait weit über dem Durchschnitt gängiger Fernsehware.

Der Regisseur, der für seinen Film Überlänge beansprucht, weil er formatiertes Fernsehen ablehnt, lässt nicht nur den Vogel, sondern auch die Dramaturgie von der Leine. Gegen Ende verfängt eine Szene aus der Vogelperspektive, wo Inga mit ausgebreiteten Armen auf einem weiten Feld liegt, die nutzlose Drohne neben sich. Der Falke ist weg, der Himmel ganz nah und jedes Gefühl von Eingesperrtsein verflogen. So also fühlt sich Freiheit an. Besser kann man die Essenz des Films nicht auf den Punkt bringen. Und das sogar in einer Szene ganz ohne Worte.

KINO

Bernsteins Auferstehung

Oscar-reife Vorstellung – Bradley Cooper in der Rolle des US-amerikanischen Dirigenten und Komponisten

Auf die verrückte Idee, statt „Freude, schöner Götterfunken“ den Chor in Beethovens 9. Sinfonie „Freiheit, schöner Götterfunken“ singen zu lassen, kann nur ein Amerikaner kommen. Als Leonard Bernstein Schillers Ode aus Anlass des Mauerfalls umdichtete und an Weihnachten 1989 in der West-Berliner Philharmonie sowie im Ost-Berliner Schauspielhaus mit Musikern der damaligen Besatzungsmächte dirigierte, war das ein Weltereignis. Es wäre eine passende Schlusspointe für das cineastische Bernstein-Portrait gewesen, das jetzt in ausgewählten Kinos zu sehen ist, ehe es vom 20. Dezember an auf Netflix verfügbar sein wird.

Doch bis zum Mauerfall kommt der „Maestro“ genannte Film nicht. Er deckt nur jene 32 Jahre im Leben des Dirigenten und Komponisten der „West Side Story“ ab, in denen er mit der chilenischen Schauspielerin Felicia Montealegre zusammen war. Bernsteins persönliche Love-Story beginnt dabei mit Schwarz-Weiß-Bildern, in denen der eigentlich homosexuelle Künstler 1946 dem Charme Montealegres auf einer Party erliegt und

sie fünf Jahre später heiratet. Die späteren Jahre bis zum Krebsstod seiner Frau 1978 erlebt man dagegen farbig mit.

Der Kontrast ist auch bildhaft für den Wechsel vom jugendlichen Bonvivant zum alternden Filou mit künstlichen Gesichtsfalten, die dem immerhin auch

schon 48-jährigen Schauspieler Bradley Cooper ebenso prophetisch aufgesetzt wurden wie eine künstliche lange Nase.

Als das bekannt wurde, stand der Film sofort mit Rassismuskritik unter Beschuss. Und dass der Christ Cooper einen Juden spielt, galt darüber hinaus in der

„woken“ Welt als „kulturelle Aneignung“. Erst als sich Bernsteins Erben hinter den Film stellten, begannen sich die Wogen zu glätten, wobei dieser „Maestro“ jede Kritik der linken Sittenwächter im Keim erstickt. Cooper, der auch Regie führte und den man als verkatertes Mitglied der Junggesellenpartys aus den „Hangover“-Komödien kennt, steigert sich mit seiner verblüffenden äußerlichen Ähnlichkeit mit dem Musiker in ein intimes Charakter-Portrait hinein, das bis zur körperlichen Schmerzgrenze reicht, wenn er als kettenrauchender Bernstein in jeder Szene einen Glimmstängel in der Hand hält.

Von zu Tode betrübt bis himmelhoch jauchzend reichen dabei die Rauchzeichen. Erst wehrt dieser Bernstein vor seinen Kindern umständlich wortreich Gerüchte um seine homoerotischen Neigungen ab. Dann ist es, als feiere er seine eigene Auferstehung, wenn er als temperamentvoller Mahler-Interpret live das Finale der „Auferstehungssinfonie“ dirigiert. Hier ist ein Bernstein zu erleben, der mit seinen dunklen und bunten Seiten nie aus dem Takt gerät. Harald Tews



Er hält als „Maestro“ immer genau den Takt: Bradley Cooper als Leonard Bernstein

MELDUNGEN

Surrealisten unter sich

Berlin – Die Ausstellung „Mythos und Massaker“ in der Sammlung Scharf-Gerstenberg, Schloßstraße 70, widmet sich der künstlerischen Beziehung zwischen dem französischen Surrealisten André Masson und dem Berliner Ernst Wilhelm Nay, dessen Kunst zum Aushängeschild der abstrakten Moderne wurde. 1931 entstand André Massons großformatiges Gemälde „Massaker“, das der Ausgangspunkt der vom 8. Dezember bis 28. April laufenden Ausstellung ist. tws

Königsberger Kunstlehrer

Lüneburg – Bis 25. Februar zeigt das Ostpreußische Landesmuseum die Ausstellung „Die Königsberger Kunstakademie (1845–1945). Künstler aus zwei Jahrhunderten“. Gezeigt werden Werke von Direktoren und Lehrern der Kunstakademie. www.ol-ig.de tws

KARL VON OEYNHAUSEN

Der Herr der Heilquelle

Es gibt nur wenige Städte, die nach Personen benannt sind, ohne dass diese Namensgeber einen landesherrschaftlichen Bezug aufweisen. Bad Oeynhausen gehört zu diesen wenigen Städten. Namensgeber ist der am 4. Februar 1795 auf Gut Grevenburg im Kreis Höxter geborene Karl von Oeynhausen.

Oeynhausen kam als Sohn des hannoverschen Hauptmanns Friedrich von Oeynhausen (1744–1796) und Wilhelmines von Mengersen zur Welt, deren Familie auf ein altes Rittergeschlecht im Hochstift Paderborn zurückgeht. Seine gymnasiale Schulbildung absolvierte der junge Westfale zur Zeit des napoleonischen Feldzugs durch Europa in Stuttgart und Mannheim, wo er seine Vorliebe für Naturwissenschaften entwickelte.

Von Oeynhausen immatrikulierte sich anschließend an der Bergschule Eisleben und der Universität Göttingen für Naturwissenschaften und Mathematik. Die Eisleber Studenten schlossen sich während der Befreiungskriege dem Mansfelder Pionier-Bataillon an. Ob von Oeynhausen an den Feldzügen teilnahm, lässt sich heute nicht mehr nachvollziehen.

Nach Abschluss seiner Studien und der Befreiungskriege verschlug es den jungen Bergreferendar 1816 ins niederschlesische Waldenburg und an die für Bergbau relevante Bergschule Tarnowitz in Oberschlesien. Von Oeynhausen unternahm darüber hinaus zahlreiche Exkursionen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Belgien, wo er geologische Formationen studierte. 1820 absolvierte er das Bergassessor-Examen. Er publizierte eine geognostische Beschreibung Oberschlesiens sowie zahlreiche weitere Veröffentlichungen und wurde 1824 zum Oberbergamts-assessor ernannt. Seine Kenntnisse waren in der preußischen Staatsverwaltung anerkannt, sodass er der Regierung zunächst referierte, aber bald darauf in Festanstellung kam.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklungen im Ruhrgebiet wechselte von Oeynhausen zum Oberbergamt Bochum. Inzwischen Oberbergamt befasste er sich 1830 für rund ein Jahr in Halle/Saale mit geologischen Salzvorkommen. Das unterirdische Steinsalz zog ihn in den Bann. Er übersiedelte nach Bonn, wo er die Zeit nutzte, über seine Erfahrungen zum Steinkohlenbergbau in England zu publizieren und die Bohrtechnologie weiterzuentwickeln. Von Oeynhausen erfand etwa eine nach ihm benannte Rutschschere, die Brüche im Bohrgestänge minimiert.

Ab 1830 initiierte er Bohrungen im Weserbergland bei Rehme, wo er sich das wertvolle Steinsalz erhoffte. Nach 15-jährigen Bohraktivitäten stieß von Oeynhausen 1845 oberhalb der Saline „Neusalzwerk“ auf eine 28,5 Grad heiße und an Mineralien reichhaltige Thermalquelle, die er König Friedrich Wilhelm IV. zur Einrichtung eines Heilbades empfahl – die Geburtsstunde von Bad Oeynhausen. Nach Entdeckung und staatlichen Sicherung der Thermalquelle übernahm Berghauptmann von Oeynhausen 1847 die Direktion des Oberschlesischen Oberbergamts in Brieg, acht Jahre darauf die des Oberbergamts Dortmunds.

Karl von Oeynhausen, den sein König mit der Benennung des Staatsbads nach ihm würdigte, starb mit 69 Jahren auf Gut Grevenburg. Ihn überlebten nur zwei seiner neun Kinder. Vor dem Badehaus I in Bad Oeynhausen erinnert eine Bronzestatue an ihn. BK



Prototyp der deutschen Bäderarchitektur: Das Badehaus I in Bad Oeynhausen mit der Büste seines Begründers Karl von Oeynhausen

Foto: imago/Volker Preußner

BAUKULTUR

Das „Bad der Welt“ der zwanziger Jahre war preußisch

Streifzüge durch das westfälische Bad Oeynhausen, das einst einer der bedeutendsten deutschen Kurorte war und wesentliche Impulse zu seiner Entwicklung durch die Hohenzollern erhielt

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Wer an Architektur in Preußen denkt, der wird vermutlich Bad Oeynhausen nicht auf dem Schirm haben. Wer die Stadt nur von der Durchfahrt über die Hauptverbindung, die Mindener Straße, her kennt, dem wird die Stadt überhaupt nicht in den Sinn kommen. Die profane Gewerbe- meile der Stadt ist für Durchreisende das einzig Wahrnehmbare. Dabei könnte eine Stadt, die erst 1860 um den Kurpark herum auf Anweisung des preußischen Prinzregenten und späteren ersten Hohenzollern-Kaisers Wilhelm geplant worden und insoweit eine der jüngsten Stadtgründungen Preußens ist, kaum preußischer sein. Ein Abstecher in das Zentrum des Kurorts erweist sich selbst heute noch als überaus inspirierend.

Ein Kurbad als Nukleus der Stadt

Das vormalige Hochstift Minden war im Zuge des Westfälischen Friedens 1648 als Entschädigung für das Schweden zugeschlagene Vorpommern als Fürstentum Minden an Brandenburg-Preußen gegangen. Das Fürstentum Minden beendete 1807 Napoleon und schlug es dem Königreich Westphalen zu. Zu diesem Zeitpunkt existierte von Bad Oeynhausen nicht mehr als eine kleine, wenn auch einträgliche Saline in den Sültewiesen der Werreniederung. Deren Bau hatte Friedrich der Große 1753 – exakt 1000 Jahre nach der ersten urkundlichen Erwähnung der heute zu Bad Oeynhausen gehörenden Siedlung Rehme – in Auftrag gegeben. 1760 kam noch ein erstes Gradiertwerk dazu. Die Saline selbst war noch bis 1928 in Produktion.

Einen Entwicklungssprung erlebte der Ort, nachdem Berghauptmann Karl

von Oeynhausen im Jahr 1839 mittels Bohrungen den Umfang des unterirdischen Salzvorkommens sondierte. Im Rahmen einer 696 Meter tiefen Bohrung – laut Alexander von Humboldt die seinerzeit tiefste Bohrung weltweit – stieß von Oeynhausen auf eine Thermalquelle und empfahl dem König die Errichtung einer staatlichen Badestelle. So nahm das preußische Projekt eines Staatsbads seinen Lauf. Keine Kirche und kein Markt sind hier der Nukleus der Stadt, sondern ein Kurbad.

Namensgebung zugunsten des Entdeckers der Thermalquelle

Die Liegenschaften wurden verstaatlicht, eine Nutzungskonzession 1845 vergeben. Vom 18. Mai bis zum 15. Juli des Jahres fand auch gleich die erste Badesaison zu Neusalzwerk statt, wie Oeynhausen zu diesem Zeitpunkt noch genannt wurde. Bereits ab 1847 brachte die Cöln-Mindener Eisenbahn Kurgäste aus dem Rheinland nach Bad Oeynhausen und damit den Kurbetrieb in Schwung. Der damalige preußische König Friedrich Wilhelm IV. zeigte sich angetan von der Entwicklung der Badeanstalt und benannte sie 1848 nach dem Entdecker der Thermalquelle: „Bad Oeynhausen“.

Bemerkenswert ist, dass sich Friedrich Wilhelm IV. selbst persönlich für die weitere Entwicklung eines Kurorts stark machte. Der architekturbegeisterte Monarch beauftragte den von Karl Friedrich Schinkel beeinflussten Peter Joseph Lené mit der Gestaltung der 26 Hektar großen Kuranlagen. Der Schinkel-Schüler Carl Ferdinand Busse konzipierte und baute zwischen 1854 und 1857 unter Mitwirkung des preußischen Baumeisters Robert Ferdinand Cremer das Badehaus I im spätklassizistischen Stil einer römischen Landvilla mit zwei parallel ange-

legten Flügeln und einem Haupthaus dazwischen. In den beiden Flügeln befanden sich in Separees die Wannen, wobei jedem Geschlecht einer der beiden Flügel zugewiesen war. König Friedrich Wilhelm IV. nahm an der Einweihung persönlich teil. Bis heute zählt das Badehaus zu den bedeutendsten Bauwerken der Stilepoche, gilt als Prototyp der deutschen Bäderarchitektur und ist erst vor wenigen Jahren grundsaniert worden.

Um die Badeanstalt entstanden mit der Zeit weitere Immobilien, deren teils klassizistische teils gründerzeitliche Architektur mit dem der Kuranlagen harmoniert. Von besonderer Bedeutung für den Kurbetrieb waren allerdings auch die Investitionen des Johanniterordens, der mit seinem „Asyl für bedürftige Badegäste“ für zunächst 24 Patienten den Nutzen des Kurbetriebs auch für sozial schwächer Aufgestellte zugänglich machte. Heute halten die Johanniter Ordenshäuser in der Stadt ein hochleistungsfähiges Rehabilitationszentrum mit 355 stationären und 30 ambulanten Plätzen vor.

Herrschaftliche Häuser und Villen

1885 entstand das Badehaus II im Stil der Neorenaissance. In jenem Jahr erhielt Bad Oeynhausen seine Gemeinderechte. Den Kurpark prägen bis heute allerdings noch weitere Gebäude. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts errichtete man 1903 die Kurverwaltung, 1908 das Kurhaus im Neobarock-Stil mit Gartenparterre und Rosengarten sowie 1913 das Theater im Park als Neorokoko-Architektur. Um den Kurpark herum gab es herrschaftliche Häuser und Villen, die jedoch nicht alle die städtebaulichen Veränderungen überlebt haben. So existiert die von Kaiser Wilhelm II. für seine Aufenthalte bevorzugte Farne-Villa mit ihrem auffallend hoch aufsteigenden Giebeldach heute nicht mehr.

Geradezu opulent wirkt heute aber noch immer die erst 1926 errichtete marmorweiße neoklassizistische Wandelhalle mit Trinkbrunnen. Der hohe Wandelgang, der eine überdachte Wandelbahn aus Metall ersetzt hat, wird getragen von beachtlich stämmigen dorischen Säulen. Passend zu dem Bau werden die 1920er-Jahre zur goldenen Zeit für den Kurort. Bad Oeynhausen wird als „Weltbad“ zur Marke von Weltruhm. Filmstars und Politiker aus aller Welt flanieren auf den Chaussees des Staatsbads, genießen Rundflüge über die Region und speisen Erlesenes in den Lokalen. Das gefeierte deutsch-amerikanische Tanz-Duo Molly und Walther Monroe brachte einen veruchten Hauch von „Babylon Berlin“ nach Bad Oeynhausen.

Unter britischer Besatzung

Unter den Nationalsozialisten brach der Kurbetrieb sukzessive weg. Wenige Wochen nach Kriegsende 1945 machten die Briten Bad Oeynhausen zu ihrem Hauptquartier – mit gravierenden Folgen: Über Nacht musste die Bevölkerung den gesamten innerstädtischen Bereich südlich der Nordbahn räumen. Die Zahlen sprechen für sich: Aus 959 Häusern mit 1807 Wohnungen mussten bis zu 9000 Bewohner ausziehen, das waren 70 Prozent der Bevölkerung. Auch der Kurbetrieb war damit vollständig beendet. In den britischen Sperrbezirk zogen für knapp zehn Jahre 6000 Briten ein.

Erst 1955 konnte das Bad wieder aufgebaut, die von den Briten heruntergewirtschaftete Bebauung von der Bevölkerung wieder bezogen werden. Baulich entwickelte sich Bad Oeynhausen bis in die 1970er Jahre nicht nur zum Vorteil der Stadt, doch konnten inzwischen einige architektonischen Verfehlungen behutsam bereinigt werden.

Wo Gott noch groß ist

Das Unbehagen im Abendland über den Islam ist groß. Dies liegt keineswegs nur am Terror muslimischer Extremisten, sondern auch daran, dass der Islam noch immer eine Religion sein will – während für viele Christen ihr Glaube nur noch Folklore ist

VON EBERHARD STRAUB

Gottes ist der Orient! / Gottes ist der Occident! / Nord- und südliches Gelände / Ruht im Frieden seiner Hände.“ Daran erinnerte 1816 Johann Wolfgang von Goethe im „West-Östlichen Divan“, seinem Versuch, die Welt des Islam Deutschen näherzubringen, damit sie ahnen, gar nicht so fern von ihr zu sein. „Wenn Islam gottergeben heißt, / Im Islam leben und sterben wir alle.“

Solche Betrachtungen wurden einst unter gebildeten Deutschen, die sich die große, weite Welt mit ihren Schätzen erschließen wollten, dankbar aufgegriffen. Die schrecklichen Kriege seit 1793 mit dem unruhigen Frankreich hatten Europa erschüttert. Es war eine allgemeine Erfahrung geworden, dass nichts in der aufgeregten Zeit Bestand hat: „Nord und West und Süd zersplittern, / Throne bersten, Reiche zittern.“ Da lag es nahe, im noch ungewissen Frieden mit Goethe und manchen Orientalisten in den „reinen Osten“ zu flüchten, um dort „Patriarchenluft zu kosten“ und sich von der Poesie, dem Glauben und von beiden erfüllten Lebensweisen der Perser, Araber oder Türken ergreifen und begeistern zu lassen.

Von solcher Freude an den „Stimmen der Völker“ und der Bereitschaft, auf sie zu hören, sind heute viele in der Bundesrepublik und der transatlantischen oder auch „westlichen Wertegemeinschaft“ weit entfernt. Alles, was den eigenen Vorstellungen und Erwartungen nicht entspricht, schafft sofort Unsicherheiten und weckt Misstrauen, von schwer berechenbaren Ungeistern umgeben zu sein, die dazu nötigen, eine energische Habt-Acht-Stellung einzunehmen, um erhabene Güter, nämlich die immer wieder beschworenen freien Lebensformen, davor zu bewahren, als fragwürdige, von mit ihnen nicht vertrauten, eingeschätzt zu werden.

Freiheit und Freiheiten sind allerdings mancher Fragen würdig. Denn während der langen Geschichte unserer Alten Welt, zu der die Westeuropäer nun einmal gehören, in der Abendland und Morgenland sich häufig begegneten und ergänzten, gab es mannigfache und sehr verschiedene Möglichkeiten, Ordnung und Freiheit miteinander zu verbinden. Die öffentliche Ruhe hing in den wechselnden Kulturen rund um das Mittelmeer oder im Norden mit einer Ergebenheit in Gottes oder der Götter Willen zusammen.

Im Westen galt Gott als tot

Re-ligio, die Rückbindung an Mächte, die nicht dem Glück und Wechsel unterworfen sind, ließ Völker und Einzelne hoffen, unter dem heftigen Druck vielfacher Turbulenzen in der von Menschen gemachten Geschichte nicht vollends den Grund unter den Füßen zu verlieren oder wie ein Schiffbrüchiger, an rettende Planken geklammert, sich über Wasser halten zu können. Nichts wird aber indessen mit so viel Argwohn in der westlichen Wertegemeinschaft wahrgenommen wie das unerschütterliche Gottvertrauen.

Der alte Schlachtruf französischer Aufklärer: „Zerschmettert die niederträchtige – also die Menschen versklavende und ihrer Würde beraubende – katholische Kirche!“ wurde alsbald gegen die Religion überhaupt gerichtet. Nach dem mehrfach proklamierten Tode Gottes sollten endlich sämtliche Betrüger um Macht und Einfluss gebracht werden, die weiterhin Gott verkündeten und damit Menschen ihr Menschenrecht vorenthielten, wirklich frei erst in der Freiheit von Gott und seinen finsternen Geboten zu werden.

Seit dem Triumphzug der Moderne und Postmoderne finden Gotteslästerung, Witze über Christus oder den Propheten, die öffentliche Verbrennung des Neuen Testaments



Lebendiger Glaube: Freitagsgebet in der Sultan-Ahmet-Moschee von Istanbul

Foto: Mauritius

und auch des Koran sowie die Verspottung frommer Bräuche starke Beachtung und lauten Beifall als unerschrockener Einsatz in dem angeblich notwendigen Kampf gegen Vorurteile. Dieser soll all jenen, deren Seelen noch in festgeschnürten Banden schmachten, Mut machen, diesem Beispiel zu folgen und sich zu entfesseln, um mit diesem entschlossenen Akt die Nichtswürdigkeit eines fiktiven, aber gerade deswegen so fürchterlichen Gottes und Tyrannen zu entlarven.

Längst haben die katholische Kirche und die verschiedenen christlichen Religionsgemeinschaften den Kampf gegen diese Verunglimpfungen aufgegeben. Stattdessen sind sie bemüht, nicht den Anschluss an die sich ganz weltlich verstehende Welt zu verlieren. Sie suchen ihr Heil nicht in Christus und in der Entwicklungsgeschichte ihres Glaubens und seiner Institutionen. Angeblich hellwache, der Verantwortung für ihre Zeit und Gegenwart verpflichtete, kritische Christen halten mittlerweile ihre Traditionen für einen peinlichen Beitrag zu einer umfassenden, die Menschen von sich entfremdenden, Unheilsgeschichte. Rettung erwarten sie im Dienst für die neue *Communio*, die Heilsgemeinschaft, als die sich die westliche Wertegemeinschaft begreift mit ihrer frohen Botschaft weltweiter Demokratisierung im Namen universaler Menschenrechte, die Erlösung von allen Übeln verheißt.

Werte- statt Glaubensgemeinschaft

Unter den bekennenden Streitern für die westliche Wertegemeinschaft sind Juden höchst willkommen – doch nicht weil sie wegen ihrer Religion und Glaubensstärke besondere Achtung verdienen, sondern weil sie Opfer einer Unheils- und Leidensgeschichte sind, die von der westlichen Wertegemeinschaft gar nicht vernachlässigt werden darf, ja dringend gebraucht wird für die dramatische Erzählung vom Übergang in die von ihr vorbereitete Heilsgeschichte als Ende der Geschichte. Tatsächlich begreift sich ein Großteil der Juden ganz im Sinne solcher Ideen als historisch bedingte Schicksalsgemeinschaft und betrachtet, ähnlich den früheren Kulturprotestanten, Gott als religi-

onsgeschichtliches Phänomen und pflegt gewisse Traditionen als feiertäglichen Zierat und Gemütswert.

Die einzige Religion, die noch eine solche bleiben will, ist der Islam. Das unterscheidet ihn von den beiden anderen abrahamitischen Glaubensgemeinschaften, und deshalb wird der Islam gerade von jenen als Skandal empfunden, die sich gemeinhin als besonders tolerant in religiösen Fragen geben. Orientierungshelfer in der Wertegemeinschaft beschäftigen sich beunruhigt mit mancherlei Überlegungen, wie der Islam in ihre Vorstellungswelt integriert werden und als eine Art Euroislam in Übereinstimmung mit verfassungspatriotischen Dogmen und moralischen Wegweisungen aus dem Bundespräsidentenamt gebracht werden könne.

Der Islam will sich nicht aufgeben

Doch da Islam „gottergeben“ bedeutet, woran Goethe erinnerte, liegt es nahe, dass Muslime den Geboten ihres Glaubens folgen, ihr Heiliges Buch weiterhin heilighalten, durchaus bedacht auf ihr Seelenheil und die Heiligkeit ihrer im Glauben vereinigten Gemeinschaft. Diese durchaus sehr respektable Haltung, ehemals für Christen ganz selbstverständlich, wird im nachchristlichen Westen als Herausforderung aufgefasst. Hier gilt als höchste moralische und rechtliche Autorität die Verfassung und mit ihr im Einklang eine Werteordnung, die beansprucht, Leben wie Denken sich unterwerfen und kontrollieren zu dürfen.

Die katholische Kirche wehrte in langen Kulturkämpfen bis weit ins 20. Jahrhundert solche ungebührlichen Absichten erfolgreich ab. Sie tritt für die freie Kirche im freien Staat. Ihre Mitglieder zogen sich in ihr „Katholisches Milieu“ zurück, in eine Parallelgesellschaft, in der mit Hilfe zahlloser Vereine von der Wiege bis zum Sarg der katholische Deutscher unter seinesgleichen leben konnte. Häufig wurde ihm vorgeworfen, ein unzuverlässiger Patriot zu sein, weil abhängig von Weisungen aus dem Ausland, aus Rom, das für ihn jedoch gar kein Ausland war. Der katholische Christ verhielt sich loyal zum Staat, zahlte seine Steuern und machte seine Vorbeugungen

vor den Autoritäten. Mehr konnte nicht von ihm verlangt werden. Kein Verfassungsschutz war berechtigt, Auskünfte zu sammeln, wie und was er über den äußerlichen Rahmen seiner staatsbürgerlichen Existenz dachte. Den äußeren Mächten war jedes Eindringen in das innere Reich verwehrt, wozu diese sich fügen mussten, auch wenn es ihnen schwerfiel.

Daran müssen die Verfechter der westlichen Wertegemeinschaft erinnert werden, die sich im Umgang mit dem Islam nicht mit dem äußeren Respekt zufriedengeben, sondern Wertebekennnisse fordern und sich anmaßen, in das Innere einer Glaubensgemeinschaft reglementierend eingreifen zu dürfen. Die Seele, der Glauben, das Denken und Fühlen gehen weder Staat noch öffentliche Meinung etwas an. Dieser Grundsatz, deren Anerkennung von der katholischen Kirche erlangt wurde, muss auch für Muslime gelten: die freie Moschee im freien Staat. Dieser wird zum Staat der organisierten Unfreiheit, sobald er seine Grenzen überschreitet.

Die Seele ist frei

Der Platz gerade katholischer Christen müsste an der Seite der Muslime sein, weil es um die Religionsfreiheit, um Rechte und um die berechnete innere Freiheit geht. Eine Wertegemeinschaft, die unter Berufung auf höchste Werte Glaubensrechte abwertet oder umwertet, gefährdet die innere Ordnung und deren Frieden, sie eröffnet den Kulturkampf und Religionskrieg neu, weil sie sich selbst als Glaubensgemeinschaft bekennender Demokraten versteht und den religiös neutralen Staat zum Heiligen Hain umdeuten will, in dem Wertegriffene harmlos und sich aneinander erquickend wandeln.

Die Voraussetzung eines gedeihlichen Zusammenlebens ist Toleranz. Doch sie kann nur eine vorübergehende Gesinnung sein, wie Goethe meinte: „Dulden heißt beleidigen.“ Die wahre Liberalität ist Anerkennung.“ Dieser Liberalität entziehen sich die Wertesetzer und Wertdurchsetzer, indem sie ununterbrochen den Islam verdächtigen, nur Unfrieden, Kampf und gar den Umsturz der Werteordnung im Sinn zu haben. Sicher: Der islamische Terrorismus ist eine Gefahr für unsere Sicherheit und Ordnung. Doch kann man deshalb einer Gruppe von knapp fünf Millionen Muslimen unterstellen, unzuverlässige Bürger zu sein, weil sie angeblich nicht den Glauben und die Hoffnung wertebewusster Westler teilen und, erfüllt vom fundamentalistischen Eifer, die Freiheit aufheben möchten?

Vor Islamismus und Terrorismus wird wortreich gewarnt. Doch es gibt auch einen laizistischen Fundamentalismus. Die radikal-demokratische Schreckensherrschaft 1793/94 im revolutionären Frankreich ist das eindrucksvollste Beispiel dafür, was geschehen kann, wenn aus einem Rechtsstaat eine innerweltliche Kirche, eine Heils- und Erlösungsgemeinschaft wird, die jeden verfolgt, der ihr gegenüber auf seinen inneren Vorbehalt, einem Grundrecht, gegenüber äußeren Gewalten, beharrt und sich weigert, in der totalen Verantwortungsgemeinschaft aufzugehen, sein unverwechselbares Ich mit seinem Eigentum in dem großen WIR auszulöschen.

Islam heißt gottergeben, und mit Gott ist die Freiheit verbunden, deswegen kann Goethe daraus folgern: Im Islam leben und sterben wir alle. Deshalb sollten gläubige Christen den Islam nicht fürchten, sondern ihm vielleicht sogar dankbar sein, dass er das Gedächtnis an den lebendigen Gott und den belebenden Glauben im verdämmernenden und sich verwirrenden Abendland wach erhält.

● Dr. Eberhard Straub ist Historiker und Publizist. Zu seinen Werken gehören „Zur Tyrannei der Werte“ (2010) sowie „Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas“ (2014, jeweils Klett-Cotta). www.eberhard-straub.de

Die einzige Religion, die noch eine solche bleiben will, ist der Islam. Das unterscheidet ihn von den beiden anderen abrahamitischen Glaubensgemeinschaften

VON WOLFGANG KAUFMANN

Lange Zeit galt das Prinzip „Stadtluft macht frei“, doch in Zukunft könnte genau das Gegenteil der Fall sein. Immerhin plant die Politik inzwischen totalüberwachte „Smart Cities“ oder „15-Minuten-Städte“, in denen der Aktionsradius der Bewohner drastisch eingeeignet werden soll – und zwar immer unter dem Vorwand des „Klimaschutzes“. Dabei dreht sich die Spirale des Dystopischen immer schneller, wie die neuesten Ziele der C40 Cities Climate Leadership Group zeigen.

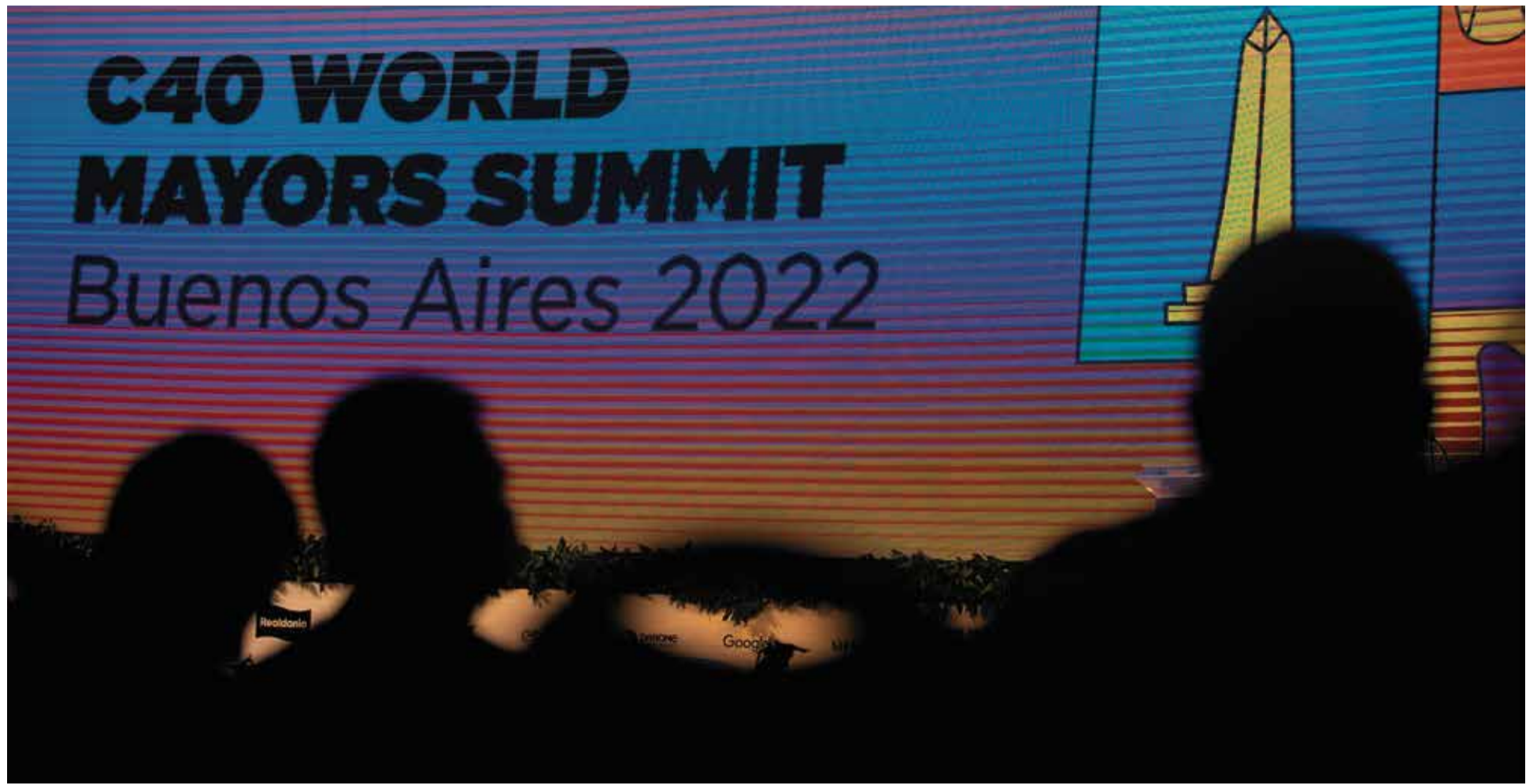
Dieses globale Netzwerk aus anfänglich 40 Städten, welche beim weltweiten Klimaschutz Vorreiter sein wollen, existiert bereits seit 2005 und entstand auf Betreiben der Clinton Climate Initiative, die von der William J. Clinton Presidential Foundation finanziert wird. Heute sind die wichtigsten strategischen Geldgeber allerdings Bloomberg Philanthropies, eine Gründung des früheren demokratischen Bürgermeisters von New York, die Children's Investment Fund Foundation des britischen Hedgefonds-Managers und Milliardärs Christopher Hohn sowie der private dänische Immobilieneigentümerverein Realdania. Darüber hinaus erhält die C-40-Gruppe Zahlungen von Unternehmen wie dem IT-Riesen Google und dem Pharmakonzern Johnson & Johnson sowie von staatlichen Stellen, darunter dem deutschen Umweltministerium. Außerdem besteht der begründete Verdacht, dass konspirative Zuwendungen weiterer „Philanthropen“ aus der Riege US-amerikanischer Milliardäre fließen.

Mächtige Partner und Financiers

Bei seiner Tätigkeit kooperiert das Netzwerk mit einer Vielzahl von Institutionen und Initiativen, darunter dem Weltwirtschaftsforum (WEF), der Weltbank sowie der People's Vaccine Alliance zur Herstellung weltweiter „Impfgerechtigkeit“. Die Leitung der Gruppe liegt derzeit in den Händen von Michael Bloomberg und Sadiq Aman Khan, also dem politisch weit links stehenden Bürgermeister von London. Außerdem fungiert Mark Watts, ein früherer Berater Khans, als Geschäftsführer.

Der C-40-Gruppe gehören inzwischen deutlich mehr als die 40 Gründer-Städte an: Momentan sind es bereits mehr als 1100. Zu den 17 deutschen Mitgliedern zählen unter anderem Berlin, Frankfurt, Hamburg und München, aber auch kleinere Städte wie Bonn, Gütersloh und Pforzheim. Was auf deren Einwohner bis 2030 konkret zukommen soll, verraten die Schlüsseldokumente der C40, allen voran das aktuelle Strategiepapier „Die Zukunft des städtischen Konsums in einer 1,5°C-Welt“.

Darin ist zunächst verschwommen von einer „ressourceneffizienten Produktion und weitreichenden Veränderungen



„Klimaziele“ noch viel radikaler vorantreiben: C-40-Gipfel in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires vergangenes Jahr

Foto: pa

KLIMA I

Eine globale Städte-Allianz gegen die Freiheit der Bürger

In der sogenannten C-40-Gruppe haben sich bereits 1100 Kommunen weltweit zusammengeschlossen, um im Namen des „Klimaschutzes“ die Spielräume ihrer Bewohner massiv einzuschränken

im Verbraucherverhalten“ zur Begrenzung des Temperaturanstiegs bis 2100 auf 1,5 Grad die Rede, bevor dann zwei Arten von Zielen genannt werden, die bis Ende des jetzigen Jahrzehnts erreicht sein müssten, nämlich „fortschrittliche“ und besonders „ambitionierte“: In fortschrittlichen Städten soll es zehn Prozent weniger Neubauten geben als bislang, und in ambitionierten 20 Prozent.

Zwei Socken und eine Unterhose

Auf dem Sektor Ernährung wiederum gilt die Regel: 16 beziehungsweise null Kilogramm Fleisch sowie 90 beziehungsweise null Kilogramm Milchprodukte pro Person und Jahr. Ähnlich rigide sind die Vorschriften hinsichtlich der Bekleidung: maximal acht („fortschrittlich“) oder drei („ambitioniert“) neue Teile pro Bewohner und Jahr. Außerdem soll in den ambitionierten Städten auch die Zahl der privaten Fahrzeuge auf Null reduziert werden, während es in den fortschrittli-

chen Kommunen noch 190 Stück für 1000 Einwohner sein dürfen.

Weitere Restriktionen gelten für den Flugverkehr: ein Hin- und Rückflug über maximal 1500 Kilometer pro Person alle zwei beziehungsweise drei Jahre. Und sämtliche Elektro- und Haushaltsgeräte müssen mindestens sieben Jahre genutzt werden.

Wie unschwer zu erkennen ist, drohen bei der Umsetzung dieser Vorgaben massive Probleme. Was würde wohl passieren, wenn in Zeiten der Wohnraumknappheit durch Massimmigration und Bevölkerungszunahme die Neubautätigkeit plötzlich drastisch zurückgeht?

Ebenso liegt auf der Hand, dass bei der Oktroyierung einer quasi veganen Lebensweise vielerlei Gesundheitsschäden drohen – vor allem unter Kindern. Besonders zynisch dabei: Während Fleisch und Milchprodukte im schlimmsten Falle gar nicht mehr konsumiert werden dürfen, gibt es keinerlei Restriktionen bei Alkohol

und Tabak. Geradezu absurd kommen auch die Pläne auf dem Gebiet der Bekleidung daher. Mit zwei Socken und einer Unterhose wäre das Jahresbudget in den ambitionierten Städten bereits komplett aufgebraucht. Und dann wäre da noch die Frage der Flüge.

„Robuste Maßnahmen ergreifen“

Von Berlin bis nach Istanbul sind es bereits 1737 Kilometer. Also keine Heimatbesuche der Gastarbeiternachkommen in der Türkei mehr? Oder sollen die künftig per Bahn erfolgen? Oder im Auto?

Angesichts all dessen sind im Prinzip zwei Szenarien möglich, wenn sich die politischen Rahmenbedingungen bis 2030 nicht drastisch ändern und eine komplette Abkehr von der menschenverachtenden C-40-Initiative stattfindet: Entweder läuft das Ganze aufgrund des flächendeckenden Widerstands der Betroffenen ins Leere oder es kommt zu verstärkten Überwachungs- und Zwangsmaßnahmen.

Dabei mehren sich die Anzeichen, dass die Verantwortlichen tatsächlich mit solchen Maßnahmen liebäugeln. So enthalten die „C-40-Führungsstandards 2021-2024“ Formulierungen wie: „Die Stadt nutzt die notwendigen finanziellen, regulatorischen und anderen ihr zur Verfügung stehenden Instrumente, um die Klimakrise zu bewältigen, und integriert ihre gerechten Klimaziele in die wirkungsvollsten Entscheidungsprozesse der Stadt ... Die Stadt führt Innovationen ein und beginnt, integrative und robuste Maßnahmen zu ergreifen, um Emissionen zu bekämpfen, die außerhalb der direkten Kontrolle der Stadtverwaltung liegen und beispielsweise mit den in ihrer Stadt verbrauchten Waren und Dienstleistungen verbunden sind.“

Wie dies in der Praxis aussehen könnte, zeigt Chicago, wo die Kommunalverwaltung bereits begonnen hat, in Lieferketten einzugreifen, um die Zufuhr von Fleisch zu sabotieren.

KLIMA II

2023 – Das Jahr der Kälterekorde

Während immer lauter von steigender Hitze die Rede ist, deuten reale Messwerte in die entgegengesetzte Richtung

Die Klimahysterie hat auch 2023 wieder ein erhebliches Stück zugenommen. So proklamierte UN-Generalsekretär António Guterres im Juni das Ende der „Globalen Erwärmung“ und den Beginn der Ära der „Globalen Verkochung“ (Global Boiling). Außerdem lief Anfang November auch der von der EU-Kommission verwaltete Copernicus Climate Change Service (C3S) zu großer Form auf: Der Oktober dieses Jahres sei der wärmste seit Beginn der Messungen gewesen und 2023 „das wärmste Jahr der vergangenen 125.000 Jahre“.

Dabei blieben drei entscheidende Dinge unberücksichtigt. Zum Ersten basier-

siert die Aussage von dem einzigartig heißen Jahr 2023 nicht auf realen Messdaten, sondern auf Computermodellen, deren völlige Unbrauchbarkeit immer deutlicher zutage tritt. Zum Zweiten ist die Zahl der Messstationen, welche sich in der Nähe wärmespeichernder oder wärmeproduzierender Objekte befinden, extrem gewachsen. Beispielsweise erfüllen nun schon 96 Prozent der 8700 Messstationen des US-Wetterdienstes nicht mehr die Vorgaben für eine „akzeptable und unverfälschte“ Datengewinnung, was kein Zufall sein dürfte. Und zum Dritten ignoriert die Katastrophenberichterstattung auch den Umstand, dass man 2023

an vielen Punkten der Erde ungewöhnlich niedrige Temperaturen oder gar neue Kälterekorde registriert hat.

So wurden am 14. Januar im sibirischen Tongulakh minus 62,4 Grad Celsius gemessen – so kalt war es dort seit 29 Jahren nicht mehr gewesen. Kurz darauf, am 4. Februar, fiel das Quecksilber in Halifax an der Ostküste Kanadas auf 25,6 Grad unter Null. Dieser Wert lag 1,2 Grad unter dem bisherigen Kälterekord von 1971. Am selben Tag herrschte auf dem Gipfel des 1917 Meter hohen Mount Washington im US-Bundesstaat New Hampshire bei minus 43,9 Grad Lufttemperatur und Windgeschwindigkeiten von bis zu 156 Stun-

denkilometern eine gefühlte Temperatur von minus 77,8 Grad, was ein neuer Rekord für das gesamte kontinentale Gebiet der Vereinigten Staaten war. Und auch in Boston gab es am 4. Februar massiven Frost. Hier maß man erstmals seit 1957 minus 23 Grad.

Am 18. Februar zeigten die Thermometer mitten im südamerikanischen Sommer in ganz Paraguay nur zwischen 7,7 und 16 Grad Plus. Und beinahe wäre auch der nationale Kälterekord für Februar von 7,0 Grad geknackt worden. Dann wiederum bescherte die Nacht vom 7. zum 8. März den Bewohnern der schottischen Highlands eisige Tempera-

turen von bis zu minus 15,2 Grad – der niedrigste Wert seit 2010.

Im Mai setzte der Winter in der Antarktis fast drei Monate zu früh ein und sorgte für Kälteeinbrüche von bis zu minus 75 Grad, welche im Südpolarbereich eigentlich erst Ende Juli/Anfang August auftreten. Am 1. Juni wurde in Finnland die niedrigste bislang gemessene Juni-Temperatur registriert, nämlich minus 7,7 Grad. Ähnlich eisig war es zuletzt 1962 gewesen. Und im selben Monat erlebten dann auch große Teile von Australien eine Kälte ohne Gleichen, wobei die 1,8 Grad plus in Sydney vom 19. Juni nun der neue lokale Kälterekord sind. W.K.

KÖNIGSBERG

Kants Geburtstag wirft Schatten voraus

Die Vorbereitungen in der Pregelmetropole auf den 300. Ehrentag des Denkers laufen auf Hochtouren

VON BODO BOST

Ein erster Schwerpunkt der Vorbereitungen auf das Kant-Jahr ist die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Erbe des großen Denkers in der heutigen Zeit. An der Immanuel-Kant-Universität begann deshalb das Seminar „Kritisches Denken als Gegenstand der Kritik in der Geschichte des russischen und europäischen Denkens“. Es brachte prominente russische Denker zusammen, die vier Tage lang nach Antworten auf schwierige Fragen suchten. Welche Art von kritischem Denken sollte ein Mensch des 21. Jahrhunderts haben? Ist Kants philosophisches Erbe im Kontext der akuten Herausforderungen unserer Zeit – von der globalen Erwärmung bis hin zu Spannungen in den internationalen Beziehungen – anwendbar? Laut Alexander Fjodorow, Doktor der Philosophie, Rektor der Baltischen Föderalen Universität (BFU), führt Kants kritische Philosophie zu Reflexion und systemischer Neubewertung, die für den Aufbau einer erfolgreichen Zukunft notwendig sind.

Das Seminar bildete den Auftakt zu einem großen Dreijahresmarathon, der zeitlich mit den Feierlichkeiten zum 300. Geburtstag des herausragenden Philosophen zusammenfällt. Eine Art philosophische Olympiade und eine Reihe von kulturellen und öffentlichen Veranstaltungen von globalem Ausmaß sind geplant. Königsberg soll im Jahr 2024 nicht nur ein Zentrum für das Studium der klassischen Philosophie, sondern auch ein Zentrum für das Studium der modernen Philosophie werden.

Universität-Campus und Bücherdenkmal Kants

Neben dem geistigen Erbe soll jedoch auch das materielle Erbe des großen Denkers gepflegt werden. So wurde in diesem Jahr der Bau einer Fußgängerbrücke zur Kant-Insel in der Nähe des Sportzentrums Junost wieder aufgenommen und soll im Frühjahr 2024 abgeschlossen



So könnte die neue Brücke auf den Kneiphof aussehen: Animation aus der Projektplanung

Foto: Screenshot KGD.ru

werden. Auf dem Eiland zwischen zwei Armen des Pregels befindet sich das Grabmal des Denkers. Die Planer haben einen Weg gefunden, die mittelalterliche Kneiphofmauer zu erhalten. Die Arbeiten wurden 2021 unterbrochen, um die Dokumentation zu ändern. Der Planet-Ozean-Museumskomplex mit der großen Schiffskugel soll 2024 bis zum 300. Geburtstag von Immanuel Kant fertiggestellt werden. Das neunstöckige Gebäude wird Labors mit Ausstellungen und Aquarien beherbergen.

Eines der größten Projekte ist der Bau des neuen Campus der Kant-Universität BFU zwischen der Newskij- und der Gagarinstraße. Er wird in zwei Etappen fertiggestellt. Die erste Etappe wird voraussichtlich im April 2024 abgeschlossen sein. Der Campus wird Gebäude für die

Hochschule für Philosophie und Sozialwissenschaften, Biomedizin, das Institut für Hochtechnologie und ein Konferenzzentrum umfassen. Neben den Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen wird eine Geschäftsstraße mit Cafés, Geschäften und Banken entstehen. Die Fertigstellung des Campus ist für das Jahr 2025 geplant.

Fjodorow kündigte die Aufstellung eines Denkmals für Kants Hauptwerke an: „Kritik der reinen Vernunft“, „Kritik der praktischen Vernunft“ und „Kritik der Urteilsfähigkeit“. Nach Angaben des PR-Managers der Universität, Alexander Wischnjakow, arbeitet die BFU bereits an der Gestaltung. „Gleichzeitig arbeiten wir an der Frage der Installation, wo sie stattfinden wird. Entweder auf dem Territorium des neuen Campus, dessen

Bau begonnen hat, oder auf dem Territorium der bestehenden Bereiche der BFU. Die Frage ist noch offen“, sagte Wischnjakow.

Kant Museumsquartier

Das Kant Museumsquartier wird kulturelle Einrichtungen und Attraktionen mit Bezug zu Immanuel Kant im zentralen Teil der Stadt vereinen. Bis 2024 soll eine sieben Kilometer lange Fußgänger-Route zwischen ihnen entstehen. An einigen Stellen wird er mit Kants Weg zusammenfallen – der Straße, auf der der Philosoph zur Universität ging. Die Route verläuft größtenteils entlang der Pregel-Dämme. Neben der Verbesserung der Infrastruktur sind die Behörden dabei, die Wohngebäude rund um das Museumsviertel in Ordnung zu bringen.

MELDUNGEN

Weihnachten am Okullsee

Allenstein – Bis zu den Weihnachtstagen ist es nicht mehr lang. Zeit, um auf den Allensteiner Weihnachtsmarkt vorzuschauen, der vom 15. bis 17. Dezember in einem komplett neuen Aufzug stattfinden soll. Das Sportzentrum Ukiel verwandelt sich, entlang der Promenade am Okullsee stehen dann 80 Aussteller nicht nur aus Polen, sondern auch aus Litauen, der Ukraine und Ungarn. Der Direktor des Büros für Werbung und Tourismus der Stadt, Krzysztof Otolinski, kündigte an, dass niemand enttäuscht sein werde: „Jeder findet etwas Wunderbares für sich, und ein Jahrmarkt am Strand ist außergewöhnlich.“ Mit einer Eislauffläche und Weihnachtsschmuck für das Gelände soll eine Szenerie entstehen, die Einwohner und Gäste Allensteins in ihren Bann zieht. Die Organisatoren haben für sich die Latte sehr hoch gelegt. U.H.

Altes Spielzeug geht viral

Elbing/Angerburg – Es ist nicht immer einfach, den Reichtum einer Sammlung adäquat in den Räumen eines Museums darzustellen. Eine besondere Sammlung ist im virtuellen Museum von Ermland und Masuren erschienen. Es handelt sich um historisches Spielzeug aus den Beständen von Jerzy Lapo vom Museum für Volkskultur in Angerburg. Er ist seit Jahren fasziniert von großen und kleinen Kreisel, mit denen Kinder gespielt haben, und schuf daraus ein Wandmuseum für Kreisel. Er hat sie auch bereits praktisch auf einem Masurentag in Allenstein vorgeführt. Die Regionale Digitalisierungswerkstatt beim Zentrum für Europäische Begegnungen „Swiatowid“ in Elbing hat jetzt einige Dutzend digitalisiert. Das Besondere an ihnen sind die Mechanismen, welche die Kreisel in Bewegung setzen. Zu sehen sind die Kreisel auf der Internetseite www.cyfrowewm.pl. U.H.

ALLENSTEIN

Deutsch lernen für die Zukunft

Veranstaltung im Alten Rathaus für Jugendliche – Vorbereitung auch auf die Beschäftigung in deutschen Firmen

Im Alten Rathaus in der Allensteiner Altstadt, wo sich heute die Öffentliche Woiwodschaftsbibliothek befindet, fand eine Veranstaltung im Rahmen der Kampagne „#deutschbewegt. Eine Sprache der neuen Möglichkeiten“ statt, die von der Woiwodschaftsbibliothek Allenstein und dem Goethe-Institut Warschau organisiert wurde.

Seit 2009 ist die Bibliothek Partner des Goethe-Instituts Warschau. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit ist die Bücherei eine von vier Partnerbibliotheken in der Republik Polen, in der die sogenannte deutschsprachige Bibliothek und Mediathek untergebracht ist. In den 14 Jahren der Zusammenarbeit wurden viele Projekte gemeinsam durchgeführt.

Nach dem Motto der Kampagne eröffnet die Kenntnis der deutschen Sprache neue Möglichkeiten in der Republik Polen. Immer mehr deutsche Unternehmen suchen Mitarbeiter mit deutschen Sprach-

kenntnissen und wollen auf dem polnischen Markt investieren. Der Deutschunterricht in der Schule ist wichtig, aber es

lohnt sich auch, die Schüler mit alternativen und unkonventionellen Lernformen zum Deutschlernen zu motivieren.



Veranstaltung in der Bibliothek: Volle Konzentration beim Sprachspiel

Foto: D.K.

Zu diesem Zweck lud das Goethe-Institut Schüler aus Allensteiner Schulen zu speziellen Arbeitsgruppen ein. Die Organisatoren hatten für die Jugendlichen eine Gelegenheit vorbereitet, in die virtuellen Welten des Sprachunterrichts einzutauchen. Präsentiert wurden beispielsweise „Merge Cube“ – holographische Würfel, die man in der Hand halten, über eine App auf dem Tablet oder Handy aktivieren und so Deutsch lernen kann. Ein besonderer Punkt war ein virtueller Spaziergang mit Virtual-Reality-Brillen durch ausgewählte Ecken Deutschlands.

Die Besucher der Veranstaltung nahmen mit großem Eifer an Quizspielen, Verlosungen und Sprachspielen teil, die von den Organisatoren auf verschiedenen Bildungsplattformen vorbereitet worden waren. Auch die Kunst-Ecke, in der Leinwandtaschen bemalt wurden, waren sehr beliebt. Mutige Teilnehmer konnten sich den

Anforderungen der Miniprüfung des Goethe-Instituts stellen, während Tablets mit der DeutschSpace-Digital-App die Bundesrepublik und die deutsche Sprache in einer ganz neuen Qualität entdecken ließen.

So konnten die Schüler in ein virtuelles Raumschiff einsteigen, in dem mehrere thematische Stationen eingerichtet waren, und wer die verschiedenen Aufgaben löste, wurde mit virtuellen Brezeln für die richtige Lösung belohnt. Außerdem gab es eine Fotokabine und einen gesunden Snack in Form eines mit dem Projektlogo gravierten Apfels. Die „#deutschbewegt“-Treffen, die in verschiedenen Städten Polens stattfinden, sind auch eine Gelegenheit, um zu sehen, wie es ist, in Deutschland zu studieren, sich in einem Bewerbungsgespräch zu testen und vielleicht sogar etwas über die Anforderungen zukünftiger Arbeitgeber zu erfahren.

Dawid Kazanski

Wir gratulieren...



Lenski, Kurt, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 10. Dezember
Schwill, Harry, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 14. Dezember

Przykopp, Edith, geb. **Marchut**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 14. Dezember
Schröder, Hildegard, geb. **Hering**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 13. Dezember

Polley, Ella, geb. **Stahlhut**, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 8. Dezember
Royla, Werner, aus Kielen, Kreis Lyck, am 8. Dezember

Althoff, Elke, geb. **Dziengel**, aus Lyck, am 14. Dezember
Bähr, Christel, geb. **Niederstrasser**, aus Treuburg, am 12. Dezember
Ellwanger, Brigitte, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. Dezember

Pastow, Ruth, geb. **Chrzan**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 13. Dezember
Symanski, Christel, geb. **Kositzki**, aus Braynicken, Kreis Neidenburg, am 13. Dezember

ZUM 99. GEBURTSTAG

Dauner, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. Dezember
Leymann, Otto, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 14. Dezember
Sagorski, Irmgard, geb. **Grytzo**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 12. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Eisner, Karl-Heinz, aus Wiese, Kreis Mohrungen, am 8. Dezember
Krupinski, Hildegard, geb. **Sambill**, aus Rauschenwalde, Kreis Lötzen, am 13. Dezember
Laddach, Egon, aus Sulimmen, Kreis Lötzen, am 8. Dezember
Schneider, Anton, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 10. Dezember
Steinbrücker, Klaus, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 8. Dezember
Weber, Alfred, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 13. Dezember
Winterhagen, Renate, geb. **Schimansky**, aus Königsberg, am 9. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Gottowski, Horst, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 11. Dezember
Kruska, Horst, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 10. Dezember
Möbus, Christel, geb. **Hufenbach**, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 12. Dezember
Mrotzek, Horst, aus Altenkirchen, Kreis Ortelsburg, am 14. Dezember
Pallasch, Willi, aus Kaspersguth, Kreis Ortelsburg, am 14. Dezember
Schönherr, Hans-Georg, aus Lötzen, am 8. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bagan, Richard, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 13. Dezember
Bartholmei, Erhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Dezember
Engelbrecht, Gitta, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 9. Dezember
Hochmann, Frieda, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 13. Dezember
Hoffmann, Johanna, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 13. Dezember
Korff, Vera, geb. **Jurschat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. Dezember
Kullik, Traute, geb. **Mondry**, aus Bottau, Kreis Ortelsburg, am 12. Dezember
Lückert, Elli, geb. **Laugalis**, aus Wehlau, am 14. Dezember
Müller, Elly, geb. **Sonka**, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 13. Dezember
Naß, Harri, aus Lyck, am 13. Dezember

Grube, Rosa, geb. **Walzner**, aus Richau, Kreis Wehlau, am 11. Dezember
Henning, Erika, geb. **Chlebusch**, aus Lyck, am 12. Dezember
Hoffmann, Günther, aus Buchholz, Kreis Preußisch Eylau, am 10. Dezember
Holzäpfel, Christel, geb. **Belusa**, aus Kilianen, Kreis Treuburg, am 8. Dezember
Hudaff, Margarete, geb. **Bosk**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 8. Dezember
Krause, Ingrid, geb. **Platzeck**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 9. Dezember
Legat, Berthold, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 13. Dezember
Liedkewitz, Else, geb. **Schindowski**, aus Freivalde, Kreis Mohrungen, am 12. Dezember
Magdziacz, Christel, geb. **Brozio**, aus Friedberg, Kreis Treuburg, am 14. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Finner, Emil, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember
Jobst, Hartmut, aus Treuburg, am 11. Dezember
Koch, Gesine, aus Wehlau, am 12. Dezember
Schönwald, Holle, geb. **Winkelmann**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 10. Dezember
Zitzmann, Erika, geb. **Wenz**, aus Wehlau, am 14. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Brakensiek, Waltraut, geb. **Prieur**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 13. Dezember
Dogge, Kurt, aus Mohrungen, am 13. Dezember
Fricke, Christel, aus Lyck, am 10. Dezember
Kristan, Silvia, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 14. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brennig, Hildegard, geb. **Trott**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 8. Dezember
Dyck, Albrecht, aus Schillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. Dezember
Jahnke, Edeltraut, aus Sulimmen, Kreis Lötzen, am 11. Dezember
Lojewski, Rosemarie, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 13. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Breiksch, Horst, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 11. Dezember
Grunau, Paul, aus Mohrungen, am 10. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Borowy, Manfred, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 12. Dezember
Dietrich, Marga, geb. **Kutzorra**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 9. Dezember
Jedamzik, Helmut, aus Lyck, General-Busse-Straße 1, am 8. Dezember
Kiesewetter-Langanke, Inge, geb. **Langanke**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 10. Dezember
Löffler, Irene, geb. **Rauch**, aus Görken, Kreis Mohrungen, am 14. Dezember
Stannehl, Horst, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 9. Dezember
Turowski, Waldemar, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 13. Dezember

Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024



16. und 17. März: **Arbeitstagung der Kreisvertreter** in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis, kurz: gT)
 13. und 14. April: **Arbeitstagung der Deutschen Vereine** in Sensburg (gT)
 19. bis 21. April: **Kulturseminar** in Helmstedt
 1. Juni: **Ostpreußentreffen** in Wolfsburg
 22. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Osterode
 20. bis 22. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
 7. bis 13. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt

1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** in Wuppertal (gT)
 2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)
 2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen



Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

- Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.



Prämie 2: Renaissanceglobus

Prämie 2: Renaissanceglobus
 Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de



Baden-Württemberg

Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luetlich@web.de
Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219,
Internet: www.low-bw.de

Kreisgruppe Stuttgart

Samstag 16. Dezember, 11.30 Uhr, Vorweihnachtsfeier mit Imbiss-Sektempfang im Haus der Heimat Stuttgart.

Wie in jedem Jahr, laden die Landsmannschaften der Ost- und Westpreußen zu einem gemütlich besinnlichen Weihnachtsfest ein. Als neue Gäste dürfen wir diesmal die Landsmannschaft der Warthe-Weichsel mit ihren Vorsitzenden Herrn Hans Werner Carlhoff herzlich begrüßen. Außerdem freuen wir uns, dass Herr Pfarrer i.R. Jörg-Michael Bohnet seine Teilnahme zugesagt hat. Er wird den Nachmittag mit der Weihnachtsgeschichte feierlich begleiten. Zudem werden Frau Uta Lüttich und Herr Peter Jurèwitz mit Team Uli Karle und Peter Hohler für weihnachtliche Stimmung sorgen. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit reger Beteiligung.



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann,
Geschäftsstelle: Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmanna@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Bericht über unseren Marktstand im Einkaufszentrum Berliner Freiheit

Der zweitägige Marktstand im Einkaufszentrum Berliner Freiheit wurde in der vorletzten Novemberrwoche mit den Helferinnen und Helfern Irene Pichottka, Dr. Gisela Borchers, Ingeborg Reibischke, Regine Mentz, Hartmut Rogall, Ulrich Krause und Heinrich Lohmann wieder mit viel Enthusiasmus aufgebaut und präsentiert.

Wie in den Vorjahren gab es in unserem Angebot auch etliche Neuerscheinungen an Büchern, vor allem aber Landkarten, Marzipan, und das beliebte Antiquariat. Thorner Katharinen, die Susanne Krenz nach einem Familienrezept gebacken und gespendet hatte, waren schon am ersten Tag fast ausverkauft. Auch vom Königsberger Marzipan blieb nichts übrig.

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

War es im Vorjahr eher ruhig zugegangen, so herrschte in diesem Jahr wieder ein erfreulicher Zulauf. Dank breiter Ankündigung in den Zeitungen, gab es kaum längere Leerlaufzeiten. Besucher kamen aus einem weiten Umkreis allein wegen unseres Standes in das Einkaufszentrum. Das Center-Management hat diese Werbewirkung für das gesamte Einkaufszentrum schon seit längerem beobachtet und stellt uns daher Tische, Stühle und Stellwände gerne kostenlos zur Verfügung.

Das „Salz in der Suppe“ unserer Präsenz waren wieder einmal die Gespräche mit Besuchern, vor allem, wenn sie noch nie etwas davon gehört hatten, dass es einmal die Ostgebiete „jenseits von Oder und Neiße“ als Teil Deutschlands gegeben hat. Manche Besucher staunten, dass es fast achtzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges immer noch eine Organisation der Vertriebenen gibt.

Das vorhandene Werbematerial der PAZ wurde restlos verteilt und gerne mitgenommen. Es gab manche positive Reaktion, dass dieses kostenlos übergeben wurde.
Heinrich Lohmann



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Hamburg - Sonnabend, 30. Dezember, 16 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, Delegiertenversammlung der Landesgruppe Hamburg.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Heimatsnachmittag

Kassel - Sonntag, 17. Dezember, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldatalstraße 140: Advents- und Vorweihnachtsfeier. Dorothea Deyß mit ihrem Singkreis bringen uns Weihnachtsen nahe.

Vorweihnachtliche Feier

Wiesbaden - 16. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappen- Saal, Friedrichstraße 35. Sie erwarten Kaffee und Kuchen, Kerzenschein und ein besinnliches Programm zur vorweihnachtlichen Zeit.

Mit Geschichten, Gedichten, Gesang, Musik und einer Ansprache von Pfarrer Dr. Holger Saal (ev. Marktkirchengemeinde) wollen wir Sie auf die Weihnachtstage einstimmen.

men. Musikalisch wird uns Mathias Budau erfreuen.

Wegen der Platz- und Kuchendisposition bitte anmelden bis 8. Dezember bei Helga Kukwa 0611-373521 oder Ilse Klausen 06122-14808.

Erstes Monatstreffen im Jahr 2024

Wiesbaden - Sonnabend, 20. Januar, 15 Uhr. Erinnerungen an Zuhause: Heimatsnachmittag. Zuvor gibt es Kaffee und Kuchen.

Das erste Monatstreffen im neuen Jahr ist unserer Heimat gewidmet. Sie hören Nachdenkliches und Lustiges von früher und heute. Zudem erfahren Sie einiges über das derzeitige Geschehen in Ostpreußen und Westpreußen.

Wer zu diesem Nachmittag etwas beitragen möchte, seien es Erzählungen, Gedichte und/oder Informationen und Bilder, melde sich bitte gleich bei Dieter Schetat 06122-15358 oder bei anderen Vorstandsmitgliedern.



Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Anklam - Die diesjährige Adventsfeier der Landesgruppe und des Bundes der Vertriebenen findet am Sonnabend, dem 9. Dezember, von 11 bis 16 Uhr in der Mehrzweckhalle „Volkshaus“ Anklam (Baustraße / Nähe Markt) statt. Eingeladen sind alle Landsleute aus Ost- und Westpreußen, Pommern und der Neumark, dem Sudetenland und Schlesien. Angehörige und Gäste sind ebenfalls herzlich willkommen. Erwartet wird auch eine Delegation der deutschen Minderheit in Stettin. Es ist zugleich die Jahresversammlung des Verbandes mit Rückblick und Kassenbericht 2023 sowie einem Ausblick auf die Vorhaben 2024.

An die Adventsandacht schließt sich das feierliche Gedenken an die verstorbenen Landsleute des Jahres 2023 an. Vorbereitet sind ein gemeinsames Mittagessen, eine weihnachtliche Kaffeetafel und ein schönes Angebot an Bärenfang, Heimatbüchern und Kalendern. Höhepunkt ist das gemeinsame Advents-Singen mit dem Posauenchor Usedom.

Am 9. Dezember ist im Volkshaus letzte Gelegenheit, Weihnachtspäckchen zu spenden. Diese bringt einige Tage später ein Kurier zum russischen Kant-Chor nach Gumbinnen im ehemaligen Ostpreußen.



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhneke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Kulturtagung der Landesgruppe

Oberhausen - Traditionsgemäß findet bei der Landesgruppe NRW

ANZEIGE

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln



Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

im Herbst die Kultur- und Frauentagung statt, so auch am 28. Oktober in Oberhausen im „Haus Union“. Auch das ist Tradition; man trifft sich dort seit über dreißig Jahren.

Als Referent konnte der Historiker Jörg Ulrich Stange gewonnen werden. Er wurde in Kiel geboren, hat aber väterlicherseits Wurzeln aus Bartenstein und freute sich daher über die Einladung bei den Ostpreußen. Es sei in der Familie immer viel von Ostpreußen erzählt worden, berichtete er, so dass sich bei ihm ein ausgeprägtes Interesse an der ostpreußischen Geschichte entwickelt habe.

Eine Frucht dieses Interesses ist sein Werk „1757-1762 - Ostpreußen unter der Zarenherrschaft. Russlands preußische Provinz im Siebenjährigen Krieg“, Lau-Verlag, Reinbek 2023. Diese Zeitspanne, so der Referent, sei bisher in der Forschung und in

den Medien sehr stiefmütterlich behandelt worden.

Dem Publikum war die „Russenherrschaft in Ostpreußen“ im 18. Jahrhundert nicht unbekannt. Irgendwann hatte man von russischen Offizieren gehört, die die Vorlesungen Immanuel Kants besuchten und ihn mit damals harten Rubeln honorierten. Die Huldigung der Königsberger Stände an die Zarin hatte König Friedrich so sehr verärgert, dass er Ostpreußen nicht mehr besuchen wollte - auch das war bekannt. Und Königsberg habe in diesen fünf Jahren einen bedeutenden wirtschaftlichen Aufschwung genommen.

Umso interessanter waren nun die detaillierten Informationen des Vortrages. Zwischen Russland und Preußen hatte meist ein positives Verhältnis bestanden, und im Siebenjährigen Krieg (1756-1763) kam es zu einer Verbindung Österreichs, Frankreichs

und Russlands gegen Preußen. Dabei unterhielt Friedrich II. freundschaftliche Beziehungen zur russischen Kaiserin Elisabeth (1709-1762) und vermittelte auch die spätere Zarin Katharina die Große an den Zarenhof. Die beiden Schlesischen Kriege (1740-42) und (1744/45) aber hatten Preußen in die Isolation gedrängt, und als die russische Kaiserin an Österreich ein Bündnisangebot machte, in dem Preußen aufgeteilt werden sollte, entschied sich Friedrich II. zum Angriff durch einen Präventivkrieg.

Der Verlauf des Krieges kann hier nicht im Einzelnen nachvollzogen werden. 1757 erlitt Preußen eine Niederlage durch Österreich, die Russen rückten in Ostpreußen ein und die Schweden in die Uckermark. Doch Friedrich II. schlug in der Schlacht bei Leu-

Fortsetzung auf Seite 16



Ostpreußisches Landesmuseum

Mittwoch, 13. Dezember, 18.30 Uhr, Eintritt: 4,- Euro: Marcus Willaschek „Kant. Die Revolution des Denkens“, **Lesung und Gespräch.** Marcus Willaschek, der wohl größte Kant-Experte seiner Generation, stellt seine neue populäre Kant-Einführung vor und steht im anschließenden Gespräch Rede und Antwort. Immanuel Kant war der bedeutendste Philosoph der Neuzeit, war Wegbereiter des Kosmopolitismus und der Idee der Menschenwürde und formulierte den kategorischen Imperativ und begründete eine neue Form der Metaphysik. Willascheks Buch verfolgt Kants Revolution des Denkens durch sein gesamtes Werk. In dreißig kurzen eigenständig lesbaren Kapiteln stellt er die verschiedenen - auch die problematischen - Aspekte von Kants Denken klar pointiert und verständlich vor und verbindet sie mit biografischen und historischen Miniaturen, sodass auch ein Bild von Immanuel Kant als Mensch und Philosoph in seiner Zeit entsteht. Was machte Kant so revolutionär? Warum ist sein Denken heute noch so aktuell? Im Jahr 2024 feiert Immanuel

Kant seinen 300. Geburtstag. Die Buchvorstellung bildet den Startschuss für das Kantjahr im Ostpreußischen Landesmuseum. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

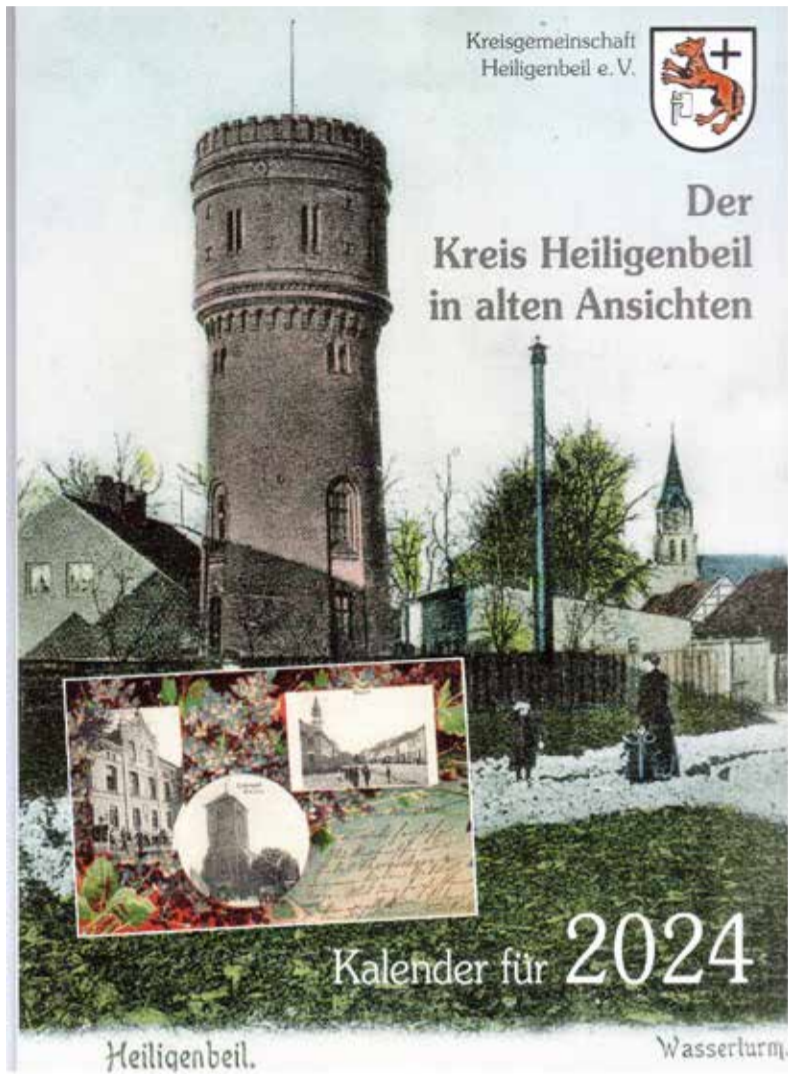
Donnerstag, 14. Dezember, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei, Veranstaltungsort: mosaïque, Katzenstraße 1, 21335 Lüneburg: **Wir backen verschiedene Keksrezepte, Kinderclub** mit Monja Breyer und Hannah Janowitz. Der Dezember ist eine Zeit der Feste. Und zu besonderen Anlässen gehören besondere Speisen. Gemeinsam wollen wir Keksrezepte aus verschiedenen Kulturen backen und natürlich gemeinsam probieren. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von sechs bis zwölf Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Donnerstag, 28. Dezember, 15.00 bis 17.00 Uhr, Eintritt frei. **Tiere zeichnen lernen. Kinderclub mit Jenke Eichhorn**

Mit einem Bilderrätsel gehen die Kinder in der Ausstellung auf die Suche nach Tierbildern. Gemeinsam werden die gefundenen Bilder betrachtet, und es wird überlegt, welche Geschichten die Motive erzählen könnten. In welcher Landschaft die Tiere leben und wieso die Maler gerade diese Tiere für ihr Bild ausgewählt haben? Danach geht es ins Museums-Atelier, wo die Kinder ihr persönliches Lieblingstier zeichnen können. Hilfestellung gibt es dabei von der Kunststudentin Jenke Eichhorn. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt.

Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Heimatkreisgemeinschaften



Heiligenbeil-Kalender 2024 Die Kalender sind für 12,-€ zu erwerben bei: Anja Reyentanz, Pfarrgasse 7, 04932 Hirschfeld, rey_anja@yahoo.de, 0157 588 937 93 Foto: KG Heiligenbeil

Heiligenbeil

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. **1. Stellvertreterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@do-kom.net; **2. Stellvertreterin:** Heidi Pomowski, Heinegras 42, 31840 Hess. Oldendorf, Telefon (05158) 2841, heidi.pomowski@t-online.de; **Kassenwart:** Arnold Hesse, Amselstraße 6, 26847 Detern, Telefon (04957) 575, Arnold.Hesse@ewetel.net; Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kalender 2024 Die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil hat an ihre Landsleute zum

Weihnachtsfest einen Kalender mit alten Ansichten aus dem Kreis Heiligenbeil verschickt.

Auf den Titeln der zwölf Monatsblätter ist jeweils eine alte Ansichtskarte aus dem Kreis zu sehen.

Die Rückseiten enthalten Geschichten, Gedichte und Erinnerungen von Zeitzeugen aus dem Leben in Ostpreußen sowie Fotos aus neuerer Zeit.

Wir haben noch Restexemplare, die wir zum Preis von 12 Euro inklusive Versand abgeben.

Bestellungen bitte an: Anja Reyentanz, Pfarrgasse 7, 04932 Hirschfeld, rey_anja@yahoo.de, 0157 588 937 93

PAZ-Abo vertrieb@paz.de

Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Regionaltreffen Nord in Bremen

Am Donnerstag, den 16. November, fand nach dreijähriger Pause das Regionaltreffen Nord in Bremen statt.

In diesem Jahr übernahm Heidi Mader die Organisation des Treffens aus den Händen von Wilhelm Norra, der 11 x den Vorsitz inne hatte.

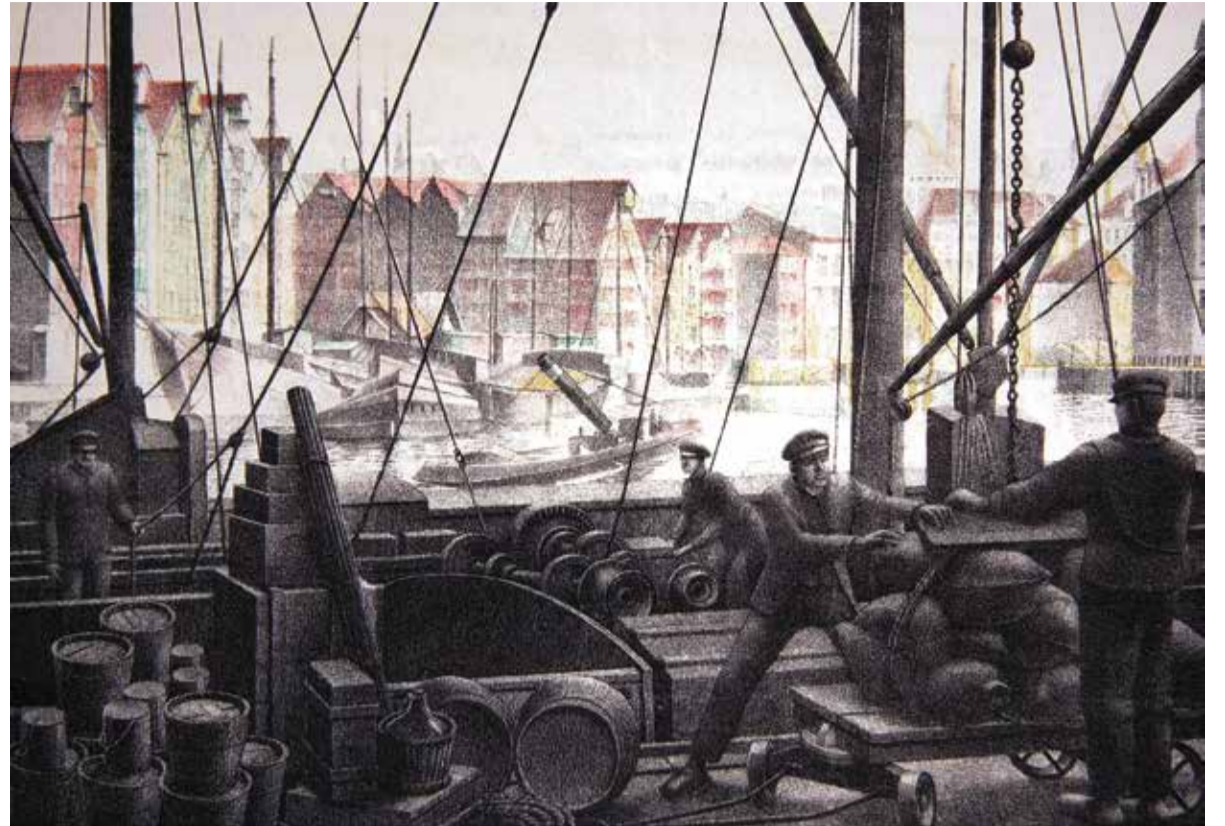
Die Glocken der Lycker Kirche läuteten vor 30 Teilnehmenden, bedingt durch den Lokführer-Streik war die Teilnehmerzahl sehr reduziert, den Nachmittag ein.

Nach der Begrüßung durch Heidi Mader, mit einer Grußnote unserer Kreisvertreterin Bärbel Wiesen-see, hielt Heinrich Lohmann, der Vorsitzende der Landsmannschaft Ost- u. Westpreußen in Bremen, ein Grußwort und bezog sich auf die Aktivitäten der Ortsgruppe Bremen.

Nach einem von Wilhelm Norra vorgetragenen musikalischem Beitrag mit dem Akkordeon (drei Volkslieder), fand die Totenehrung durch Dieter-J. Czudnochowski, stellv. Kreisvertreter, statt. Im Anschluss daran gab W. Norra einen kurzen Bericht seiner Reise von diesem Jahr in seine Lycker-Heimat ab.

Passend dazu erhoben sich dann alle Anwesenden von den Plätzen und sangen gemeinsam das Ostpreußenlied. Zum Abschluss hielt Dieter-J. Czudnochowski ein Kurzreferat über die geleisteten Arbeiten in der Kreisgemeinschaft Lyck im Jahr 2023. So manch einem Teilnehmer wurde bewusst, welchen Umfang doch die Tätigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder einnehmen.

Im Schlusswort bedankte sich Heidi Mader über das Erscheinen



Königsberger Kunstakademie – Der neue Kalender „Ostpreußen und seine Maler 2024“ Der Kalender mit Bildern wie dieses von Wilhelm Heise: Laden im Königsberger Hafen aus dem Jahr 1939, kostet 24,50,- Euro, einschließlich Portokosten, und kann bestellt werden bei: typeart satz&grafik GmbH, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, telefonisch unter (0231) 557378-0, per Telefax unter (0231) 557378-20 sowie per E-Mail: info@typeart-dortmund.de Foto: Ostpreußisches Landesmuseum

und gab für 2024 folgende Termine bekannt:

28. April. - Treffen Lübeck / 01. Juni - Ostpreußentreffen in Wolfsburg / 24./25. August - Hauptkreistreffen in Hagen und im November wieder ein Treffen in Bremen.

Es folgten gemütliche Stunden bei Kaffee, Kuchen und netten Gesprächen.

Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.

Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Treffen in Rastenburg

Wir versuchen, für das Jahr 2024 noch einmal eine gemeinsame Busfahrt nach Rastenburg zu organisieren. Der Zeitrahmen wäre der 1. bis 12. Mai 2024. Ausgangs-

und Endpunkt der Fahrt wäre Magdeburg.

Damit diese Reise stattfinden kann, müssen sich mindestens 20 Personen verbindlich bis zum Jahresende anmelden. Wer Interesse daran hat, sollte sich umgehend bei Rita Kalmbach, Telefon (039245) 2828 oder per E Mail: er-kalmbach@t-online.de melden.

Alternativ gibt es noch die Möglichkeit der eigenen Anreise per Auto, Eisenbahn oder Flugzeug und Leihwagen. Vor Ort können dann gemeinsame Unternehmungen verabredet werden. Bitte dann individuell die Zimmer und den Zeitraum innerhalb des Zeitfensters vom 1. bis 12. Mai 2024 im Hotel Koch buchen. Hotel Koch, ul. Sportowa 1, PL-11-400 Kętrzyn, Telefon (0048) 897511093, E-Mail: kochsportowa@wp.pl

Die PAZ zum Probelesen **Vier Wochen gratis** **Telefon (040) 41400842**



Ostpreußisches Landesmuseum

Öffnungszeiten im Dezember:

Sonntag, 24. Dezember: geschlossen

Montag, 25. Dezember: geschlossen

Dienstag, 26. Dezember: 10.00 bis 18.00 Uhr

Sonntag, 31. Dezember: geschlossen

Montag, 1. Januar 2024: 10.00 bis 18.00 Uhr

Folgen Sie uns auf Facebook, Instagram oder Youtube!

ANZEIGE



Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellungen

Noch bis 25. Februar: Stinthengste, Krähenbeißer, Lange Wurst und Co. – Ostpreußische Bräuche im Wandel.

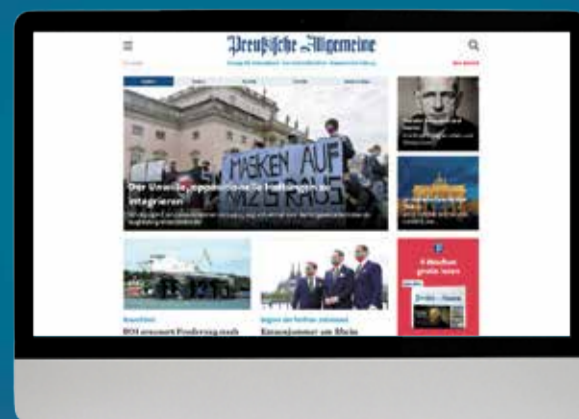
Die Bräuche bestimmen unser Leben, im Alltag sowie zu besonderen Anlässen. Warum? Dafür gibt es die verschiedensten Gründe und Entstehungsgeschichten. Auch in Ostpreußen haben sich im Laufe der Zeit unterschiedliche Bräuche entwickelt, manche kommen uns heute noch sehr bekannt vor, andere erscheinen uns ein wenig veraltet, wieder andere führen uns in eine völlig fremde und einzigartige Welt. Einem Teil dieser Bräuche widmet sich diese Kabinetausstellung.

Noch bis 25. Februar: Die Königsberger Kunstakademie (1845-1945). Künstler aus

zwei Jahrhunderten. Mit Künstlern wie Lovis Corinth (Schüler), Ludwig Dettmann (Direktor), Artur Degner (Schüler, Lehrer) und Ernst Mollenhauer (Schüler) ist die Geschichte der Königsberger Kunstakademie eng verbunden. Zwischen ihrer Gründung 1845 und dem Untergang Königsbergs 1945 bildete die Akademie 100 Jahre das künstlerische Zentrum Ostpreußens. Vor allem die weite Landschaft und die Küste waren eine der Hauptinspirationsquellen der dortigen Künstler. Die Ausstellung zeigt Werke der verschiedenen Direktoren und Lehrer, die an der Kunstakademie in Königsberg gewirkt haben.

Landkarte Ostpreußen als Schreibunterlage

Schreibunterlage mit Landkarte Ostpreußen und geschichtlichem Abriss
Format: 65 x 45 cm
Ausführung: alle Ecken gerundet, ringsum randgeschweißt



29,95 € inkl. Versand

Bestellung: Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Buchtstr. 4, 22087 Hamburg Tel. 040/41 40 08 0 selke@ostpreussen.de

STADTHALLE KÖNIGSBERG

Die Musen-Masken sind zurückgekehrt

Die Skulpturen waren seit der Zerstörung Königsbergs verschollen – Kopien wurden an der Fassade des Gebietsmuseums angebracht

VON BODO BOST

Die Königsberger Stadthalle beherbergte einst die größten Veranstaltungssäle der Stadt. 1911 war das Gebäude nach Entwürfen des Berliner Architekten Richard Seel errichtet und 1912 eingeweiht worden. Das Gebäude hatte 1600 Sitzplätze, es diente für Konzerte und Veranstaltungen aller Art. In der Stadthalle gab es auch ein Restaurant und im Garten vor dem Schlossteich ein Café. Hauptsponsor des Gebäudes war der jüdische Unternehmer Felix Japha, der auch das Neue Schauspielhaus gesponsert hatte, als dessen Aufsichtsrat er bis 1933 fungierte. Er nahm sich 1942 mit seiner Frau in seiner Villa in Amalienau das Leben.

Bei den Luftangriffen auf Königsberg am 26. August 1944 wurde auch die Stadthalle schwer beschädigt und war lange Zeit baufällig. Sie stand kurz vor dem Abriss. Doch der Vorsitzende des Stadtekutivkomitees Viktor Denisow wandte in den 1970er Jahren alle möglichen Tricks an, um aus Moskau Mittel für die Restaurierung des Gebäudes zu erhalten. Das war, nachdem das Königsberger Bürgerkomitee zu dem Schluss kam, dass das Gebäude in einem schlechten Zustand war, nicht einfach. Doch Denisow verheimlichte dies vor den Moskauer Behörden und schaffte es, die Genehmigung zur originalgetreuen Restaurierung der Stadthalle zu erhalten.

Stadthalle wurde schwer beschädigt

Die Arbeiten wurden von 1981 bis 1986 durchgeführt. Nur die vier Musen-Masken neben den drei Türen zum Balkon über dem Haupteingang fehlten. Initiator des Projekts war der Königsberger



Ein feierlicher Akt: Eine der Skulpturen vor der Befestigung an der Fassade

Foto: Gebietsmuseum Königsberg

Architekt Wadim Jeremejew. Seit 1991 ist hier das regionale Geschichts- und Kunstmuseum untergebracht. Das Gebäude ist als Objekt des Kulturerbes von regionaler Bedeutung anerkannt.

Die Originale der vier Musen-Masken, welche die Komödie, die Tragödie, die Poesie und die Musik symbolisieren, waren 1912 vom Bildhauer Lothar Sauer

geschaffen worden. Die vier Masken verschwanden am Ende des Krieges. Anfang Oktober wurden Kopien dieser Werke an der renovierten Fassade der ehemaligen Stadthalle angebracht.

Das Königsberger Unternehmen „Wostotschno-Prusskij Landschaft“ („Ostpreußische Landschaft“) rekonstruierte sie anhand von historischen Fotos,

der Restaurator Andrej Kunats stellte sie in Zusammenarbeit mit der Werkstatt „Architekturformen“ her. Jede Maske wiegt knapp 200 Kilogramm, ihre Größe beträgt etwa 1,5 Meter. Um die Skulpturen an der Fassade zu installieren, bedurfte es großer Vorsicht des Baukranführers. Im Inneren des Hochreliefs wurde, wie bei historischen Gebäuden üb-

lich, feierlich eine Zeitkapsel niedergelegt, in der alle am Bau beteiligten Mitarbeiter vermerkt wurden. Auch eine in Versform gehaltene Botschaft an nachkommende Generationen wurde eingelegt, sie beginnt mit den Worten „Im Namen des Friedens und der Erbauung richten wir unsere Botschaft an Euch ...“ – vielleicht eine versteckte Anspielung auf den derzeitigen Krieg in der Ukraine.

Eine Zeitkapsel wurde in das Innere der Skulpturen eingelegt

Die offizielle Präsentation der Renovierung fand am 17. Oktober statt. Seit Dezember 2013 war das Museum wegen Renovierungsarbeiten geschlossen. Das Erdgeschoss wurde im September 2014 für Besucher wieder geöffnet. Nach und nach wurden auch die Säle im zweiten und dritten Stock für sie zugänglich.

Leider gibt es nur wenige Informationen über den Bildhauer der Masken, Lothar Sauer (1877–1920). In dem grundlegenden Werk von Herbert Meinhard Mühlpfordt „Die Königsberger Bildhauerei und ihre Meister, 1255–1945“ werden mehrere seiner Werke erwähnt, darunter die Masken an der Stadthalle.

Sauer war ein Schüler des berühmten Friedrich Reusch – dem Schöpfer der Bronzedenkmal für Herzog Albrecht (1891) und Kaiser Wilhelm I. (1894), die auf den gegenüberliegenden Seiten des Schlosses standen, sowie für Reichskanzler Otto von Bismarck (1901) und der Skulptur „Deutscher Michel“, einer allegorischen Darstellung des Deutschen an sich, die 1924 am Wrangel-Turm aufgestellt worden war. Wie Mühlpfordt schreibt, verfiel Sauer dem Alkohol und arbeitete am Ende seines Lebens als Maurer.

EDUARD ANDERSON

Kunst im Kneiphöfischen Rathaus

Königsberg erlebte durch den Maler museale Höhepunkte – Teile der Sammlungen im Ostpreußischen Landesmuseum erhalten

Eduard Wilhelm Franz Anderson stammte aus Preußisch Holland, erlangte zunächst vor allem als Landschaftsmaler, Radierer und Lithograph überregionale Bekanntheit und sorgte dann mit der Gemäldegalerie im Königsberger Stadtschloss und dem Stadtgeschichtlichen Museum im Kneiphöfischen Rathaus auf Jahrzehnte für museale Schlagzeilen. Zusätzlich zu seinen Bildschöpfungen und musealen Aktivitäten verfasste er historische Schriften über Königsberg. Damit erreichte er ungeachtet der Zerstörung der Stadt am Ende des Zweiten Weltkrieges auch über seinen Tod hinaus eine gehörige kunstwissenschaftliche Nachwirkung. Für alle, die sich mit der Kunst- und Kulturgeschichte Königsbergs aus heutiger Sicht befassen, ist er unverzichtbar.

Anderson wurde 1873 in Preußisch Holland geboren. Sein Geburtsort liegt im preußischen Oberland südöstlich von Danzig, wurde von Siedlern aus den Niederlanden begründet und 1297 nach Kulmer Recht zur Stadt erhoben. Preußisch Holland galt einst mit einem massiven Mauerring als „stärkste mittelalterliche Festung des Oberlandes“ und fungierte nach der Säkularisierung des Ordensstaates 1525 als Hauptamt mit zentralen Verwaltungsaufgaben. Andersons Vater wirkte in der Stadt als Kanzleirat und ermöglichte seinem kunstinteressierten Sohn zunächst einen weiterführenden

Bildungsweg und ab 1893 das Studium an der Kunstakademie in Königsberg. Diese Kunsthochschule war 1845 auf Betreiben von Ernst August Hagen und Heinrich Theodor von Schön gegründet worden, hatte als ersten Direktor den Historienmaler Ludwig Rosenfelder und förderte vor allem die Landschafts- und Genremalerei.

Malerei und Museumsdirektor

Nach seinem Studienabschluss erhielt die Kunstakademie im Stadtteil Rathshof einen repräsentativen Neubau, der bis heute erhalten blieb und weiter als Schulgebäude genutzt wird. Anderson hatte namhafte Lehrer und wurde durch sie zum erfolgreichen Landschaftsmaler geprägt, der sich zusätzlich auch der Radierung und Lithographie widmete. Für seine Arbeiten wählte er vor allem Motive aus Königsberg, Ostpreußens und auch von der Kurischen Nehrung. Anderson konnte seine Bildschöpfungen gut verkaufen und erlangte einen frühen Künstlererfolg. Parallel wurde er wegen seiner Fähigkeiten schon als Student ab 1897 mit der Betreuung der Kupferstichsammlung der Albertus-Universität in Königsberg betraut.

Anderson unternahm noch vor dem Ersten Weltkrieg erste Studienreisen, die in der Folge und später in die Niederlande, in den Nahen Osten und bis nach Nordamerika führten. Er wurde in den

Vorstand des Königsberger Kunstvereins gewählt, übernahm 1910 die Leitung über die Kunstsammlungen von Königsberg und begründete schließlich dann auch die neue Gemäldegalerie im Königsberger Schloss. Der Künstler entwickelte sich mehr und mehr zum Manager des Königsberger Kunstbetriebes.

Einen weiteren Höhepunkt erlebte Anderson mit dem Funktionswandel des Kneiphöfischen Rathauses. Dieser Bau war 1387 errichtet worden, befand sich in der Brodbänkergasse auf der Kneiphof-

insel und wurde ab 1724 als Rathaus der aus drei Teilstädten vereinigten Stadt Königsberg genutzt. Nach einem Nutzungswandel, als die Königsberger Stadtverwaltung in das neue Stadthaus übersiedelte, diente das Kneiphöfische Rathaus 1927 nur noch repräsentativen Zwecken. Das rief Anderson auf den Plan, der hier die Einrichtung eines Stadtgeschichtlichen Museums initiierte und noch 1927 als erster Direktor der Einrichtung die neue Aufgabe übernahm.

Der Künstler und Kunstmanager organisierte die Neugestaltung des Hauses und sorgte für mehrere Fachabteilungen. Das reichte vom Kant-Museum, einer Porträtsammlung und einer Münzsammlung über alte Kupferstiche und militärischen Devotionalien bis zu historischem Hausrat. Passend zu dieser neuen Aufgabe verfasste Anderson auch stadtspezifische Schriften. Dazu zählten „Vom Kneiphöfischen Rathaus zum Stadtgeschichtlichen Museum“, die Schrift „Das Kanthaus in Moditten“ und ein „Führer durch Königsberg und Umgebung“.

Gründer einer Kant-Fachabteilung

Der Museumsdirektor hielt zahlreiche Fachvorträge und fungierte als solcher bis 1938. Sein Nachfolger wurde Fritz Gause. Anderson erlebte noch die Luftangriffe auf Königsberg im August 1944 mit der damit verbundenen Vernichtung eines großen Teils der Museumsbestände und konnte sich im Alter schließlich vor dem endgültigen Untergang Königsbergs nach Westen retten. Er starb am 5. Januar 1947 in Stade und wurde anschließend im Heft 1/1947 in den „Mitteilungen des Stader Geschichts- und Heimatvereins“ als verdienstvoller Königsberger gewürdigt. Grettete Teile seines Stadtgeschichtlichen Museums in Königsberg fanden dann später Aufnahme im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg.

Martin Stolzenau



Beherbergte ein Stadtgeschichtliches Museum: Das Kneiphöfische Rathaus in Königsberg

Foto: Bildarchiv Ostpreußen



BRASILIEN

Pommern feiern traditionell

Das Festival Pomerana de Itueta in der größten pommerschen Gemeinde im Bundesstaat Minas Gerais

VON ARNALDO SILVA

Es war ein farbenfrohes, traditionelles Fest in der größten pommerschen Gemeinde Itueta im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais. Pommersche Auswanderer verließen Mitte des 19. Jahrhunderts ihre angestammte Heimat, um in Brasilien ihr Glück zu suchen. Viele von ihnen siedelten im Bundesstaat Espírito Santo. Einige von ihnen zog es jedoch weiter, auf der Suche nach fruchtbarem Land und besse-

In diesen Siedlungen wird nach wie vor großer Wert auf die Bewahrung ihrer Kultur, Geschichte, Traditionen, pommerschen Küche, pommerschen Musik, religiösen Rituale, die in Beerdigungen, Hochzeiten, Taufen und Konfirmationen des lutherischen Glaubens zum Ausdruck kommen, ihrer Tänze und insbesondere der Sprache gelegt. In Vila Neitzel und den anderen Orten wird Portugiesisch und Pomerano gesprochen. Tatsächlich begann man, die pommersche Sprache in den Lehrplan zu integrieren, weil die Po-

nannt Broud oder Miljabroud, also Maisbrot. Mit den Abwandlungen gibt es mittlerweile 300 verschiedene Rezepte.

Gegessen wird das sehr gerne zum Frühstück und natürlich traditionell zu allen Feierlichkeiten. Dieses Brot wird mit der Stärkung der familiären Bindungen und der Bewahrung der pommerschen Kultur in Verbindung gebracht.

Trachten und Musik

Diese Familienveranstaltungen rund um die Brote wurden von der pommerschen

es tatsächlich gelingt, die jungen Leute dafür zu begeistern.

Einmal im Jahr, in der ersten Augustwoche, ist die Gelegenheit da, die gesamte Bandbreite pommerscher Kultur zu zeigen. Dann findet das Festival Pomerana de Itueta statt. Zur Eröffnung des Festes gibt es stets eine Parade, die durch die Hauptstraße von Vila Neitzel zieht, dabei sind auch Wagen mit lokalen Produkten, welche die Vielfalt der lokalen Erzeugnisse zeigen. Auch dürfen Königin und Prinzessinnen der Festa Pomerana nicht feh-



Umzug durch die Straßen von Vila Neitzel: Eine pommersche Hochzeit ist auch dabei



Immer schön anzusehen: Traditionelle Trachten bestimmen das Bild

ren Lebens- und Arbeitsbedingungen. Sie siedelten zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Norden von Itueta. Während und nach dem Ersten Weltkrieg kamen neue Einwanderer aus Pommern hinzu. So entstanden mehrere kleine, ländliche Gemeinden ganz in der Nähe von Flussläufen und Seen, weil Wasser für die landwirtschaftlichen Betriebe essentiell war.

Größte pommersche Gemeinde

Heute leben in den pommerschen Dörfern und Städten von Itueta noch zirka 2000 Nachkommen pommerscher Einwanderer. Interessant ist die Entstehung der Ortsnamen. Die größte Gemeinde im Bereich Itueta ist Vila Neitzel, benannt nach dem Pommern Henrique Neitzel, der sich um 1920 in der Region niederließ.

meranos ein Volk sind, das seine Geschichte und seine Herkunft schätzt und bewahren möchte.

Pommersche Küche

Dazu gehört auch das Brotbacken nach traditioneller typisch deutscher und pommerscher Art, doch man musste Rezepte anpassen. Den Weizen, den es zur Zeit der pommerschen Besiedelung in der Region nicht gab, ersetzt man durch Maismehl. Gebacken wird das Brot in einem Holzofen in geformten Bananenblättern, da es damals keine Backformen gab.

Darüber hinaus enthält der Teig auch Maniok, Yamswurzeln, Kartoffeln, und um ihn noch süßer zu machen wird auch Banane hinzugefügt. So entstand ein traditionelles, aber abgewandeltes Brot, ge-

Gemeinde Vila Neitzel „Festa do Brote“ genannt. Dabei sprechen die Ältesten stets Pomerano und wecken so das Interesse von Kindern und Jugendlichen an der Muttersprache ihres Volkes.

Aus der Idee heraus, die pommersche Kultur in allen Bereichen in einem Fest zusammenzuführen, entstand die „Festa Pomerana de Itueta“ mit traditioneller Küche, Volkstänzen in überlieferten Trachten nach Musik, wie man sie auch in der Heimat Pommern pflegte, und Festlichkeiten im Jahresverlauf. Es gründete sich eine Volkstanzgruppe, die aus 15 Paaren im Alter von 15 bis 30 Jahren besteht.

Zunächst erfolgte jegliche Unterstützung auf privater Basis, mittlerweile wird die Gruppe auch von der öffentlichen Hand gefördert. Man ist stolz darauf, dass

len. Die Besucher erwartet stets ein Feuerwerk von Darbietungen unterschiedlicher Art, denn längst ist das Fest auch Anziehungspunkt für Auftritte weiterer Trachten- und Musikgruppen geworden. Geschmückt ist der Ort in den pommerschen Farben blau/weiß und mit den Wappen einheimischer Familien.

Gezeigt werden auch historische Fotos und Gegenstände der Einwanderer, die von einer schweren Anfangszeit zeugen, die aber zur Identität der pommerschen Familien zählen. Für die Besucher ist es eine wunderbare Gelegenheit, in die ganz andere Kultur der Pomeranos in Brasilien einzutauchen, die seit Generationen ihre pommerschen Wurzeln nicht vergessen haben, sich andererseits aber in das Leben Brasiliens integriert haben.

VOLKSKUNST

Kostbare Kugeln für den Weihnachtsbaum

Individuelle Handarbeit macht jede Kugel zu einem wunderschönen Unikat

Ein ganz besonderes Hobby betreibt Dagmar Basener aus Sassnitz auf der Insel Rügen. Weihnachtskugeln haben es ihr angetan.

Schon Wochen vor dem Fest hat sie begonnen, schwarze Kugeln bunt zu dekorieren, auf ihre ganz eigene Art. Die Idee dazu folgt aber keiner Vorlage, sondern eher einem Gefühl. Dass die gelernte Floristin dabei auch Blumen im Kopf hat, liegt auf der Hand. Andererseits haben die fertigen Weihnachtskugeln mit ihren eher ungewöhnlichen und fantasievollen Verzierungen, die aus Acrylfarbe sind, auch wieder etwas Volkstümliches.

Zum kunsthandwerklichen Malen ist die Rügänerin allerdings eher durch Zufall gekommen. Angefangen hatte alles vor etwa zehn Jahren mit dem Verzieren von Steinen. Um sich abzulenken und eine Abwechslung zu haben, wie sie sagt. Weiter ging es dann bei ihr mit Ostereiern, und nun also die Kugeln.



Kleine kostbare Kunstwerke entstehen: Dagmar Basener kreiert einzigartige Unikate

Diese heben sich sowohl durch Farbe als auch Dekoration komplett von bis dahin Bekanntem ab. Und weil sie sich so,

wie sie am Ende sind, auch erst beim Malen entwickeln, ist jede dieser Kugeln einzigartig und wahrscheinlich auch unbe-

zahlbar – denn für Basener sind die Kugeln zuallererst einmal Ausgleich für sich selbst. Erst einmal geht es „um die Kugel“ und zu deren Gestaltung mit sogenannten Painting-Stiften wird auch nicht auf die Uhr geschaut. Ja, Kugeln dieser Art können schon mal einige Stunden in Anspruch nehmen, bis sie den Vorstellungen ihrer Schöpferin entsprechen.

Ihre Vorfahren stammen übrigens aus Hackenwalde bei Gollnow. Ob sie ihnen ihr Talent zu verdanken hat? Das weiß sie auch nicht so genau. Sie selbst sagt von sich, dass sie eigentlich gar nicht malen könne. Die Blumenmotive aber hätte sie sich über Jahre in kleinen Schritten erarbeitet. Nun ist ihre Mutter ihr größter Fan. Vielleicht auch, weil sie bis dahin gar nicht wusste, dass überhaupt irgendein Talent in ihrer Tochter schlummern würde. – Nun weiß sie es! *Torsten Seegert*

● Facebook-Seite: **Daggi's bunte Welt**

● MELDUNGEN

UNESCO, Hochzeitsvilla und Quempas

Stettiner Haff-Horst – Die direkt am Stettiner Haff gelegene ehemalige Villa des Mediziners Georg Wegner (1843–1917), heute als „Schloss Manowce“ bezeichnet, wurde als herausragender Hochzeitsort in malerischer Lage mit dem Titel „European Best Wedding Venue“ ausgezeichnet. *TS*

Stralsund/Lübeck – Die Urkunden zum „Stralsunder Frieden“ (1370) wurden in das Register des UNESCO-Programms „Memory of the World“ aufgenommen. Die Anerkennung dafür wurde am 1. Dezember in der Hansestadt Lübeck überreicht. Für die Hansestadt Stralsund sind es die Stralsunder Friedensurkunden von 1370. Die stellvertretende Präsidentin der Bürgerschaft, Maria Quintana Schmidt, nahm dafür das Zertifikat aus den Händen der deutschen UNESCO-Kommission entgegen. *TS*

Rummelsburg – Das in der Zeit vom 8. bis 11. Dezember geplante traditionelle Quempassingen – die „Rummelsburger Frühkirche“ – fällt in diesem Jahr krankheitsbedingt aus. Damit wird das gewohnte „Quem pastores laudaver“ nicht aus den vier Ecken der Stadtkirche erklingen. *TS*

Stralsund – Der 1. Dezember steht für einen Meilenstein bei Sanierung der „Gorch Fock 1“. Mit diesem Tag sind 70 Quadratmeter Außenhaut getauscht, und ein großes Segment wurde eingesetzt. Das musste auf Höhe des Maschinenraums herausgeschnitten werden, um große Motoren aus dem Schiffsinnen nach draußen befördern zu können. Parallel laufen Reparaturen an den Schotten, weitere Decks werden erneuert, und am Boden wird die Takelage montiert. *HS*

● Tipp

Pommersche Christrose



FOTO: SEEGERT

Was wird benötigt? Ein Weinglas. Etwa 50 rote vorgefertigte Rosenblätter sowie drei große Blätter aus Seidenpapier, etwas Klebstoff und ein Teelicht. So wird es gemacht: Die roten Blätter werden in Lagen etwa 15, dann 14, dann 13, dann neun auf das Weinglas so geklebt, sodass eine Blüte entsteht. Das Teelicht gibt der Blüte ihr inneres Licht.

Die Überlieferung: Zur Zeit der Christianisierung Pommerns wurde ein gläubiger Christ an einen heidnischen Priester verraten. Der Alte wurde festgesetzt und zum Tode verurteilt. Da es jedoch der Heiligabend war, verhöhnte man den Mann: Wenn über Nacht in der bitteren Kälte Blumen erblühten, würde er begnadigt. Seine nächtlichen Gebete blieben nicht unerhört: Am Morgen standen unter der Eiche, an der er gehängt werden sollte, rote Christrosen. *TS*

„Deutschland wird sich wohl nie ändern“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Der Donnerstag ist für mich ein Wochenhighlight! Bei der PAZ wird unabhängiger Journalismus gelebt – heutzutage eine Rarität“

Gisela Löffelmacher,
Flensburg



Ausgabe Nr. 47

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EIN KRIEG OHNE ENDE
ZU: ES FÄLLT AUSEINANDER, WAS NIE ZUSAMMENGEHÖRTE (NR. 46)

Die PAZ ist eine Zeitung, die man lesen kann, um wirklich aufgeklärt zu sein und über das Geschehen in Deutschland Bescheid zu wissen. Danke für eure Mühen, viele Dinge zu schreiben, die wir eigentlich gar nicht wissen sollen.

Langsam empfinde ich die Themen dieser Zeit als Krieg ohne Ende. Ich glaube aber, der sollte schnellstens beendet werden. Wir können fremde Völker nicht erziehen wollen und ändern sie auch nicht. Wir müssen ihnen auch keine Bühne bieten für ihre Kriege, die sie bei uns führen wollen, dafür sind unsere Straßen und Plätze nicht da. Jedes Kriegsgeschehen ist unkontrollierbar und lenkt uns in Deutschland vom eigentlichen Problem ab. Es ist auch so gewollt von unseren Medien. Man spielt mit dem gesunden Menschenverstand bei Blicken in die sinnlos zerstörten Regionen und totenleiden Menschen. Wir haben aber selbst Probleme und werden das, was wir jetzt tun, unseren Kindern und Enkelkindern aufbürden müssen.

Wir sind mit der Ampel an einem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ende angekommen und möchten nicht darüber sprechen. Anstatt den Krieg in unsere Städte und Dörfer zu verlegen, sollten wir uns auf die Verteidigungsbereitschaft unseres Landes besinnen, unsere Kinder- und Jugendarbeit im Blickfeld haben, auch alte und hilflose Menschen nicht vergessen. Jedoch nicht darüber nächtelang reden, sondern handeln.

Man muss sich ja fragen, wo sind denn die Lehrer, die wir benötigen und nicht haben? Diese Zahlen lassen sich planen, was aber die Verantwortlichen wohl im richtigen Moment vergessen haben. Einer 14-jährigen Schülerin müssen die Eltern einfaches und grundlegendes Rechnen beibringen. Traurig, aber wahr. Brauchen wir unsere Jugendlichen nicht mehr? Ach ja, ich verstehe, wir haben genug fremde Menschen und keine Zeit, uns mit der Ausbildung der eignen Kinder zu beschäf-

tigen. Hoffentlich stellt das Bildungsministerium bald mal fest, dass hier etwas falsch läuft? Wie auch in unseren Pflegeeinrichtungen, wo das Personal fehlt und kein Ersatz bereitsteht. Man hat diese Menschen vergrault bei der Corona-Aktion und fängt schon wieder an, alle Bürger unseres Landes zu vernachlässigen, statt sie ganz normal zu behandeln, wenn sie krank sind. Das Personal lief weg, als es als Feind betrachtet wurde, wenn es sich nicht impfen lassen wollte.

Wie sagte schon Heinrich Heine: Denk ich an Deutschland in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht ... Hatte er nicht Recht und hatte es damals schon in Worte gefasst? Man könnte es so deuten: Deutschland wird sich wohl nie ändern.

Stefanie Riedl, Eilenburg

EHRENWERTER SCHILLER
ZU: FÜR EIN FREIES STREBEN NACH ERKENNTNIS (NR. 47)

In diesem an sich guten Artikel ausgerechnet Friedrich von Schiller – leuchtendes Beispiel für deutschen Altruismus – als materiell motivierten Wissenschaftler zu benennen, dazu gehört schon geradezu (rätselhafter) Vorsatz an Verdrehung und entwertet leider diesen ganzen Artikel.

Schiller war „dank“ Goethes Vermittlung als honorarloser Professor in Weimar angestellt, was ihn und seine Familie in große Not brachte beziehungsweise aus der bereits lange vorhandenen dadurch nicht erlöste. Eine Schande für Goethe und seinen Dienstherrn, Herzog Carl August von Sachsen-Weimar-Eisenach.

Dr. A. Schiedewitz, Bad Zwischenahn

SIE ERZÄHLEN NUR MÄRCHEN
ZUM WOCHENRÜCKBLICK: DIE TÜR EINGETRETEN (NR. 46)

Es war eine diplomatische Meisterleistung vom früheren Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, im Jahr 1989 die DDR-Flüchtlinge aus Prag herauszubringen, das damals ja noch hinter dem Eisern-

nen Vorhang lag. Er übernahm die persönliche Bürgschaft dafür, obwohl ja nicht berechenbar war, wie die Stasi-Beamten reagieren würden, und ließ die Züge bewachen. Wie hätte er das sonst machen können?

Ich wünsche mir heute einen Politiker, der persönlich bürgt für das, was er tut. Das bedeutet, Verantwortung übernehmen zu können und nicht hinterher Erinnerungslücken zu haben. Das, was im Moment passiert, ist ja ein Schleudertrauma, erst gibt es Förderungen, dann sind sie plötzlich weg. Und die FDP hat nur noch die absurde Idee, bei den sozial Schwachen zu sparen, von denen wahn-sinnig viele schon obdachlos sind, auch Rentner. Es müssen wohl viele Betriebe schon abgewandert sein, sonst lässt sich dieses Geldloch ja kaum erklären.

Aber freiwillig lassen die nicht ab von der Macht, leider. Sie werden weiter Märchen erzählen wie Honecker seinerzeit, wie Frau Merkel das tat und wie es jetzt wieder passiert. *Valentina Selge, Münster*

DEUTLICHE WARNUNGEN
ZU: ZYNISCHE WOHLFÜHL-RHETORIK (NR. 46)

Wissen Sie, wer den Begriff „islamophob“ zuerst verwendet, wenn nicht gar erfunden hat? Ayatollah Khomeini, um jedwede Kritik an sich und seinem unmenschlichen Regime zu unterdrücken. Man muss es der AfD lassen und kann sich auch ihren Erfolg erklären, dass sie tatsächlich als einzige vor der Gefahr durch den Zugang von vorwiegend jungen muslimischen Männern gewarnt hat und allem, was damit zusammenhängt. Das kann man nicht kleinreden – auch, wenn ich kein Fan der AfD bin.

Ich kenne mich mit dem Westjordanland nicht aus, aber eines sagen mir mein Herz und mein Verstand: Babys lebendig zu zerstückeln, Mädchen zu vergewaltigen, bis ihnen das Becken bricht, Kinder zu foltern und Zivilisten grausam zu massakrieren – das ist durch nichts zu rechtfertigen. Auch nicht durch Gewalt, die

andere im Westjordanland tatsächlich oder angeblich verüben.

Wer schon einmal eine KZ-Gedenkstätte besucht hat, fragt sich, wo da der Unterschied zwischen den Hamas sowie auf Eseln folgenden Gaza-Bewohnern und den Nazis ist. Vielleicht, dass Letztere mit ihren Grausamkeiten nicht in der Wochenschau auf Sendung gegangen sind, sondern sie hinter Stacheldraht vor neugierigen Blicken geschützt haben.

Die offene Zurschaustellung ihrer Untaten durch die Hamas sollte der Politik ein Weckruf sein, denn Juden warnen uns, und muslimische Kinder sagten es dem Sprecher des Christlichen Kinder- und Jugendwerks „Die Arche“, Wolfgang Büscher, deutlich: Erst schneiden wir den Juden die Kehle durch, dann den Schwulen und dann den Christen.

Petra Löffler, Niefern-Öschelbronn

ES WAR DAS FRIEDLÄNDER TOR
ZU: STADTTÖRE- UND MAUERN (NR. 46)

Die Beschreibung des Bildes auf der Literatursseite ist nicht korrekt. Zu sehen ist das Friedländer Tor in Neubrandenburg von der Stadtseite und nicht ein Stadttor in Prenzlau/Uckermark.

Die Stadt Neubrandenburg gehörte zum Landesteil Mecklenburg-Strelitz. Die Wehranlage wurde kurz vor dem Dreißigjährigen Krieg gebaut. Vielleicht nur ein Versehen in Ihrem Artikel. Die Stadtbefestigungsanlage in Norddeutschland anzusiedeln ist damit auch korrekt.

Detlef Borchart, Schwerin



ANZEIGE

»Gebt mir die Kontrolle über die Währung einer Nation, dann ist es für mich gleichgültig, wer die Gesetze macht.« *Mayer Amschel Rothschild*

Wie soll ein Bankier die Macht über die Währung einer Nation bekommen, werden Sie sich jetzt fragen. Im Jahre 1913 geschah in den USA das Unglaubliche. Einem Bankenkartell, bestehend aus den weltweit führenden Bankhäusern Morgan, Rockefeller, Rothschild, Warburg und Kuhn-Loeb, gelang es in einem konspirativ vorbereiteten Handstreich, das amerikanische Parlament zu überlisten und das Federal Reserve System (Fed) ins Leben zu rufen – eine amerikanische Zentralbank. Doch diese Bank ist weder staatlich (federal) noch hat sie wirkliche Reserven. Ihr offizieller Zweck ist es, für die Stabilität des Dollars zu sorgen. Doch seit der Gründung des Fed hat der Dollar über 95 Prozent seines Wertes verloren! Sitzen dort also nur Versager, oder hat das Fed im Verborgenen vielleicht eine ganz andere Aufgabe und einen ganz anderen Sinn?

G. Edward Griffin enthüllt in diesem Buch die wahren Hintergründe über die Entstehung des Federal Reserve Systems und den eigentlichen Sinn und Zweck dieser Notenbank.

»Eine hervorragende Analyse, die das ernsthafte Interesse aller verdient. Bereiten Sie sich vor auf eine Höllenfahrt durch die Zeit und den Geist.«

Ron Paul, über 35 Jahre Mitglied des US-Kongresses und US-Präsidenten-kandidat

»Eine großartige Leistung – ein ganzer Waggon voller Geschichte, so hervorragend zusammengetragen und zugleich mit solcher Leichtigkeit geschrieben, dass ich geradezu gefangen wurde.«

Dan Smoot, Herausgeber/Chefredakteur des Dan Smoot Report

Sonderausgabe
nur 19,99 €*
statt 29,90 €



G. Edward Griffin: Die Kreatur von Jekyll Island gebunden • 704 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 990 100

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

ADVENT I

Kraft finden im gemeinsamen Gesang

Von der Kirche bis ins Stadion und von bis Berlin bis Salzburg – Immer mehr Veranstaltungen laden zum Weihnachtssingen ein

VON HELGA SCHNEHAGEN

Zur Vorweihnachtszeit gehört das Adventssingen. Davon gibt es inzwischen mannigfache Variationen. Aber das Original und große Vorbild ist das Salzburger Adventssingen. Gründer war der österreichische Volksmusiker Tobias Reiser (1907–1975). Um nach dem Zweiten Weltkrieg die Volksmusik wieder zum Leben zu erwecken, knüpfte er an die Tradition an, sich in der Adventszeit in der Stube zum gemeinsamen Singen zu treffen.

Die anfängliche weihnachtliche Singstunde wurde schnell zur Großveranstaltung. Seit 1960 geht sie um die ersten drei Adventwochenenden über die Bühne von Salzburgs Großem Festspielhaus. Dieses Jahr tragen über 150 Musikanten, Schauspieler und Hirtenkinder insgesamt 15-mal mit alpenländischen Weisen und weihnachtlichen Klängen die adventliche Stimmung in die Herzen des Publikums. Über zwei Millionen Zuschauer aus 38 Ländern sollen sich seit der Gründung 1946 bereits davon auf die Heilige Nacht haben einstimmen lassen (www.salzburgeradventssingen.at).

Auch Wien besitzt mit der Gala „Christmas in Vienna“ seit über 30 Jahren eine solche Traditionsveranstaltung. 1992 auf Einladung von Plácido Domingo ins Leben gerufen, begeistern Klassik-Stars das Publikum im Wiener Konzerthaus. Auf der diesjährigen Besetzungsliste stehen neben dem ORF-Radio-Symphonieorchester Wien und bewährten Solisten die Wiener Sängerknaben, Wiener Chormädchen und die Wiener Singakademie. Vorpremiere ist am 15. Dezember, die Gala am 16. Dezember. Wer nicht live dabei ist, kann die Veranstaltung am Bildschirm verfolgen. Ein Geschenktipp sind die CDs der vergangenen Jahre (www.christmasinvienna.com).

Der Stephansdom war Schauplatz des Wiener Advent der Wiener Symphoniker, als sie zusammen mit dem Singverein der Gesellschaft der Musikfreunde und Gesangsolisten am 7. Dezember aufspielten. „Mehr Adventstimmung, mehr Wien und mehr Besinnlichkeit gehen nicht“,



Ausverkauft: Im Vorjahr sangen sich 28.000 Fans von Union Berlin in der Alten Försterei in Weihnachtsstimmung Foto: pa

versprach die Ankündigung (www.wienersymphoniker.at).

Auch hierzulande wird viel geboten. Besonders in Berlin werden Groß und Klein an prominenten Orten aufgefordert, selber mitzusingen. Unter dem Motto „Wir sagen euch an den lieben Advent“ – Adventslieder zum Mitsingen – machte die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche bereits am ersten Advent den Auftakt (www.gedaechtniskirche-berlin.de). Darauf folgt am 2. Advent von 18 bis 19 Uhr „Offenes Adventsliedersingen“ im Berliner Dom zusammen mit dem Auswahlchor der Berliner Domkantorei unter Leitung von Domkantor Adrian Büttemeyer (www.berlinerdom.de).

Zum virtuosen Spiel des Berliner Residenz Ensembles unter der Leitung von Alexandra Rossmann laden die glanzvollen barocken Adventskonzerte in der Großen Orangerie von Schloss Charlottenburg ein. Neben dem Herz und Seele tief-

finden „Adagio“ von Tommaso Albinoni zaubern Arien aus Georg Friedrich Händels Oratorium „Der Messias“ eine friedvolle und herzerwärmende Stimmung in das königliche Gewächshaus. Termin: 10. und 17. Dezember, jeweils um 17 Uhr (www.residenzkonzerte.berlin).

Comedian Harmonists singen wieder

Große Töne für junge Menschen versprach bereits am 7. Dezember das Kinderkonzert „Singt mit!“ der Komischen Oper Berlin. Im Großen Saal des Schillertheaters durfte der Nachwuchs gemeinsam mit dem hauseigenen Kinderchor, Solisten und Musikern bekannte und unbekannte Weihnachtslieder singen, damit sich alle fröhlich gestimmt und beseelt vom Gemeinschaftsgefühl auf Weihnachten freuen können (www.komische-oper-berlin.de).

Traditionell am 3. Advent lädt das Kesselhaus der Kulturbrauerei um

16 Uhr zum Weihnachts-Singen im Kiez, um mit der ganzen Familie voller Inbrunst Weihnachten herbeizusingen, ganz nach dem Motto „Gemeinsam singen macht glücklich!“ Eingeleitet wird der Nachmittag mit wechselnden Vorsängern oder Chören, darunter erneut der Chor der Berliner Stage Company, ein Musicalverein aus dem Prenzlauer Berg, der mit viel Spaß und Engagement Shows für alle Altersgruppen produziert. Die Weihnachtsliedtexte werden gut lesbar auf einer großen Leinwand gezeigt.

Schon Tradition hat auch das Adventssingen der „Berlin Comedian Harmonists“, einer Revival-Gruppe des legendären Vokalensembles aus den 1930er Jahren. Bei „Advent, Advent, ein Lichtlein brennt ...“ erklingen bekannte wie auch weniger bekannte Weihnachtslieder im humorvollen Stil mit unvergänglichen Hits wie „Veronika, der Lenz ist da“ und „Mein kleiner grüner Kaktus“. Schauplatz

der Sonderveranstaltung ist die Komödie am Kurfürstendamm im Theater am Potsdamer Platz am 16. Dezember um 15 Uhr (www.komoedie-berlin.de).

Alljährlich lockt das Weihnachtssingen vom Fußballbundesligisten 1. FC Union Berlin tausende Fans in das Stadion an der Alten Försterei, dieses Mal am 23. Dezember. Der mittlerweile über die Landesgrenzen bekannte Weihnachtsschor wurde im Jahr 2003 durch 89 Anhänger vom Fan-Club „Alt-Unioner“ gegründet. Damals trafen sich die Freunde an der Mittellinie des Stadions in Köpenick, um nach mäßig erfolgreicher Hinrunde ihres Vereins zu nächtllicher Stunde Kraft im gemeinsamen Gesang von Weihnachtsliedern zu finden (www.fc-union-berlin.de).

Die Idee hat längst bei anderen Vereinen der drei höchsten Fußball-Ligen glühende Nachahmer gefunden. Zur Premiere im Kölner Rhein-Energie-Stadion kamen 2015 auf Anhieb 32.000 Weihnachtslieder. Dieses Jahr will man das am 23. Dezember überbieten. In Aachen verspricht die Resonanz beim Weihnachtssingen auf dem Tivoli am 17. Dezember ähnlich beeindruckend zu werden. Im Rudolf-Harbig-Stadion sangen 2015 erstmals die Dresdner zur Weihnacht mit dem berühmten Kreuzchor, und jetzt wieder am 21. Dezember. In Dortmund stimmten sich 2017 erstmals 30.000 Anhänger von Borussia Dortmund auf Weihnachten ein. Die rund 70.000 Tickets für den 17. Dezember sind lange ausverkauft.

In München treffen sich die 1860-Fans schon seit 2013 an der Grünwalder Straße zum Adventssingen, und dieses Mal am 15. Dezember. Beim Weihnachtssingen in der Leipziger Red-Bull-Arena bestimmen die Gewandhaus-Chöre maßgeblich das Programm (10. Dezember). In Magdeburg ist die MDCC-Arena Austragungsort des massenhaften Weihnachtssingens und in Nürnberg das Max-Morlock-Stadion, beide jeweils am 23. Dezember. Bleibt zu hoffen, dass die Stimmen fürs familiäre Singen unterm Weihnachtsbaum dann nicht allzu heiser geworden sind.

● Weitere Veranstaltungen: www.visitberlin.de/de/weihnachts-events-berlin

ADVENT II

Weihnachten bei den Hohenzollern

Ein Schloss zur Bescherung – Veranstaltungen zur Advents- und Weihnachtszeit in den preußischen Schlössern und Gärten

Auch in diesem Jahr lockt die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) ihre Besucher wieder mit stimmungsvollen Erlebnissen während der Advents- und Weihnachtszeit in die preußischen Schlösser.

So finden am Schloss Charlottenburg noch bis 31. Dezember und am Jagdschloss Grunewald am zweiten Adventswochenende Weihnachtsmärkte in historischer Umgebung statt. Grunewald öffnet seinen Markt erstmals wieder nach drei Jahren Pause. Hier mischen sich Märchenfiguren wie Frau Holle, Hänsel und Gretel sowie der Froschkönig leibhaftig unter die Besucher und sorgen neben einem kleinen musikalischen Bühnenprogramm für Unterhaltung. Ab einbrechender Dunkelheit werden die Besucher von historisch gekleideten Nachtwächtern bis zum Bus in die Clayallee begleitet.

Das Neue Palais in Potsdam bietet an Wochenenden bis zum 6. Januar Weihnachtsführungen mit Punsch und Glüh-

wein an. Der Grottenaal bot an Heiligabend ein einzigartiges Bild. Das Kerzenlicht der Kronleuchter und Wandbranchen brachte die mit Kristallen und edlen Steinen dekorierten Wände zum Funkeln. In dem von Friedrich dem Großen gestalteten Gartensaal beging Kaiser Wilhelm II. mit seiner Familie in den Jahren von 1889 bis 1917 das Weihnachtsfest. Prinzessin Victoria Luise bezeichnete die Feierlichkeiten als Höhepunkt des Familienlebens. Im Fokus dieser Führung steht die kaiserliche Nutzung des Hauses.

Eine Führung im Schloss Charlottenburg steht am 13. Dezember um 15 Uhr unter dem Motto „Weihnachten im Hohenzollernhaus“. Ausgehend von den Berliner Weihnachtsbräuchen werden die spezifischen Rituale und Festabläufe im preußischen Herrscherhaus vorgestellt. Wie feierten die Hohenzollern im 18. und 19. Jahrhundert die Geburt Christi, und welche Rolle spielte die Bescherung in den von Tradition und Etikette bestimm-

ten Grenzen des Hofzeremoniells? Nikolaus und Weihnachtsmann traten nicht auf, aber ein Tannenbaum gehörte als Hauptrequisit bereits dazu.



Festlich illuminiert: Schloss Charlottenburg

Auch Schloss Königs Wusterhausen bietet am 16. Dezember von 10 bis 18 Uhr „Königliche Weihnachts“-Führungen an, darunter um 15 Uhr eine Kostümführung mit einem König Friedrich Wilhelm I. und einer Königin Sophie Dorothea. 1698 erhielt der zehnjährige Kronprinz Friedrich Wilhelm (1688–1740) das Schloss Königs Wusterhausen von seinen Eltern als Weihnachtsgeschenk.

Familien mit Kindern ab sechs Jahren kommen im Jagdschloss Grunewald und im Schloss Charlottenburg jeweils am 17. Dezember auf ihre Kosten. In Grunewald wird um 11 Uhr mit „Waldemars Weihnachts-Special“ eine Geschichte um Schlossgeist Waldemar geboten. Und in Charlottenburg geht es um 13 und 15 Uhr ums „Feiern und Schenken“. Bei der Führung durch ausgewählte Räume erfährt man mehr über die Geschichte des Weihnachtsfestes in Berlin und erhält Einblicke in die Vergangenheit des Schlosses Charlottenburg, das vor allem im 18. Jahr-

hundert ein beliebter Ort für Festlichkeiten war.

Im Rahmen der „Paretzer Dorfweihnacht“ kann das Schloss Paretz in der Zeit von 10 bis 16 Uhr mit Führung, aber auch individuell besichtigt werden. Es finden Sonderführungen im Schloss und in der Schlossremise statt. Wer Freude an selbst hergestellten Weihnachtsgeschenken hat, ist eingeladen, an der offenen Veranstaltung „Der Scherenschnitt“ teilzunehmen. Der Scherenschnitt, auch Scherenschnitt genannt, ist ein altes chinesisches Kunsthandwerk, das in Deutschland vor allem zur Goethezeit sehr beliebt war. Im Schloss Paretz können Groß und Klein unter Anleitung von Restaurator Dietrich Richter besonders schöne Weihnachtskarten oder ein Porträt in der Technik des Scherenschnittes anfertigen. In der Zeit von 13 bis 16 Uhr kann jeder auch spontan vorbeikommen.

H. Tewes

● www.spsg.de/weihnachten

● FÜR SIE GELESEN

Geschichten aus aller Welt

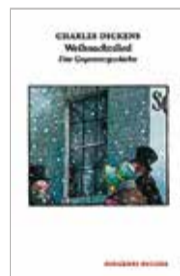
Elke Ritzlmayr hat in dem Sammelband „Fröhliche Weihnacht überall“ 26 weihnachtliche Geschichten aus aller Herren Länder zusammengetragen. Die Auswahl ist ihr gelungen. Das dänische Kunstmärchen „Der Tannenbaum“ von Hans Christian Andersen wird umrahmt von einem Weihnachtsfest in New York von Jeanette Winter und Washington Irving, „Weihnachten“ in England, gefolgt von Ingrid Nolls „Weihnachten in China“ und vielen anderen im besten Sinne weihnachtlichen Geschichten aus viele Ländern und Landstrichen. CRS



Elke Ritzlmayr: „Fröhliche Weihnacht überall“, Diogenes Verlag, Zürich 2023, gebunden, 267 Seiten, 14 Euro

Immer wieder gespenstisch gut

Wer kennt die Geschichte vom Geizhals Ebenezer Scrooge nicht, der sich zu einem Freund der Menschen wandelt? Charles Dickens' „Weihnachtslied“ gehört zu Weihnachten wie das „Dinner for One“ zu Silvester. Allerdings kommt bei der Weihnachtsgeschichte keine Verfilmung an Dickens Text heran. Der Diogenes Verlag hat die Gespenstergeschichte aus dem Jahr 1843 in der hervorragenden Übersetzung von Melanie Walz einer kleinen handlichen Deluxe-Edition mit Lesebändchen, Zeichnungen von Tatjana Hauptmann und einem Nachwort von John Irving herausgegeben. CRS



Charles Dickens: „Weihnachtslied. Eine Gespenstergeschichte“, Diogenes Verlag, Zürich, 2023, gebunden, 191 Seiten, 12 Euro

Eher heiter als besinnlich

21 Gute-Laune-Weihnachtsgeschichten von Autoren wie Ewald Arenz, Ulrike Herwig und Horst Ewers hat Karoline Adler in „Nächstes Jahr schenken wir uns nichts“ zusammengestellt. Bei manchen Geschichten bleibt einem das Lachen bitterböse im Hals stecken, andere sind einfach nur unterhaltsam. Für die Kurzweile zu Weihnachten sind die Geschichten bestens geeignet. Etwas befremdlich wirkt vielleicht ein Nusskuchenrezept, das man in so einer Sammlung eher nicht erwartet, leider ist es auch sehr schwer lesbar gedruckt, aber Stolpersteine machen das Leben interessant. CRS



Karoline Adler: „Nächstes Jahr schenken wir uns nichts“, dtv, München 2023, gebunden, 255 Seiten, 12 Euro

BILDBAND DER WOCHE

Kochen fürs Fest

Die erfolgreiche Kochbuchautorin Donna Hay stellt in „Weihnachten. Festlich genießen“ ihre Lieblingsgerichte aus der traditionellen Festtagsküche in neuen Variationen vor



FOTO: SHUTTERSTOCK

Fantastische Aufnahmen von klassischen Gerichten wie Truthahn, Ente oder Glasierter Schinken präsentiert die Kochbuchautorin Donna Hay in ihrem aktuellen Festtagskochbuch „Weihnachten“. Ihr Markenzeichen

sind einfache Rezepte, die jedem nach Anleitung gelingen. Sie greift dabei auf alte Traditionen zurück und zeigt moderne Variationen der Festtagsklassiker, gepaart mit Ideen zu ausgefallenen Dekorationen. MRK



Donna Hay: „Weihnachten. Festlich genießen“, at Verlag, Aarau und München 2023, gebunden, 273 Seiten, 37 Euro

ANTISEMITISMUS

Warum Moslems Juden hassen

Der Algerier Abdel-Hakim Ourghi widerlegt die These von der friedlichen Koexistenz – Mohammeds Hetze als Geburtsstunde des politischen Islam

VON BODO BOST

Abdel-Hakim Ourghi, Islamwissenschaftler an der Pädagogischen Hochschule Freiburg, ist in Algerien mit dem Hass auf die Juden großgeworden, obwohl es dort seit dem Abzug der Franzosen 1962 keine Juden mehr gab. Auch ohne Juden wuchs und wächst der arabische Antisemitismus, weil er seine religiöse Grundlage im Koran, dem heiligen Buch der Muslime hat. Dies belegt Ourghi in seinem neuesten Buch „Die Juden im Koran“. Der Mythos von dem friedlichen Islam und der friedlichen Koexistenz, etwa in Al-Andaluz, zwischen beiden Religionen, gehört zu den jahrhundertlang gepflegten Lebenslügen des Islam. Sie reicht mit großer Wirkmacht bis in die Gegenwart.

Der europäische Antisemitismus war nicht Wurzel und Quelle des arabischen Antisemitismus, wie in gegenwärtigen Diskursen oft behauptet wird. Juden gab es auf der arabischen Halbinsel seit der Antike, im Jemen und auch in Äthiopien hatte es sogar schon vor dem Islam jüdische Herrschaften gegeben, mit denen die vorislamischen Araber in Frieden und Harmonie lebten. Dies war auch in den ersten Jahren von Mohammeds Predigt in Mekka so. Als die Juden jedoch Mohammed als Schwindler zu verspotten begannen, weil sie viele seiner Koranverse aus ihrer heiligen Schrift der Thora kannten, ging der selbsternannte Prophet nach Medina, wo noch mehr Juden lebten als in Mekka. Dort hetzte Mohammed die verschiedenen Stämme ge-

geneinander auf, laut Ourghi „die Geburtsstunde des politischen Islam“. Mohammed verlangte jetzt die Unterwerfung unter seine Offenbarung und unter das Schwert. Die drei jüdischen Stämme aus Medina flüchteten in Oasen wie Chaibar. Dort wurden sie grausam ermordet, wenn sie den Islam nicht annahmen.

Der heutige islamische Antisemitismus knüpfte bewusst an das blutige anti-jüdische Kapitel der islamischen Frühgeschichte an. Wie damals machten auch die heutigen islamischen Judenverfolger ihre jüdischen Opfer für die Verfolgung verantwortlich. Die Entstehung des Staats Israel verstärkte den koranischen Antisemitismus. Für viele arabische Autokraten im Nahen Osten wurden Israelis und Juden die Sündenböcke für alles, vor allem für die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Missstände in ihren Ländern.

Auch eine „nur politische Lösung des Nahostkonflikts“ werde deshalb den islamischen Antisemitismus nicht beenden, betont Ourghi. Ohne Kritik am politisch-juristischen Koran und den politischen „Propheten“ könne es in einer zunehmend pluralen Religionsituation im Nahen Osten keinen Frieden geben.



Abdel-Hakim Ourghi: „Die Juden im Koran. Ein Zerrbild mit fatalen Folgen“, Claudius Verlag, München 2023, broschiert, 264 Seiten, 26 Euro

FLUCHT UND VERTREIBUNG

Von Rosenthal nach Klinghart

Christiane Hoffmann versucht, die Gefühle der Flüchtlinge von 1945 nachzuempfinden indem sie den Fluchtweg des Vaters zu Fuß abläuft

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Zu Fuß? Allein? – „Zu Fuß. Allein!“. Dieses Frage- und Antwortspiel zieht sich wie ein roter Faden durch Christiane Hoffmanns Buch „Alles, was wir nicht erinnern. Zu Fuß auf dem Fluchtweg meines Vaters“. Hoffmann ist die Tochter zweier Flüchtlingskinder, der Vater stammte aus Schlesien, die Mutter aus Ostpreußen. Die Journalistin arbeitete 20 Jahre lang für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, sie war stellvertretende Leiterin im Hauptstadtbüro des „Spiegel“, und seit 2022 ist sie erste stellvertretende Sprecherin der Bundesregierung.

Nach dem Tod des Vaters, der trotz seiner langjährigen Krankheit für die Tochter unerwartet und zu früh kam – zu viele Fragen waren nicht gestellt, zu wenige Antworten gegeben worden – entschließt Hoffmann sich dazu, den Fluchtweg des Vaters zu Fuß abzulaufen.

Im Januar 1945 musste die Familie ihr niederschlesisches Heimatdorf Rosenthal vor der anrückenden russischen Armee verlassen. Die verlorene Heimat bleibt in der Familie gegenwärtig und auch wieder nicht, weil über vieles nicht gesprochen wird. Wichtiger ist es vor allem dem Vater, sich in der neuen Heimat im schleswig-holsteinischen Wedel zu integrieren. Er gibt sich stets fröhlich. Und doch bleibt Rosenthal ein Thema, wovon auch die zahlreichen Besuche in der heute polnischen Heimat zeugen. Zum ersten Mal reist die Autorin als Kind mit ihren Eltern

nach Schlesien. Sie spürt die gleichzeitige Freude und Enttäuschung der Erwachsenen. Von den heutigen Bewohnern werden sie freundlich empfangen. Obwohl es möglich ist, in die Heimat zu reisen, heilt das den erlittenen Verlust nicht.

Dass Kriegstraumata vererbt werden können, ist inzwischen wissenschaftlich bewiesen. Auch Hoffmann spürte stets etwas von diesem Trauma in sich. Um es besser verstehen und verarbeiten zu können, nahm sie 75 Jahre nach Kriegsende den mehr als 500 Kilometer langen Fluchtweg von Rosenthal bis nach Klinghart im Egerland auf sich und übernachtete an den jeweiligen Zwischenstationen der Flüchtlinge von damals. Unterwegs traf sie nur vereinzelt auf Menschen, die sich noch an die Vertriebenen erinnern. Allein auf endlosen Landstraßen sinnierte sie über Vergangenheit und Gegenwart.

Es ist ein sehr persönliches Buch und in einer literarischen Sprache geschrieben. Häufige Perspektivenwechsel und Gedankensprünge sowie verwobene Handlungsstränge erschweren zuweilen den Lesefluss. Ob die Autorin die gewünschten Antworten auf ihre Fragen gefunden hat, bleibt offen.



Christiane Hoffmann: „Alles, was wir nicht erinnern. Zu Fuß auf dem Fluchtweg meines Vaters“, dtv Verlag, München 2023, Taschenbuch, 275 Seiten, 15 Euro

BARMHERZIGKEIT IN OSTPREUSSEN

Mit übermenschlichen Kräften und dienender Liebe

Im Jahr 1850 wurde in Königsberg das evangelische Diakonissen-Mutterhaus eröffnet – Freundeskreis pflegt das Erbe

VON JÖRN PEKRUL

Königsberg hat eine Stadtgeschichte, deren mannigfaltige Verästelungen kaum anderswo zu finden sind. Eine Metapher aus dem lokalen Alltag, genauer gesagt vom Oberteich, führt hin zu einer Saga von übermenschlichen Kräften und dienender Liebe zugleich. Ausgangspunkt ist der Dohnaturm.

Dieser Artikel will die Aufmerksamkeit lenken auf die Gräfinnen Clara (1818–1862) und Magda (1817–1894) zu Dohna-Schlobitten. Die jungen Frauen, Töchter des seinerzeitigen Generals von Königsberg, Friedrich zu Dohna-Schlobitten (1784–1859), machten im Vormärz Bekanntheit mit dem evangelischen Pfarrer Theodor Fliedner (1800–1864). Es war die Zeit eines gesellschaftlichen Umbruchs. Die Frühindustrialisierung führte zu Krisen im Handwerk und in der Landwirtschaft. Breite Massen verarmten und trugen zu einem gesellschaftlichen Wandel bei, der auch alte Autoritäten von Thron und Kirche infrage stellte. In der Mitte des 19. Jahrhunderts erfolgte eine Rückbesinnung. Gemeinnützige Ideen entwickelten sich aus den Kirchengemeinden, und oft traten pietistisch geprägte Erweckungsbewegungen hinzu.

Pfarrer Theodor Fliedner sah die Lösung der sozialen Frage nicht in politischen Umbrüchen, sondern im christlichen Sittengesetz der „dienenden Liebe“. Angesichts der katastrophalen Verhältnisse in den damaligen Krankenhäusern gründete er am 13. Oktober 1836 in Düsseldorf-Kaiserswerth eine „Bildungsanstalt für evangelische Pflegerinnen“. Nicht Wärter, sondern geschultes Personal sollte künftig für die Patienten sorgen. Die Bildungsanstalt wurde ein „Mutterhaus“ zur Ausbildung kompetenter Pflegerinnen. Dem Gesellschaftsbild der damaligen Zeit entsprechend, waren die Strukturen patriarchalisch, konservativ und auch autoritär. Seinerzeit versah es die nach außen auftretenden Schwestern mit Legitimation und Respekt, und viele junge Frauen wurden durch diesen Berufsweg vor sozialem Abstieg oder familiärem Notstand bewahrt. Die Ausbildung, materiell abgesichert, war anders als die industrielle Lohnarbeit und zudem in einem familienähnlichen Rahmen.

Pfarrer Fliedner überzeugte die Schwestern zu Dohna-Schlobitten

Diese Ausgangslage überzeugte auch die Schwestern zu Dohna-Schlobitten. Sie entwickelten einen Plan für ein eigenes Mutterhaus in Königsberg. Die preussische Obrigkeit war offen dafür, und auch der damalige Generalsuperintendent und ein stetig wachsender Freundeskreis führten am 18. Mai 1850 zum Ziel: Am Hinterroßgarten wurde ein Mutterhaus der evangelischen Diakonie eröffnet. Theodor Fliedner entsandte aus Kaiserswerth die ersten drei Diakonissen, die sich umgehend ans Werk machten: Sr. Wilhelmine Knocke, aus Hannover gebürtig und vorher im Krankenhaus Kreuznach tätig gewesen, wurde auch die erste Oberin (1850–1869), die den Schwestern vorstand. Alsdann Sr. Emilie Hülsberg aus Westfalen, bisher an der Charité tätig, und Sr. Julie Tiche aus Kaiserswerth, eine gebürtige Schweizerin. Von Anfang an erfuhr das Mutterhaus in Königsberg die volle Unterstützung des Herrscherhauses der Hohenzollern, das sich sehr für die öffentliche Wohlfahrt und Pflege versehrter Menschen interessierte. Die preussische Königin, später die Kaiserin, war Schirmherrin der Anstalt.



Königsberg, Hinterroßgarten 31–34: Krankenhaus der Barmherzigkeit, zugleich Diakonissen-Mutterhaus

Bereits 1856 waren 13 Schwestern und Propfleggerinnen in einem Krankenhaus mit 80 Betten tätig und versorgten etwa 1000 Patienten pro Jahr. Als Ärzte fungierten Regimentsärzte und Sanitätsoffiziere. Die Geschäftsführung wurde von einem Geistlichen absolviert, der gleichzeitig als Prediger und Seelsorger für Schwestern und Kranke wirkte und den jungen Diakonissen auch Lehrer und Erzieher war.

Zu den auswärtig wirkenden Schwestern, die in den ostpreussischen Ortschaften als „Gemeindegewesener für alles“ wirkten, hielt Fliedner durch Rundbriefe Kontakt. Auf die Ausbildung der Diakonissen wurde von Beginn an größter Wert gelegt. Beginnend mit dem Krankenpflege-Handbuch von 1832 des Königsberger Chirurgen und Hochschullehrers Johann Friedrich Dieffenbach (1792–1847) wurden stetig alle Neuerungen unterrichtet. Hinzu kamen Glaubens- und Sittenlehre, Elementarfächer, Bürgerkunde, Kirchengeschichte, Gesang und Musik, Haushaltung und eine Einführung in die Gemeindepflege. Die Schwestern lernten neben der Krankenpflege auch Hauswirtschaft und die Unterhaltung des Mutterhauses mit dem benachbarten „Krankenhaus der Barmherzigkeit“.

Erfolg im Kampf gegen die Cholera-Epidemie

Es muss eine sehr gute Versorgung gewesen sein, denn die Chroniken berichten von einem außergewöhnlichen Lob aus sicherlich berufenem Munde: 1857 wurde Königsberg von einer Cholera-Epidemie heimgesucht. Zahlreiche Bauarbeiter kamen in das Krankenhaus. Ihnen wurden für die Dauer des Aufenthaltes der Branntwein, das Rauchen und das Kartenspiel strengstens verboten. Die befürchteten Beschwerden blieben aus: Die Männer gendeten rasch, und zum Erstaunen der Schwestern fühlten sich alle sehr wohl, als sie bei der Entlassung wieder zu ihren Familien gingen.

1861 wurde der Bau erweitert. 1873 wurden Mutterhaus und Krankenhaus räumlich getrennt und Freiflächen besser ausgenutzt, 1879 wurde eine Poliklinik

eingerrichtet und in der Folge das Krankenhaus grundlegend mit Spezialabteilungen für Inneres, Chirurgie, Augen, HNO und später auch einer eigenen Frauen- und Kinderabteilung ausgestattet. 1893 wird die erste Königsbergerin als Oberin eingeführt. Sr. Rosa Bronsart von Schellendorf führt das Haus bis 1927; ihr folgt die segensreiche Sr. Renata zu Stolberg-Wernigerode. 1930 wurde der Krankenhausteil durch einen Neubau im Stil des damaligen Bauhauses ersetzt. Inzwischen gab es 574 Betten. Im Außeneinsatz betreuten 195 Gemeindegewesener 172 Gemeinden in Ostpreußen. Damit war die Provinz nahezu flächendeckend versorgt.

Dienst als Glaubens- und Lebensgemeinschaft

Die Diakonissen verstanden ihren Dienst als Glaubens- und Lebensgemeinschaft. Dem christlichen Vorbild folgend, war „dienen“ am kranken und leidenden Mitmenschen Sinn und Auftrag. Eine fünfjährige Probezeit war auch eine Zeit der Selbstprüfung, ob man dieser Selbstaufgabe gewachsen war und ob es das eigene Sein erfüllte. Es vermittelte einen Lebenssinn, den der moderne Mensch vermutlich nicht mehr nachvollziehen kann.

Eine Berufsordnung regelte Fragen des Alltags. Urlaube und Erholung waren ebenso enthalten, wurden aber nach Anordnung des Mutterhauses (sprich: der Oberin) gestaltet. Die Ausrichtung blieb konservativ und im Gehorsam, was den verantwortungsvollen Dienst am kranken Menschen am besten ausführen ließ. Durch die Protektion der Hohenzollern waren die protestantischen Mutterhäuser staatsnah, verstanden sich aber als unpolitisch. Ihre überragenden Leistungen der Pflege sollten

sich jedoch im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 und im Ersten Weltkrieg bewähren. Der Umsturz aller Lebensgewohnheiten ließ zwar nicht nur den Vorstand des Mutterhauses die Weimarer Republik mit einer gewissen Skepsis betrachten, doch es war erst nach 1933, als sich die Beziehungen zu den staatlichen Stellen drastisch verschlechterten. Viele Diakonissen wurden abgeworben, und die staatliche Schwesternschaft übernahm nun viele der Aufgaben im Außenbereich.

Das Ende von Königsberg teilten die Diakonissen mit der übrigen Bevölkerung: Tod, Verschleppung, Gewalt – als das relativ unzerstörte Krankenhaus der Barmherzigkeit von den Eroberern mutwillig in Brand gesetzt wurde, trug die damalige Oberin Renata Gräfin zu Stolberg-Wernigerode (1886–1946) selber auf ihrem schwachen Rücken polnische Typhuskranken aus dem brennenden Haus ins Freie, wie sich der große Hugo Linck in einem Bericht im *Ostpreußenblatt* vom 5. Juni 1950 erinnerte. Das „Ostpreussische Tagebuch“ von Hans Graf von Lehndorff beschreibt diese Schreckenszeit sehr anschaulich.

Sr. Renata starb noch in Königsberg nach monatelangem Siechtum am



Pfarrer Theodor Fliedner Foto: imago/AGB Photo

2. Februar 1946 in einem Kellerraum der Barmherzigkeit. Das Mutterhaus musste nach dem Krieg neu aufgebaut werden, zuerst in Berlin-Zehlendorf, dann in Nikolassee. Ende 1949 waren 636 überlebende Schwestern aus Ostpreußen verzeichnet, darunter 100 Pensionärinnen („im Feierabend“) und 19 Probeschwestern. 321 wirkten in der Westzone, die übrigen in der Ostzone. Der Wiederaufbau der Königsberger Diakonie gelang mit den Synodalverbänden der Rheinischen Kirche. Eine Ruine in Solms-Oberbiel geriet ins Blickfeld.

Diakonissen erlebten Tod, Verschleppung und Gewalt

Das dortige ehemalige Kloster Altenberg, das 1952 abgebrannt war, wurde mit Hilfe des Eigentümers Fürst von Solms-Braunfels und den Synoden von Wetzlar und Braunfels erworben und wieder aufgebaut. 1954 wurde der erste Lehrbetrieb für Haushaltsschülerinnen eingerichtet. Danach zogen die ersten „Feierabendschwestern“ ein. Der Umzug des Mutterhauses aus Berlin erfolgte Anfang 1955. Es entwickelte sich ein neues Leben, das ein Teil des nahen Wetzlars wurde.

Erst 2009, als eine schwere wirtschaftliche Krise den „Altenberg“ traf (in dem inzwischen auch viele „zivile“ Bewohner betreut wurden), musste der Betrieb aufgelöst werden. Die Insassen wurden in andere Heime der Diakonie verlegt. 2010 wurde das Mutterhaus aufgelöst, und die letzte Oberin, Sr. Hannelore Skorzynski, zog nach Wetzlar. Sie ist die neunte Oberin und wird von allen, die sie kennen, für ihren verlässlichen Führungsstil und für ihren warmherzigen und offenen Umgang zu Recht geliebt und geachtet. Sr. Hannelore steht in ehrenvoller Tradition der großen Sr. Renata Gräfin zu Stolberg-Wernigerode oder Sr. Charlotte Bamberg aus Danzig (1903–1985), die das Haus von 1952 bis 1976 vortrefflich führte. Es sei auch Sr. Elfriede Beutler gewürdigt. Sie hatte die Schrecken von Königsberg erlebt und überlebt und war 1949 als Oberin vorgesehen, zumal sie eine Nachfolgebewerberin von allen verehrten Sr. Renata hatte. Doch Sr. Elfriede erkannte nach einem langen inneren Ringen, dass ihre Kräfte für das Amt nicht ausreichten. Mit der Herkuleskraft der Demut und der ehrlichen Selbsterkenntnis trat sie zurück. Als Interimsoberein leuchtet auch ihr Beispiel in der Geschichte der Königsberger Diakonie.

Das Erbe wird gepflegt durch den Freundeskreis der Königsberger Diakonie, in dem unter anderem der geborene Königsberger Christian Wagner und viele andere Persönlichkeiten mit großem Engagement und Herzensverbundenheit „dienen“; im besten Sinne des Auftrags der Diakonissen. Der Dienst schloss nach der Grenzöffnung 1991 auch Kontakte der Freundschaft und Hilfsbereitschaft in das heutige Gebietskrankenhaus Nr. 1 in der Kaliningrader Oblast ein. Und das sei als Bestätigung gewertet.

Die Liebe über Gräber hinweg – sie konnte nur möglich werden durch das, was auch die Diakonissen gelebt haben. Sicherlich gelebt unter manchen inneren Konflikten zwischen der Unbarmherzigkeit der Pflicht und dem Wunsch nach Autonomie und die Bewusstmachung aller inneren Einflüsse und der Balance der Gewichte. Die Frauen entschieden sich für die Liebe, bis zum Äußersten. Dies zu können, gibt das zeitlose Beispiel: Egoismen bändigen, Ängste beherrschen, zur Ruhe finden, um sich dem Mitmenschen öffnen zu können. Zum Dienst aneinander. Eine Kraft göttlichen Ursprungs, die das Leben auf Erden vor dem Verlust der Humanität bewahrt.

● AUFGESCHNAPPT

Eigentlich eine nette Idee: ZDF-Wissenschaftsjournalist Harald Lesch („Lesch Kosmos“) wollte Musik von Antonio Vivaldi mit Beiträgen über die Gefahren der Klimaerwärmung würzen. Das Stück „Vivaldis Vier Jahreszeiten im Klimawandel“ sollte mit dem Merlin Ensemble Wien ins Hannoveraner Theater am Aegi locken, Termin: 3. Dezember. Doch dann schlug das Wetter dazwischen: Kältewelle und Schneefall in Bayern machten es den Wienern offenbar unmöglich, sich bis nach Norddeutschland durchzuschlagen. So ist ausgerechnet eine Veranstaltung, die vor der Aufheizung des Planeten durch das Ungestüm des Menschen warnen soll, im Frost des Winters steckengeblieben. Natürlich sagt ein einziges Wetterereignis wenig über den generellen Trend aus. Dennoch hat es immer einen gewissen Unterhaltungswert, wenn – wie hier – die schnöde Praxis der großen Theorie in die Quere kommt. Nunmehr wurde die Veranstaltung auf den 11. Mai verschoben. Die bereits verkauften Karten behalten ihre Gültigkeit. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Auf „Apollo News“ (28. November) fällt Max Roland unter dem Eindruck der Regierungserklärung von Olaf Scholz ein vernichtendes Urteil über den Kanzler:

„Er schafft es nicht mal rhetorisch den Eindruck zu erwecken, er hätte das Format, dieses Land in der Krise zu führen. Er zeigte in keinem einzigen Moment dieser Rede Größe – es waren die Worte eines gelangweilten, ideenlosen Bürokraten ... Scholz wird als schwächster, farblosester, kleinster Kanzler in die Geschichte der Republik eingehen – ihm beim Scheitern an den Maßstäben des Amtes zuzusehen, ist tragisch und tragisch für das Land.“

Der algerische Schriftsteller Boualem Sansal (74), 2011 mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet, ordnet gegenüber der „Welt“ (29. November) die schillernden Reaktionen der politischen Linken auf den Krieg in Nahost ein:

„Weil sie ihre proletarische und intellektuelle Basis verloren hat, die mit Sack und Pack zu den Rechtsextremisten übergelaufen ist, umwirbt die Linke jetzt die Muslime und Einwanderer, die islamistischen Gefährder und diejenigen, die geduldet oder ausgewiesen werden – und übernimmt deren Diskurse. Die Linke ist Babel, sie spricht nur noch in fremden Zungen. Am 7. Oktober hat sie die Barbarei der Hamas verurteilt, und schon am 8. Oktober hat sie Israel der barbarischen Okkupation bezichtigt.“

Karin Christmann bringt im „Tagesspiegel“ (2. Dezember) einen wichtigen Punkt auf, in dem sich die Bürgergeld-Debatte von der Diskussion um Hartz IV unterscheidet:

„In jedem Supermarkt, in jeder Tankstelle wird Personal gesucht. Gleichzeitig leben Millionen Menschen, die grundsätzlich sehr wohl arbeiten könnten, vom Bürgergeld. Das ist Kern des Störgeföhls. Und es ist der große sachliche Unterschied zu den Debatten der frühen Hartz-IV-Jahre, die in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit geführt wurden.“

Peter Sickinger, Bäcker aus dem Raum München, hat eine Mitarbeiterin verloren, weil sie Arbeiten für sie wegen des Bürgergelds nicht mehr lohne, obwohl er deutlich über Mindestlohn bezahle. In der BR-Sendung „quer“ (30. November) sagte er:

„Es ist eine relativ hohe Verzweiflung in der Tat ... Bei uns wird in Deutschland die Faulheit unterstützt, in jeder Hinsicht, das ist so ungerecht, so unbeschreiblich ungerecht, allen Menschen gegenüber, die einfach geordneter Arbeit nachgehen“

● WORT DER WOCHE

„Was die kommunistische Ideologie trotz brutaler Gewalt nicht erreicht hat, soll nun die Angst vor der Klimakatastrophe schaffen. Sie haben nur ihr Narrativ geändert, das Ziel ist geblieben.“

Peter Schewe im Blog von Vera Lengsfeld am 1. Dezember

DER WOCHENRÜCKBLICK

Adabei in Dubai

Wie am Persischen Golf der Tourismus boomt, und was zu Hause derweil schiefgelaufen ist

VON HANS HECKEL

Wo waren eigentlich die „Aktivisten“ der „Letzten Generation“, die im vergangenen Juni auf Sylt ein Privatflugzeug mit oranger Farbe vollgespritzt haben? In Dubai hätten sie fette Beute machen können, wo in den kommenden Tagen das weltweit größte Privatjet-Treffen dieses Jahres zu Ende geht. Die noble Sause wird vornehm als „Weltklimagipfel“ etikettiert.

Der schicke Titel bedeutet vor allem, dass man es hier endlich mal nicht so genau nehmen muss mit dem ständig geforderten Verzicht auf eine „klimaschädliche Lebensführung“. Denn man produziert das viele CO₂ auf dem Flug ins Emirat ja nur, um weniger CO₂ produzieren zu lassen, also von den anderen. So durfte auch Luisa Neubauer nach Dubai jetten. Die Anführerin der deutschen Sektion von „Fridays for Future“ ist mehr als 6000 Kilometer hin und her geflogen, um unter Palmen ein Pappschild hochzuhalten.

Dass mit den Arabischen Emiraten ausgerechnet eines der größten Ölförderländer der Welt zum Gastgeber des Klimagipfels erkornt wurde, löste im Vorfeld hier und da Magengrummeln aus. Aber die Scheichs geloben, dass sie von dem schwarzen Zeug ja loskommen und stattdessen mehr Geld mit Tourismus verdienen wollen. In diesem Sinne war das Treffen schon mal ein großer Erfolg. Zwischen 70.000 und 80.000 Leute sind aus den fernsten Regionen des Planeten angereist.

Die schiere Zahl verrät schließlich, dass es sich bei den allermeisten wohl tatsächlich um bloße Touristen handelt, die sich nur viel wichtiger nehmen als herkömmliche Erlebnisreisende. Der Dubai-Gipfel tritt damit würdig die Nachfolge der großen Filmfestspiele in Cannes, Venedig, Berlin und anderswo an, die etwas an Glanz und damit an Anziehungskraft verloren haben sollen. Auch dort waren nur wenige Teilnehmer von irgendeiner Bedeutung für das Ereignis. Die meisten tanzten einzig und allein an, um gesehen zu werden.

Die Bayern haben für solche Gockel aus der zweiten und dritten Reihe das schöne Wort „Adabei“ geprägt. Leute, die einfach „auch dabei“ sein wollen, ohne eine Rolle zu spielen. Und „Glanz“ muss im heutigen Medienzirkus ja irgendwie mit „Moral“ gedüngt sein, sonst wirkt er nicht. Was aber lässt einen „Adabei“ heller strahlen als dessen Teil-

nahme an einem „Klimagipfel“ zur Rettung der Welt? Da jagt man gern ein paar Tonnen CO₂ durch die Triebwerke, das sind sie wert. Zur Abrundung spendet man anschließend ein paar Moneten zur Anpflanzung von was auch immer in wo auch immer, um seinen „Beitrag zum Klimaschutz“ belegen zu können. Es ist so fadenscheinig wie die manchmal sehr gewagten Sommerkleider auf dem Roten Teppich von Cannes. Passt also perfekt zum Festivalcharakter.

Bei den legendären Filmfesten tauchen gern auch komische Käuze auf, die sich selbst für den größten Regisseur der Filmgeschichte halten, während sie von den anderen Teilnehmern höchstens schräg angeguckt, wenn nicht gar verlacht werden. Den Kauz von Dubai gab Deutschland ab. Erstaunt oder sogar amüsiert von so viel Schrägheit betrachtet die übrige Welt, wie unsere Ampelregierung die letzten deutschen Atomkraftwerke verschrottet, derweil sich 22 Industrienationen, darunter die USA, Japan, Großbritannien und Frankreich, daran machen, ihre Produktion von Atomstrom bis 2050 zu verdreifachen.

Begründung: Ohne Atom sei CO₂-Neutralität niemals zu erreichen. Die Ampel weiß es besser. Resultat: Im November hat die Bundesrepublik pro erzeugter Kilowattstunde Strom achtmal so viel CO₂ in die Atmosphäre geblasen wie Frankreich. Die Rechnung sei aber ungerecht, höre ich den Einwand, denn in der Zukunft haben wir ja „grünen Wasserstoff“ und was nicht noch alles, und dann sollen die Atomländer mal sehen!

Faesers schräges Bild vom Ausland

So ist das im Sozialismus, ob rot oder grünrot: Die Gegenwart ist immer lausig, von Mangel, Verzicht und Verfall geprägt. Aber das macht man alles nur durch, weil die Zukunft wegen derlei Entbehrungen umso heller leuchten wird, wohingegen die „kapitalistischen“ Länder allesamt der Verelendung anheimfallen. Wie es dann wirklich ausging, haben wir 1989 miterlebt. Aber da war Luisa Neubauer noch nicht geboren. Also will sie das auch mal mitmachen.

Robert Habeck konnte leider nicht mit zum Festival, weil zu Hause die Hütte brennt wegen der Haushaltskrise. Die schon schlimm genug wäre, es ist aber nicht der einzige heimische Krisenherd, der unsere Regierung derzeit auf Trab hält. Fast im Vorbeigehen schoss die Schreckensmeldung durch die Medien, dass sich Molkerei-Unternehmer Theo

Der komische Kauz vom Klimagipfel: Erstaunt bis amüsiert blickt die Welt auf die Atompolitik der Ampel



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Müller mit Alice Weidel getroffen habe. Bei SPD und Grünen brach Empörung aus, zumal der 83-jährige Besitzer von „Müller-Milch“ auch noch betonte, bei Weidel kein bisschen NS-Ideologie gefunden zu haben und sich auch weiterhin mit ihr treffen wolle.

Innenministerin Nancy Faeser sieht durch diesen Skandal nicht nur die „Brandmauer“ bröckeln, sondern auch eine Gefahr für die deutsche Wirtschaft heraufziehen: Unternehmen sollten „Haltung“ zeigen gegen die AfD, weil sonst die so dringend benötigten ausländischen Fachkräfte wegbleiben könnten. Die fühlten sich nämlich von „Rechtspopulisten“ abgeschreckt.

Aha, das Ausland fürchtet sich also vor Rechtspopulisten. Man fragt sich, ob Faser den Ausgang der jüngsten Wahlen in den Niederlanden mitbekommen hat. Ob sie weiß, wer in Italien regiert oder welche Frau sehr gute Chancen hat, demnächst Präsidentin der Französischen Republik zu werden. Und meint sie tatsächlich, dass sich ein Bürger des stramm hindunationalistisch regierten Indiens vom Popanz eines deutschen „Rechtspopulismus“ abschrecken lässt?

Genossin Faeser scheint in einer recht linksromantischen Vorstellung vom „Ausland“ gefangen zu sein. In ihren Kreisen geistert ja auch noch immer die Vorstellung herum, dass sich ein hier bereits integrierter Immigrant nichts Schöneres vorstellen kann, als dass immer noch mehr Immigranten nach Deutschland strömen. Wer das denkt, hat schon lange nicht mehr mit hart arbeitenden Durchschnittsimmigranten über das Thema „Offene Grenzen“ geredet. Da werden einem Schimpfwörter für eine gewisse Art von Neuanrücklingen um die Ohren gehauen, für die jeder Biodeutsche auf ewig das „Nazi“-Etikett eingebrannt bekäme.

Auf die Idee, dass es vielleicht die rekordverdächtige Steuer- und Abgabenlast sein könnte, die qualifizierte Ausländer vom deutschen Arbeitsmarkt abschreckt, kommt SPD-Frau Faeser aus naheliegenden Gründen nicht in den Sinn, dass der Bürokratie-Dschungel, mit dem die deutsche Politik unser Land dichtgepflanzt hat, in den Augen der Außenwelt nicht eben attraktiv macht. Deshalb, und sicher nicht wegen der AfD, wandern die Hochqualifizierten eben woandershin aus. Aber wann sind komische Käuze schon mal damit aufgefallen, dass sie plausible Erklärungen ideologischem Unsinn vorzögen?